

Monumenten, hervorgerufen. Viele Arbeiter werden heillos, namentlich die Tabakarbeiter, die Brauer, die Arbeiter in den Säbholzfabriken. In Hunderten von Orten tobt der Bierkrieg. Alle Interessentengruppen beschäftigen sich mit dieser Frage, an der auch wir nicht vorübergehen können. Da muß auch die deutsche Arbeiterschaft die Finanzreform in den Mittelpunkt der Beratung setzen. Für die sozialistischen Arbeiter ist eine Gesetzesvorlage nicht erledigt mit dem Augenblick, wo die parlamentarische Schlussabstimmung erfolgt ist. Wir haben in den letzten Jahren mit der direkten Agitation unter den Massen große Erfolge erzielt. Ich würde es beauern, wenn am Sonnabend, wenn die Feierabendglocke des Parteitages geschlagen hat, erst die Frage der Finanzreform zur Beratung gelangt. Was jetzt in Tausenden von Versammlungen behandelt wird, muß auch bei uns den Mittelpunkt der Verhandlungen bilden. Nehmen Sie unseren Antrag an.

Mollenbuhr: Wenn wir den Punkt Finanzreform als Sonderpunkt behandeln, so würden wir dem Referat des Genossen Ledebour so ziemlich das Genick brechen. Die Finanzreform ist doch nicht ein Einzelstück in unserer politischen Tätigkeit, sondern steht im Zusammenhang mit allen Fragen, die den Reichstag beschäftigt haben. Es ist irrig, zu glauben, die Frage könne dadurch an Bedeutung gewinnen, wenn sie als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt werde. Die Finanzreform müssen wir stets im Zusammenhang mit der gesamten deutschen Politik behandeln, das geschieht auch im Wahlkampf und in den Versammlungen.

Ledebour: Ich kann Mollenbuhr nur durchaus zustimmen. Nehmen wir die Finanzreform aus meinem Referat heraus, dann bleibt nichts übrig, denn soweit ich die bisherige Aussprache der Partei über die parlamentarischen Verhandlungen beurteilen kann, konzentriert sich das Hauptinteresse auf die Finanzreform.

Löbe: Ich bitte doch zu bedenken, daß zum parlamentarischen Bericht eine Anzahl Anträge vorliegen, die die verschiedensten Gegenstände betreffen. Es wird über sie durcheinander gesprochen und der Rundgebung die Einheitlichkeit genommen. Ueberdies wollen wir ja doch nicht nur auf die eigenen Genossen wirken, sondern auch auf die christlichen Arbeiter und auf alle, die mit der Finanzreform genarrt und betrogen sind.

Bass: Wird das Thema herausgegriffen, dann wird die Debatte konzentriert. Ich glaube, wir kommen besser und schneller fort, wenn wir im Interesse der Debatte eine solche Teilung vornehmen. Ich bitte daher, dem Antrag stattzugeben.

Geyer: Ich rate entschieden davon ab. Selbstverständlich wird bei der Besprechung des parlamentarischen Berichts die Reichsfinanzreform einer eingehenden Besprechung unterzogen werden. Hernach kann dann der Parteitag in diesem Punkte zu einer besonderen Resolution kommen. Wird ein neuer Tagesordnungspunkt eingeführt, dann gibt es nur eine Wiederholung des schriftlichen Berichts. Die Parteigenossen sind über den Verlauf der Verhandlungen der Reichsfinanzreform durch die Berichte der Presse informiert. Davan kann jeder die Debatte anknüpfen, und der Parteitag fällt dann sein Urteil in einer besonderen Resolution.

Die Anträge 8 und der Antrag Löbe werden abgelehnt. Die Tagesordnung wird in der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Reihenfolge angenommen.

Die Sitzung schließt mit dem Vortrag des Wilmannsches Stürmliedes durch den Rühlfleischen Gesangschor um 8½ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 13. September 1909. — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr: Wir haben wie alljährlich auch auf diesem Parteitag die Freude, eine Anzahl unserer Parteigenossen aus dem Auslande zu begrüßen. Es sind anwesend: Beer für die deutsche Parteivertretung in Oesterreich, Kieger für den Verband sozialdemokratischer Arbeiter, Pölzer für Niederösterreich, Nemec und Stibin für die tschechische Partei, Krikan für die slowenische Partei, Genossin Schönberg für den jüdischen Arbeiterbund in Rußland.

Ich heiße die Genossen namens des Parteitages herzlichst und krüderlich willkommen. Das Gefühl der brüderlichen Solidarität erfüllt uns mit großer Freude. Wir können versichern, daß wir die gleiche Empfindung der brüderlichen Kameradschaft für die Genossen der anderen Länder hegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Beer: Namens der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich danke ich für die freundliche Einladung, die Ihr Vorstand an uns ergehen ließ und für die freundlichen Worte der Begrüßung, die der Vorsikende an uns gerichtet hat. Wir haben seit jeher den guten Brauch aufrechterhalten, zu Ihren Kongressen in einer größeren Anzahl zu erscheinen, weil wir vielfach Gelegenheit haben, aus Ihren Verhandlungen zu lernen. Ich erbitte Ihnen unsere herzlichsten brüderlichen Grüße und wünsche, daß Ihre Verhandlungen zu einem befriedigenden Ende geführt werden mögen. Wir Oesterreicher haben an Ihren Verhandlungen ein ganz außergewöhnliches Interesse, weil Ihre Beschlüsse sehr stark auf uns zurückwirken. Zwei Fragen sind es ganz besonders, die unser Interesse lebendig erhalten: vor allem die Frage der Organisation der Jugend und dann die Raiffeier. Es liegt uns selbstverständlich vollkommen fern, uns in Ihre internen Angelegenheiten auch nur irgendwie einzumischen, aber ich darf wohl sagen, daß eine zweckentsprechende Erledigung dieser Fragen gerade von uns Oesterreichern sehr lebhaft gewünscht wird, schon aus dem Grunde, weil wir ein ungemein starkes Interesse an der Erhaltung der Raiffeier haben. (Beifall.)

Parteigenossen, wir kommen aus einem Lande, dessen Verhältnisse Ihnen noch ziemlich unbekannt sind. Und auch wir haben Schwierigkeiten, uns in dem Lohntabohu dieses Staates halbwegs zurechtzufinden. Wir müssen mit den allergrößten Mühen unsere Organisation ausbauen, und es ist kein Kleines, die Schwierigkeiten zu überwinden, die uns entgegenstehen. Wir haben die Verschiedenheiten der Sprache, der Nationalitäten, Verschiedenheiten der Sitten und Gebräuche. Es ist uns aber dank des einmütigen Zusammenwirkens möglich geworden, diese Schwierigkeiten mehr oder weniger zu überwinden und ganz erhebliche Fortschritte zu erzielen. Ein großer Teil dieser Fortschritte ist auch darauf zurückzuführen, daß wir nicht nur mit bestechender Rührertheit, nicht nur mit Abschätzung aller Umstände, unsere Taktik einrichten, sondern daß wir, wenn wir der Ueberzeugung sind, daß es notwendig ist, etwas zu wagen, die Entschlossenheit haben, mit entsprechender Leidenschaft aufzutreten, die das Erfordernis jeder kämpfenden proletarischen Partei ist. Gerade wir Oesterreicher dürfen am wenigsten das Wort eines unserer größten Denker vergessen, daß zur Vollbringung großer Taten auch Leidenschaft gehört.

Und so wünsche ich, daß der Leipziger Parteitag in diesem Sinne seine Beratungen führe und er auch Rücksicht nehme, getreu den internationalen Gepflogenheiten, auf alle übrigen Staaten, damit wir gemeinsame Fortschritte

überall erzielen, wo Arbeiter im Dienste des Kapitalismus fronen. (Lebhafter Beifall.)

Ich hoffe, daß es diesem Parteitag gelingen wird, einen ganz bedeutenden Schritt nach vorwärts in der Geschichte der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie herbeizuführen. (Beifall.)

Klement-Prag: Es ist mir der ehrenvolle Auftrag zuteil geworden, Ihnen die herzlichsten, brüderlichsten Grüße der tschechischen Sozialdemokraten zu entbieten. Die internationale Solidarität des Proletariats hat schon aufgehört, eine leere Form zu sein. Die internationale Solidarität des Proletariats fängt schon an, praktisch zu wirken. Als vor zwei Jahren bei Ihnen die stolzen Worte vom „Niederreiten und Zerschmettern“ in die Welt gerufen wurden, da hat unsere Bourgeoisie ein wahres Freudengeheul angestimmt, weil sie gesagt hat, die große deutsche Sozialdemokratie geht danieder und die tschechische und die Sozialdemokratie aller Völker, aller Nationen wird folgen. Das Blatt hat sich aber gewendet. Die Sache ist ganz anders gekommen, und wir haben trotzdem schon schöne Erfolge mit unserer Bewegung erzielt, Sie aber noch größere. Ihre Erfolge sind unsere Erfolge, Ihr Sieg ist unser Sieg. In diesem Sinne wünsche ich Ihren Verhandlungen den besten Erfolg. (Beifall.)

Kritian begrüßt den Parteitag namens der südslawischen Sozialdemokraten: Meines Wissens geschieht es zum ersten Male, daß der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie von einem südslawischen Genossen begrüßt wird. Möge auch dieser Parteitag einen neuen Fortschritt in der Entwicklung der internationalen Sozialdemokratie hebeuten! Möge die revolutionäre Idee der Sozialdemokratie unaufhaltsame Fortschritte machen. Gerade wir in unseren Ländern haben mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, und dennoch hat sich auch da erwiesen, daß dieser Idee die Kraft innewohnt, alle Hindernisse niederzuwerfen und die Bahn dem Sozialismus auch nach Süden und Osten zu öffnen, wie sie nach Nord und West sich längst geöffnet hat.

Ich komme aus einer Gegend, in welcher Orient und Okzident sich kreuzen. Die tatsächlichen Verhältnisse stimmen dort mit den geographischen nicht immer überein. Der Orient reicht viel tiefer hinein nach Europa, als gemeinhin angenommen wird. Wir stehen schon ganz an der Schwelle des Morgenlandes, dort wo sich europäische Verhältnisse politisch und wirtschaftlich mit asiatischen zu vermischen beginnen. Unsere ökonomischen Verhältnisse sind zurückgeblieben, und so ist es allen reaktionären Mächten ermöglicht worden, sich zu behaupten in Zeiten, wo in Westeuropa die moderne Zeit schon längst angebrochen ist und die Morgenröte der kommenden Zeit immer heller wird. Unser Merkantilismus ist eine Macht, mit der Ihr Zentrum nicht zu vergleichen ist. Trotz alledem und trotzdem die Schwierigkeiten noch erhöht werden durch die nationalen Unterschiede, hat die Sozialdemokratie auch in unseren Ländern festen Fuß gefaßt. Täglich entstehen bei uns neue Gewerkschaften und politische Organisationen, so daß die bürgerlichen Parteien mehr und mehr mit der Sozialdemokratie als einer realen Tatsache rechnen müssen. Die chinesische Mauer, welche in Südosteuropa ausgerichtet war, weist bereits eine ganze Reihe von Breschen auf. Von uns wird der Sozialismus seinen Weg nach dem Balkan und nach Asien nehmen. (Beifall.)

Ich hoffe, daß zwischen Süd und Nord künftig einmal überhaupt keine Gegensätze mehr existieren werden, da die gleiche Freiheitssonne am nördlichen wie am südlichen Himmel leuchten wird. In diesem Ziele werden wir gemeinsam arbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Schänberg (jüdischer Arbeiterbund): Parteigenossen! Zum zweiten Male wird mir bereits die Ehre zuteil, dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die herzlichsten Grüße und Glückwünsche des jüdischen Proletariats zu überbringen. Mit freudigeren Gefühlen als vor Jahresfrist kann ich es diesmal tun. Damals wollte es noch scheinen, als ob die treibende Kraft der russischen Revolution, das Proletariat, erschöpft sei von den ungeheuren Kraftanstrengungen des Revolutionsjahres, als ob es unter den Schlägen der Reaktion zusammengebrochen und nicht mehr imstande sei, sich aufzuraffen. Das verfloffene Jahr hat jedoch gezeigt, daß das glücklicherweise nur ein Schein war. Langsam zwar, aber vielleicht um so sicherer vollzieht sich ein tiefer Umschwung im Fühlen und im Handeln der Massen. Die finstere Apathie, die nun seit Jahren über den Massen lastet, beginnt allmählich zu weichen. Man sieht überall neues Leben emporsteigen. Auch im jüdischen Proletariat beginnt es sich kräftig zu regen. Der ökonomische Kampf ist es, der jetzt im Vordergrund steht. Ueber den grobhartigen mit Sieg gekrönten Kampf der Vorstenarbeiter in Litauen (in Nordwestrußland), die wie ein Mann ausgeharrt haben, um die wertvollste Errungenschaft der Arbeiter, den Achtstundentag, gegen das ausscherrungswütige Unternehmertum zu verteidigen, ist in der deutschen Parteipresse berichtet worden. Daneben haben eine ganze Reihe kleiner Streiks und Aussperrungen mit Erfolg stattgefunden. Gleichzeitig sehen wir, daß statt der Legalen von der Regierung verfolgt, zur Untätigkeit verdamnten Gewerkschaften neue entstehen, die durch die Umstände gezwungen sind, ihre Aufklärungsarbeit geheim, unterirdisch zu führen. Auch das politische Interesse wird wieder lebendig, das äußert sich in dem Aufschwung der jüdischen Organisation des Proletariats, dem Bunde. Seit einiger Zeit erscheinen wieder zwei illegale Organe; ein jüdisches, welches in Rußland in einer Geheimdruckerei hergestellt wird und ein russisches, das im Ausland erscheint. Es werden wiederum politische Versammlungen veranstaltet, die alten Organisationen werden ausgebaut, ein Mitgliederzufluß findet statt und die Organisationen nehmen wieder die Leitung des Massenkampfes der jüdischen Massen in ihre Hand. Wohl hat die jüdische Intelligenz in ihrer Masse der Partei der Arbeiterklasse den Rücken gekehrt. Aber was tut das? Sie hat damit nur ihr im Grunde bürgerliches Wesen gezeigt (Sehr wahr!) und deshalb hat das jüdische Proletariat keinen Grund, ihr nachzutauern. Jetzt liegt das Werk der Befreiung in seiner eigenen Hand, und das Proletariat zeigt, daß es reif genug ist, die notwendigen Intelligenzen aus seinen eigenen Reihen herbeizubringen. Gerade in dieser Selbstbetätigung der Massen sehen wir die beste Bürgschaft dafür, daß der tote Punkt endgültig überwunden ist, und daß es jetzt vorwärts, immer wieder vorwärts geht. Wohl sind die Anfänge bescheiden und klein, das wollen wir uns nicht verhehlen, aber wir sind der festen Ueberzeugung, die von der gesamten Sozialdemokratie der Welt geteilt wird, daß keine Reaktion und keine Unterdrückung der Welt auf die Dauer imstande ist, den Aufschwung des Proletariats zurückzuhalten. Das jüdische Proletariat hat stets seine internationale Pflicht getan, hat unter der Führung des Bundes gezeigt, daß es stets auf dem Kampfplatz ist, wenn es gilt, für Freiheit und für den Sozialismus einzutreten. Jetzt wo das jüdische Proletariat nach der vorübergehenden Ermattung der letzten Zeit wiederum in die Reihen der aktiven Kämpfer tritt, gelobt es, nicht eher zu ruhen und zu rasten, als bis die beiden Felsen des Absolutismus und des Kapitalismus von seinem und seiner Klassengenossen Bataillon gestürzt sind. Wir schauen zuversichtlich und frohen Mutes in die Zukunft. Unser ist sie trotz alledem. (Lebhafter Beifall.)

Singer teilt einige eingegangene Begrüßungsschreiben mit und verliest das folgende Telegramm aus Schweden:

„Die Sozialdemokratie Schwedens, deren Mitglieder in gewerkschaftlicher Riesenschlacht die Schärfe des heutigen Kampfes mehr als jemals erfahren, jedoch ungebeugt im Kampfe ausharren, fest entschlossen, von keiner Macht der Bourgeoisie trotz alledem sich nicht niederdrücken zu lassen, fendet den deutschen Genossen herzlichste Grüße. Niemals wird die schwedische Arbeiterschaft die durch opferwillige Tat während der schweren Prüfungszeit bewiesene Solidarität der deutschen Klassengenossen vergessen. Wir wünschen Ihnen bestes Glück dazu, Ihre stolze Partei in Einigkeit und Kraft noch mehr zu befestigen und vorwärts zu führen zu neuen Siegen für das gesamte internationale Proletariat.“

(Lebhaftes Bravo!)

Parteienossen! Ich habe namens der Parteileitung die Mitteilung zu machen, daß wir in einer Sitzung, die heute früh stattgefunden hat, beschlossen haben, den Arbeitern Schwedens, die in ihrem riesenhaften Kampf mit Mut und Entschlossenheit Opfer über Opfer bringen, die brüderliche Solidarität der deutschen Partei aufs neue dadurch zu befeuern, daß wir zu den bereits für den Kampf gegebenen 20 000 Mark aufs neue 30 000 Mk. nach Schweden zur Unterstützung schicken. (Lebhaftes Bravo!) Die Parteileitung weiß, daß sie mit diesem Beschluß den Willen und den Wunsch des Parteitages zum Ausdruck bringt (Sehr richtig!) und der Beifall, der meiner Mitteilung geworden ist, bestätigt mir das. Ich bitte also unseren Finanzminister, dafür Sorge zu tragen, daß die 30 000 Mk. sofort nach Schweden überwiesen werden. (Bravo!)

Der Parteitag tritt nun in die Tagesordnung ein.

Geschäftsbericht des Parteivorstandes.

Mollenbaur: Parteienossen! In einigen Teilen habe ich den schriftlichen Bericht zu ergänzen, weil einzelne Punkte, die dort als in der Schwebe bezeichnet worden, mittlerweile zum Abschluß gebracht worden sind. Ich führe das hier an, weil sich darauf zum Teil auch Anträge beziehen, die nun wohl als erledigt anzusehen sind. Dazu gehört der Abschluß des Geschäftsgabarens der Buchhandlung. Es waren auf dem vorigen Parteitage einige Klagen darüber laut geworden, daß unter Umständen die Parteibuchhandlungen von dem Verlage so behandelt werden, daß für sie erhebliche finanzielle Nachteile entstehen. Der Parteivorstand hat nunmehr in Verbindung mit der Leitung der Buchhandlung ein Arrangement getroffen, wonach derartige Schwabungen für die Zukunft ausgeschlossen bleiben. Die Einzelheiten dieser Abmachungen brauche ich hier nicht vorzutragen, das gehört ja mehr zu dem internen Geschäftsgabaren. — Sodann haben die Parteienossen in einzelnen Gegenden ihre Agitation auf Gebiete erstreckt, die im Bericht erwähnt worden wären, wenn darüber vor Abfassung des schriftlichen Berichtes Mitteilung gemacht worden wäre. Ich meine die Agitation in den Weinbezirken. Als während der Tagung des Reichstages eine Nachwahl in einem Weinkelbezirk, der zu den bombensicheren Bezirken des Zentrums gehörte, stattfand, schnelkten ganz plötzlich die Stimmen der Sozialdemokratie erheblich in die Höhe. Man ersah daraus, daß dort die Winger nicht einverstanden sind mit der Art, wie die Weinstage im Reichstage vom Zentrum und den übrigen bürgerlichen Parteien behandelt worden ist. Sie wollten einmal ihrer Mißstimmung dadurch Ausdruck verleihen, daß sie für den Sozialdemokraten stimmten. In den Weinbezirken sind ja eine große Zahl Arbeiter in den Weinbergen beschäftigt, aber es gibt auch unter den selbständigen Wingern eine ganze Anzahl proletarischer Existenzen, Leute, die zwar selbständig sind, die aber bei saurer

Arbeit ihr Brot schwer verdienen müssen, und darunter sind auch Elemente zu finden, die für uns zu gewinnen sind. Unsere Parteigenossen in West- und Süddeutschland hielten es daher für angebracht, eine Konferenz zusammenzubringen, um zu beschließen, wie in diesen Gegenden der Sozialismus zu verbreiten ist. Die Agitation wird jedenfalls in der nächsten Zeit einsehen. Hoffen wir, daß sie von guten Erfolgen begleitet sein wird.

Die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages über die Einigung der lokalorganisierten Gewerkschaften mit den Zentralverbänden sind, soweit sie im vorigen Bericht mitgeteilt sind, zu einem großen Teile durchgeführt. Gegenwärtig liegt nun ein eingehender Bericht vor über die Verhandlungen in Solingen. Ich glaube, da wird sich wenig machen lassen, die Zeit muß da mitwirken, um auch da die Geschlossenheit des Proletariats allmählich herbeizuführen. Von den bestehenden alten Lokalverbänden ist inzwischen wieder einer verschunden, indem er sich dem Zentralverband angeschlossen hat, der ungefähr 1500 Mitglieder starke Verband der Kontorboten in Hamburg hat sich dem Transportarbeiterverband angeschlossen. Wir sehen also, daß auch da die Macht, die Einigung des Proletariats immer weiter fortschreitet.

Dann einiges zur Jugendbewegung. Sie hat in der Form, wie sie in Nürnberg beschlossen ist, recht gut eingeleitet und auch recht gute Erfolge erzielt. Eine Reihe von Kritikern hat geglaubt, daß jetzt schon gewisse Veränderungen eintreten müssen; aber fast alle diese Kritiken sind von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Wir sind der Meinung, daß zunächst Erfahrungen gesammelt werden müssen, die Erfahrungen eines ganzen Jahres; jetzt verfügen wir erst über die Erfahrungen eines Sommerhalbjahres. Sicher dürfen wir niemals außer Augen lassen, die Jugend für uns zu gewinnen; wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft.

Es wurde die Anregung gegeben, einzelne sozialdemokratische Schriften auch in Blindenschrift herstellen zu lassen. Wir haben dem zugestimmt, um diesen Unglücklichen unter unseren Parteienossen, die sonst nur auf die mündliche Agitation angewiesen sind, die Möglichkeit zu geben, auch durch Literatur in ihren Kreisen sozialdemokratische Lehren zu verbreiten.

In den verschiedenen Begrüßungen ist heute wiederum zum Ausdruck gekommen, daß wir als internationale Partei uns jederzeit der internationalen Pflichten bewußt sind. Während im Norden Europas, in Schweden, der schwere wirtschaftliche Kampf tobt, den wir tatkräftig unterstützen, war auch das südlichste Land Europas von den Stürmen der Revolution durchweht. Spanien, das Vaterland der Inquisition, der Folter, der Autodafés, jenes finstere Land, auf dessen dürrer Boden, durch Pfaffenherrschaft ausgezogen, ein armes Volk lebt, auch da fängt der Kapitalismus an, sich zu entwickeln. Die Gegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie treten immer schärfer zutage. Das Land schwächet unter der Unterdrückung, die die Folge jener verwührenden Kämpfe ist, die gegen körperliches und geistiges Leben Jahrhunderte durch dort geführt worden sind. In Barcelona und anderen Gegenden kam es im Laufe des Sommers zu offenen Aufständen, als das Volk in mörderische Kriege für die Kapitalisten getrieben wurde. Spanien hält an seinen Traditionen fest: Mit derselben Brutalität, mit demselben Blutdurst, wie seinerzeit die Keger verfolgt wurden, werden die Keger verfolgt, die an dem Evangelium der Monarchie und des Alerikalismus zweifeln und ihre Zweifel in Taten umgesetzt haben. Soweit es in unserer Macht stand, haben wir den Genossen auch dort finanzielle Hilfe zuteil werden lassen.

Parteienossen! Sie haben die Pflicht der Kritik an unserer Tätigkeit als Parteivorstand. Parteienossen müssen offen mit der Sprache herausreden, damit wir wissen, ob der Parteivorstand im Einklang mit den Massen

handelt, ob er das zur Ausführung bringt, was die Partei will. Denn der Vorstand ist ja nichts anderes als ausführendes Organ der Partei. Unsere Tätigkeit ist ja jederzeit zur Kenntnis der Massen gekommen. Gewiß kann der eine oder der andere sagen, daß dieses oder jenes hätte anders gemacht werden müssen; aber wir haben uns jederzeit zur Rücksicht dienen lassen, daß wir versuchen, die politische Lage so auszunutzen, wie es nach unserer Meinung am meisten im Interesse der Partei lag. Wo eine politische Frage das öffentliche Leben beschäftigte, haben wir nach Kräften die Anregung zur Agitation gegeben. Im Mittelpunkt des politischen Lebens stand in einer Reihe von Bundesstaaten der Kampf um das Wahlrecht, in der Reichspolitik das persönliche Regiment, die Finanzreform, die Reform der Gewerbeordnung, das Gesetz über die Arbeitskammern. Alles das gab Anlaß zur Agitation. Der Parteivorstand hat, sobald diese Fragen im Mittelpunkt standen, auch Material als Unterlage für die Redner herausgegeben. Mit der Annahme der Finanzreform hat der Parteivorstand diese Frage keineswegs als abgeschlossen betrachtet, sondern wir haben bereits Parteigenossen beauftragt, ein Handbuch über die Finanzreform zu schreiben, damit das bis jetzt gesammelte Material dauernd benutzt werden kann, die Sünden der Schnapsblodparteien sollen als dauernde Waffen benutzt werden, das Volk aufzuklären.

Im Laufe des Jahres sind sehr wenig abfällige Urteile über unsere Tätigkeit uns zu Gesicht gekommen. Meines Wissens eigentlich nur zwei: eine Resolution von Berlin I und eine Kritik in einer Zeitung von Nordwestdeutschland, die darüber klagte, daß der Parteivorstand im Kampfe zu lau gewesen sei. In dem Artikel wurde gesagt, man habe mit dem Urteil so lange gewartet, bis der Kampf zum Abschluß gekommen sei. Ich halte es geradezu für ein Verbrechen, wenn ein Genosse weiß, daß in irgendeiner Weise bessere Erfolge zu erringen sind, dann hat er die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, es uns mitzuteilen. (Zustimmung.) Es ist ganz sicher, daß der Parteivorstand alle Anregungen in Erwägung zieht. Die neun Genossen, die im Parteivorstand sitzen, machen sich nicht an, die Gebildeten, die Einsichtigsten der Parteigenossen zu sein. Nun ist aber das merkwürdige dabei, daß sowohl in der Resolution als im Artikel gar nicht zum Ausdruck kommt, was eigentlich hätte geschehen sollen. Man hätte es doch wenigstens nachher sagen können, aber bis heute ist es noch Geheimnis. Wir wissen nur in dem einen Falle, es hätte mehr geschehen können, schärfere Mittel hätten zur Anwendung kommen können; aber welcher Art, wird nicht angedeutet. Nun, was haben wir denn bei der Finanzreform getan? Wir haben schon, bevor die Einzelgesetze vorlagen, auf dem Parteitag in Nürnberg die Sache erörtert; da war schon Gelegenheit, zu sagen, was alles hätte geschehen können. Wir haben in dem Augenblick, als die Vorlagen erschienen, zur Agitation aufgefordert, die Redner mit Material ausgerüstet, im Augenblick, als die Ausplünderungspolitik des Schnapsblods einsetzte, erneut zur Massenagitation aufgefordert, die Auflösung des Reichstages gefordert. Wir glaubten, was in unserer Macht stand, getan zu haben. Vielleicht werden ja Klagen kommen, daß der Parteivorstand nicht die Rednerzahl zur Verfügung gestellt habe, die verlangt sei. Das ist freilich eine alte Erbsünde des Parteivorstandes, eine Erbsünde, so alt, als wir überhaupt ein Parteileben haben. (Sehr gut!) Daß diese Sünde nicht abgelegt wird, das liegt nicht am bösen Willen der Parteileitung, sondern daran, daß der Agitationsseifer größer ist als die verfügbaren agitatorischen Kräfte.

Da muß ich mit einer Mahnung, die ich schon zu wiederholten Malen auf den Parteitagen gegeben habe, auch diesmal wieder kommen. Es müssen die Genossen selbst zu agitieren suchen, denn es kommt doch nicht darauf,

an, daß man immer die alten Redner über diese oder jene Frage wieder hört, sondern daß man zu einer bestimmten politischen Frage Stellung nimmt, und dazu ist jeder Genosse in der Lage. Wenn der eine oder der andere nicht so redigewandt ist, so ist das zu bedauern, aber die Redigewandtheit ist nicht angeboren, sondern sehr viel macht es auch die Übung. Die Übung wird im Laufe der Zeit den Meister machen, und wenn die jungen Kräfte erst einmal anfangen, sich zu üben, dann werden viele auch Meister werden. Man darf doch wohl sagen, daß gegenwärtig in der Partei in der Schulung junger Kräfte erheblich mehr getan wird als zu irgendeiner anderen Zeit vorher. Wir haben in fast allen größeren Parteizentren Bildungsausschüsse, die sich alle erdenkliche Mühe geben, den Teilnehmern an den Kursen unsere Grundsätze beizubringen. Die Genossen haben an den Diskussionsabenden Gelegenheit, ihre Redefraft auszunutzen und ihre Redigewandtheit zu zeigen, und sie sollten davon Gebrauch machen und ruhig ihre Meinung aussprechen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie mal einen kleinen Schützer machen. Jeder hat zu Anfang Schützer gemacht, darüber muß man eben hinwegsehen. (Sehr richtig!) Manchmal glaubt man, die Parteischule kann helfen. Jawohl, die Parteischule kann jährlich 20 bis 30 neue Kräfte ausbilden; aber nicht etwa in der Art, daß sie Anfänger zu Virtuosen macht, sondern sie kann nur den Genossen, die schon gewisse Vorkenntnisse haben, den letzten Schliff geben. Aber die Bedürfnisse der Partei an Rednern kann die Parteischule nicht decken. Wir haben 3300 Ortsvereine, und eigentlich müßte jeder davon einen Mann haben, der in der Lage ist, unter Umständen für unsere Grundsätze einzutreten (Sehr richtig!), genau so, wie jede religiöse Gemeinde sich danach umsieht, einen Prediger zu haben, so sollte auch jeder unserer Ortsvereine mindestens einen Redner aufweisen. (Geisterzeit und Zustimmung.) Wenn alle Ortsvereine hierauf bedacht sind, und wenn die Genossen an den Diskussionsabenden sich Mühe geben, dann bin ich überzeugt, zählt die Schaar derer, die in der Lage sind, unsere Grundsätze zu vertreten, bald nach Zehntausenden.

Dann dürfen wir nicht verkennen, daß die politische Lage im verflossenen Jahre für unsere Agitation so günstig war, wie seit langer Zeit nicht. Die Gegner haben sich alle erdenkliche Mühe gegeben, einmal ihr wahres Gesicht zu zeigen, so daß es abschreckend auf eine Reihe ihrer Mitläufer wirken mußte. Die Diktatur der Junkerherrschaft peitschte alle Gemüter auf, und wir haben ja an den wenigen Nachwahlen der letzten Zeit gesehen, wie die politische Situation für uns gearbeitet hat. Die Reichstagswahl in Neustadt-Landau, wo unsere Stimmzahl von 6200 auf 8200 stieg, die Wahl im 19. sächsischen Reichstagswahlkreis, wo unsere Stimmen von 19 000 auf 21 180 stiegen und die Landtagswahl in Neustadt-Edenoben, wo unsere Stimmzahl seit 1907 von 1872 auf 4173 gestiegen ist, beweisen doch, wie die Verhältnisse auf die Massen eingewirkt haben. Allerdings darf man nicht verkennen, daß es für den Ausbau unserer Organisation auch gewisse Hemmungen gegeben hat, die in der wirtschaftlichen Krisis mit begründet waren. Die Arbeitslosigkeit wirkt immer lähmend auf die Organisation der Arbeiter, zahlreiche Arbeiter werden dadurch gezwungen, zum Wanderstab zu greifen, sie gehen auf die Landstraße, und so hören wir aus den verschiedenen Gegenden, daß eine sehr große Anzahl von Arbeitern verschwunden ist. Schiffahrt und Schiffbau lagen jahrelang still, das Bauhandwerk lag in vielen Gegenden danieder. Unwillkürlich fragt man sich: ja, wo sind denn die Arbeiter hingekommen? Zum Teil geben die Berichte der Asyle für Obdachlose Auskunft darüber, wie gewaltig das Heer der Landstraße gestiegen ist. Wenn trotzdem unsere Organisationen in demselben Tempo wuchsen wie vorher, so zeigt das einmal die

werbende Kraft des Sozialismus, und es bemerkt ferner, wie günstig die politische Situation für uns war. (Sehr richtig!) 1900 zählten wir 884 827 organisierte Mitglieder, 1907 680 466, 1908 587 868 und in diesem Jahre 688 809. Wir sind damit die mächtigste politische Organisation Deutschlands, ja ich kann wohl sagen, die mächtigste politische Organisation der ganzen Welt geworden. (Brava!) Im vorigen Jahre hatte der katholische Volksverein noch mehr Mitglieder als wir. Damals zählte er 610 668, wir nur 587 800, in diesem Jahre hat der katholische Volksverein 625 029, wir dagegen 688 809 Mitglieder, wir sind ihm also bereits über. Es ist ja leider eine Tatsache, daß diese mächtigste Partei des Schnapshocks noch über einen erheblichen Teil von Arbeiteranhängern verfügt. Deshalb ist es Aufgabe unserer Genossen, dieser Partei einmal die Maske vom Gesicht zu reißen. Das Zentrum hat in der letzten Zeit so geschändigt, daß, wenn seine Taten zur Kenntnis aller Arbeiter kommen, auch der letzte Arbeiter aus den Reihen dieser volksfeindlichen Partei verschwinden müßte. (Sehr wahr!) Gegen die Erbschaftsteuer hat es gestimmt, um die Krenberg, Walleitrem usw. vor Steuern zu schützen, und auf der anderen Seite hat es den Kaffee belastet. Auf der einen Seite lehnt es die Erbschaftsteuer ab, angeblich, um den Familienfinanzen nicht zu gefährden, auf der anderen Seite besteuert es die Kaffe Kaffee, die eine alte Frau ihren Kindern vererbt, mit 80 Proz. des Wertes. (Dört! hört!) Es besteuert Schnaps und Bier und belastet damit gerade die ärmsten Schichten, es besteuert Bündhölzer und Beleuchtungskörper und lehnt es ab, den durch diese Steuer arbeitslos werdenden Arbeitern eine Entschädigung zu geben, es bewilligt eine Tabaksteuer, wodurch die Kleinbetriebe vernichtet werden und beschränkt die Summe der Entschädigung für die brotlos werdenden Tabakarbeiter auf 4 Millionen Mark. Es war auch bereit, mit einer Parfümsteuer das Barbiergewerbe zu schädigen und mit einer Mühlenumsatzsteuer das Mehl zu versteuern. Wenn man all das in der Agitation richtig ausnutzt, dann muß uns das aus Zentrumstreifen eine erhebliche Anzahl von Anhängern zuführen. (Sehr wahr!)

Es scheint, als wenn die Krisis, die bisher lähmend auf den Ausbau unserer Organisation eingewirkt hat, ein wenig in Nachlassen begriffen ist. Nach den neuesten Angaben des „Reichsarbeitsblattes“ weist die Zahl der Zwangsmitglieder in den Krankenkassen, die sonst im Juli immer etwas abnahm, in diesem Jahre im Gegensatz zu früher eine erhebliche Steigerung auf. Also die Zahl der Beschäftigten steigt. Wir sehen auch, daß die Hoheisenproduktion gestiegen ist. Es sind in den ersten 8 Monaten dieses Jahres 427 000 Tonnen mehr produziert als im Vorjahre. Allerdings ist die Ziffer des Jahres 1907 noch nicht erreicht, aber man darf nicht vergessen, daß die ersten 8 Monate des Jahres 1907 die der größten Prosperität der Eisenindustrie waren. Es ist also ein gewisser Aufschwung vorhanden und das müssen unsere Genossen ausnutzen, um die Organisation zu stärken. Es gilt einzusehen mit einer kräftigen Hausagitation, die Indifferenten zu gewinnen, die Organisationen so auszubauen, daß sie imstande sind, alle Kämpfe siegreich zu bestehen. Man darf damit nicht erst warten, bis ein Wahlkampf in sichtbarer Nähe ist, sondern wir müssen so vorbereitet sein, daß wir auch dann eingreifen können, wenn plötzlich über Nacht eine Wahl ausgeführt werden würde.

Nur Agitation haben wir ja ein gewaltiges Gebiet. Wir verfügen zwar über 3½ Millionen Stimmen, aber nach der letzten Gewerbe- und Berufszählung gibt es annähernd 18 Millionen männliche Arbeiter, die Arbeitnehmer oder Angestellte sind. Wenn auch die Hälfte haben unter 25 Jahre mit sind, so werden doch 6¼ Millionen Wähler übrigbleiben, die für uns

in Betracht kommen, die ihre wirtschaftliche Lage nur verbessern können, wenn sie sich uns anschließen. Ziehen wir von den 12 800 000 männlichen Arbeitern 20 Proz. ab, die unter 18 Jahre alt sind, also auf Grund des Reichsvereinsgesetzes für die politische Organisation vorläufig noch nicht in Betracht kommen können, so bleiben doch immerhin reichlich 10 Millionen Organisationsfähiger übrig.

Ein weites Tätigkeitsfeld bietet noch die Organisation der Frauen. Es gibt 8,2 Mill. arbeitende Frauen. Da könnten 6¼ Mill. über 18 Jahre alte Arbeiterinnen gewonnen werden. Wir haben da also ein recht weites Agitationsgebiet vor uns. Gerade die Ergebnisse der Gewerbe- und Berufszählungen zeigen, daß allein die Proletarier in der Lage sind, einmal die politische Herrschaft an sich zu reißen. Lassalle hatte seinerzeit, als er das „Offene Antwortschreiben“ herausgab, auf Grund der Einkommen- und Klassensteuerverhältnisse in Preußen bewiesen, daß die Mehrheit des Volkes aus solchen Leuten besteht, welche aus der Verwirklichung des Sozialismus gewinnen können. Nehmen wir einmal die Resultate der Berufszählung zur Hand. Da sehen wir, daß 5 490 000 Selbständigen 21 084 000 Angestellte und Arbeiter gegenüberstehen. Die Zahl der für Lohn und Gehalt Arbeitenden ist also viermal so groß als die Zahl der Selbständigen, unter denen es doch auch noch eine Reihe proletarischer Existenzen gibt, die im Grunde genommen nicht anderes sind als Hausarbeiter, die zu den Ärmsten der Ausgebeuteten gehören. Aber wenn man selbst die Leute, wie Beamte, Militärvorgesetzten, Vertreter freier Berufe, Sträflinge, Insassen von Armenhäusern zu der Klasse der Selbständigen hinzugerechnet, so würde das immer nur 10 Millionen gegen 21 Millionen ausmachen, die Interesse an der Durchführung der sozialdemokratischen Grundzüge haben. Unser Agitationsgebiet ist ein so gewaltiges, daß wir bei genügender Agitation die Mehrheit im Volke bekommen müssen. In der Tat schließt sich ein Teil der proletarischen Existenzen aus den Kreisen der Selbständigen, ein Teil der Idealisten aus den freien Berufen immer noch uns an. Aber eine Hoffnung der Gegner ist darauf basiert, daß unsere Partei zerfallen wird, daß sie sich zerpfliert, daß sie auseinandergeht, weil prinzipielle Gegensätze bestehen, welche sich nicht überbrücken lassen. Gemisse Gegensätze werden in der Partei immer bestehen und werden stärker werden, je älter die Partei wird. Es könnte nur vermieden werden, wenn jedes geistige Leben aufhören würde. Das geistige Leben entwickelt sich zu immer höherem idealen Streben, aber ein Teil der Partei kann niemals mitkommen, der bleibt wie er ist. Das sind nämlich die Neugewonnenen. Der Neugewonnene von heute kommt mit denselben Vorurteilen, mit denselben Schläden der bürgerlichen Erziehung in die Partei, mit der auch wir vor 40 oder 50 Jahren eingetreten sind. Welcher von uns alten Genossen würde, wenn er sich heute so sehen würde, wie er vor 30, 40 Jahren ausgesehen hat, sich selbst wiedererkennen? Mancher würde sagen: mit einem solchen Spießbürger verkehre ich nicht. (Große Heiterkeit.) Vor 30 bis 40 Jahren waren spießbürgerliche Anschauungen in der Partei nicht auffällig. Damals war eben jeder Parteigenosse entweder aus einem Indifferenten oder aus einem Gegner ein Sozialdemokrat geworden und hatte seine alten Ansichten noch nicht abgestreift. Heute haben wir schon eine große Anzahl geborener Sozialdemokraten, die im Elternhause den Geist des Sozialismus eingeatmet haben. Aber man darf nicht verkennen, daß wir in Gebirgen kommen, wo der Sozialismus noch fast völlig unbekannt ist, und wenn wir da neue Leute gewinnen, so ist es selbstverständlich, daß sie noch an den Anschauungen ihrer Vorgängerheit haften und sie in die Partei hineinbringen. Also die Neulinge sehen heute so aus, wie wir vor

40 Jahren ausgeföhren haben, und in 20 Jahren wird es so aussehen wie heute, es sei denn, daß die bürgerliche Gesellschaft sich weiter entwickelt. Wir dürfen eben nicht verkennen, daß wir auf der einen Seite den geistig höchst entwickelten sozialdemokratischen Parteigenossen haben und auf der anderen Seite die neugewonnenen Proletarier. Da treten die verschiedenen Nuancen in den Anschauungen hervor, die zwischen diesen Extremen stehen. Aber in dem einen Gefühl sind wir alle einig: nur durch die Einigkeit des Proletariats kann unser Programm verwirklicht werden. Die Einigkeit aufrechtzuerhalten, ist darum eine unserer vornehmsten Aufgaben. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Nun hat man vielfach von den sogenannten Mittläufern geredet. Als solche bezeichne ich die, welche vielleicht aus Eitel vor dem Treiben der anderen Parteien zu uns kommen, die wir aber verlieren, wenn die Gegner sich bessern. Als richtige Parteigenossen können wir aber nur die anerkennen, welche unsere Grundsätze für richtig halten und die gewillt sind, unsere Grundsätze zur Tatsache zu machen, Genossen, die auch dann bei uns bleiben, wenn die Gegner eine ideale bürgerliche Politik treiben. Das Feld unserer Agitation erweitert sich, die Zahl der Proletarier steigt immer mehr auch nach der Richtung, daß namentlich die Zahl der industriellen Bevölkerung wächst. Im Jahre 1882 waren in Land- und Forstwirtschaft noch 42½ Proz. der Bevölkerung beschäftigt, im Jahre 1895 nur 35,74 Proz. und im Jahre 1907 nur noch 28,65 Proz. Die industrielle Bevölkerung ist dagegen gestiegen von 45,63 auf 50,84 und beträgt jetzt 56,16 Proz. Das Bemerkenswerte ist dabei, daß trotz des Anwachsens der industriellen Bevölkerung die industriellen Betriebe mehr und mehr zurückgehen. 1882 waren in Deutschland noch 2 270 389 industrielle Hauptbetriebe, in denen nicht ganz 6 Millionen Arbeiter beschäftigt waren. 1895 war die Zahl der Betriebe auf 2 146 972 zurückgegangen, die Zahl der Industriearbeiter auf 8 Millionen gestiegen. Jetzt haben wir 2 086 378 Betriebe, aber 10 852 910 Industriearbeiter. Während also die Betriebe um 183 000 abgenommen haben, ist die Zahl der Arbeiter um 4 900 000 gestiegen. Das zeigt, daß unsere Voraussetzung, daß der Akkumulationsprozeß des Kapitalismus immer weiter schreitet, richtig ist. Das sehen wir namentlich bei uns in Deutschland. Bereits die letzte Prosperitätsperiode zeigt, wie die Industrie sich in Kartellen und Syndikaten konzentriert. Die wirtschaftlichen Großmächte haben die letzte Krisis zum großen Teil überwunden, sie sind siegreich gewesen und werden sich in der nächsten Prosperitätsperiode gewaltig ausdehnen.

Auch dieses Anwachsen der Industrie gibt uns neuen Agitationsstoff, aber gerade hier sehen wir die eigentümliche Erscheinung, daß, während im Wirtschaftsleben eigentlich das Kapital in Industrie und Handel eine wirkliche Großmacht wird, doch die Agrarier im Reiche die Herrschenden sind. Man hat vielfach einzelne Parteien dafür verantwortlich gemacht, daß deren Führer unfähige Leute oder elende Feiglinge waren. Daran liegt es nicht. Nicht von der persönlichen Fähigkeit oder Unfähigkeit oder den moralischen Qualitäten der Führer hängt die Tendenz in unserer Gesetzgebung ab. Die Herrschaft der Agrarier ist in anderen Ursachen begründet.

Je mehr man den Arbeiter entrechtet, desto mehr besetzt man die Herrschaft der Agrarier. (Sehr richtig!) In Sachsen, in Preußen, in vielen Einzelstaaten haben die Agrarier die Herrschaft in die Hände bekommen. Und wozan liegt das? Wir haben auf dem Gebiete der Landwirtschaft 2½ Millionen, in der Industrie und im Gewerbe nur 1 977 000 Selbständige. Es sind also die selbständigen Agrarier in der Mehrheit und haben die Herrschaft an sich gerissen. Dazu sind sie ganz vorzüglich organisiert im Bund der

Landwirte und den christlichen Bauernvereinen. Sie reißen auch noch einen großen Teil der Handwerker, also der Selbständigen aus der Industrie und dem Gewerbe sowie aus der Gruppe des Handels an sich. Die kleinen Müller, Sattler, Schmiede usw., die Handelsreisenden auf dem Lande sind abhängig von den Großgrundbesitzern und werden durch deren Terrorismus gezwungen, den Bund und dessen Politik zu unterstützen. Deshalb steht unser großes Industrie- und Agrarierland unter der Herrschaft der Agrarier derart, daß eine Befreiung nur dadurch möglich ist, daß das Proletariat diesem Terrorismus ein Ende macht. Dazu verfügen die Agrarier auch über einen Teil der Arbeiter, die sie durch ihren Terrorismus zwingen, bei der Wahl ihre Interessen zu unterstützen. Die Herren im Schnapsblock verfügen über 4½ Millionen Stimmen. Da sind ein großer Teil Arbeiterstimmen darunter. Wir müssen dafür sorgen, daß den Agrariern diese Stimmen entzogen werden. Die Agrarier triumphierten. Jhr. v. Hertling hatte nicht unrecht, wenn er in seiner letzten Triumphrede bei der Annahme der Finanzreform darauf hinwies, daß der Liberalismus über das Kapital und die Presse verfüge wie keine andere Partei, daß er aber keine politische Macht sei, da er die großen Wählermassen nicht hinter sich habe, über die wir verfügen. Wir müssen, wie wir die Industriearbeiter gewonnen haben, auch die Arbeitermassen noch gewinnen, über die der Schnapsblock noch verfügt. Nur durch das Proletariat kann die Macht der Agrarier gebrochen werden. Es gibt keinen größeren Feind der Landarbeiter als die Agrarier selber, die ihnen das Koalitionsrecht vorenthalten, ihm die Freizügigkeit beschränken, sie bei der Arbeiterversicherung zurücksetzen, ihnen selbst die kleinen Renten nehmen möchten.

Die Kapitalisten haben jetzt den Hansabund gegründet. Der Hansabund wird aber nicht die Großmacht werden wie der Bund der Landwirte. Aufgabe des Proletariats ist es, die Macht der Agrarier zu brechen. Oft kamen wir schon in die Lage, die Politik zu treiben, die auch im Interesse der Kapitalisten lag. Bei der Handels- und Verkehrspolitik standen wir an der Seite der Kapitalisten. Auch bei den Zollkämpfen, der ganzen agrarischen Ausplünderungspolitik sind es die Arbeiter, welche die Leidtragenden sind. Da zwingt uns die Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter, die antiagrarische Politik zu treiben.

Für uns kommt es darauf an, zu organisieren und zu agitieren, und dazu bietet gerade die allernächste Zukunft Gelegenheit. Sollte es in der allernächsten Zeit zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kommen, dann heißt es, die Organisationen auszubauen, vor allem aber agitieren, die Menge Agitationsstoff, die uns die Gegner bieten, in der Weise auszunutzen, daß wir sagen können, beim nächsten Parteitag haben wir abermals Hunderttausende gewonnen. Wenn es wieder einmal zu einem allgemeinen Kampf kommt, dann werden unsere Gegner einsehen, daß sie gerade mit dieser Politik die gegenwärtige Gesellschaft am allermeisten in Gefahr gebracht haben. Wir haben aber die frohe Hoffnung und den Glauben, daß wir allmählich das ganze Proletariat hinter unsere Fahnen scharren werden und dann den endgültigen Sieg erringen, die Durchsetzung unserer Grundsätze erzwingen werden. (Stürmischer Beifall.)

Den **Kassenbericht** erstattet

Bericht: Der diesjährige Kassenabluß hat unseren Genossen im ganzen Reiche eine recht angenehme Ueberraschung bereitet. (Sehr richtig!) Nicht minder überrascht waren aber auch unsere Gegner. Hat doch der bekannte Reichsverband seit geraumer Zeit zahlenmäßig aus unseren Eingängen den Rückgang der Sozialdemokratie nachzuweisen versucht, und diese Beweisführung

Klang den bürgerlichen Ohren viel zu lieblich, als daß man ihn nicht hätte glauben schenken sollen. In den Kreislern der bürgerlichen Blätter, die sich mit dem Bericht des Parteivorstandes an den Leipziger Parteitag beschäftigen, kam der giftige Keim über den günstigen Stand unserer Parteifinanzien ganz unübersehbar zum Ausdruck. Wahrscheinlich werden auch verschiedene unserer Herren Finanzminister, die ja bekanntlich nur noch mit Defizit arbeiten, unseren Etat feindselig betrachtet haben. (Heiterkeit.) Wir können übrigens von Glück sagen, daß der Reichstag bereits geschlossen war, als wir mit unserem Abschluß an die Öffentlichkeit kamen, sonst hätte es wahrhaftig passieren können, daß die Steuerkünstler des Schnapsbills bei ihrem ewigen Perum-schnuffeln nach neuen Steuerquellen auf den Gedanken gekommen wären, unsere Ueberschüsse einer besonderen Besteuerung zu unterwerfen. (Heiterkeit. Zuruf: Mal den Teufel nicht an die Wand!) So erfreulich nun der Abschluß auch ist, so dürfen wir doch keineswegs veressen, daß es nur eine Reihe rein zufälliger äußerer Umstände gewesen sind, die zu seiner günstigen Gestaltung geführt haben. Mit unseren eigentlichen regulären Einnahmen verdingen wir auch heute noch nicht unseren Etat zu billanzieren, sondern sind nach wie vor auf die Ueberschüsse aus unseren großen Parteigeschäften angewiesen. Bleiben diese einmal infolge irgendwelcher Umstände aus, so ist auch sofort bei uns Unterbilanz da. Dieser Zustand ist dringend der Besserung bedürftig. Gestoß, wir haben gewaltige Fortschritte gemacht. Die Zeit liegt gar nicht weit hinter uns, wo die gesamten Einnahmen der Parteikasse, einschließlich der Ueberschüsse aus den Geschäften, nicht entfernt die Summe ergaben, die wir dieses Jahr nach Verteilung aller Ausgaben zurücklegen konnten, und es ist auch noch nicht lange her, daß die Parteibeiträge aller Organisationen im ganzen Reich nicht soviel betragen, wie gegenwärtig schon die Beiträge der beiden größten Organisationen, Hamburg und Berlin. Nicht nur die Leistungsfähigkeit der einzelnen Kreise ist sehr gestiegen, sondern auch die Zahl der Wahlkreise, die jetzt regelmäßig ihre Beiträge an die Parteikasse abführen, ist beträchtlich gewachsen. Das ist gewiß sehr erfreulich, aber ebenso richtig ist, daß unsere ganze Finanzgebarung noch an schweren Mängeln leidet. Ich könnte Ihnen auch dieses Jahr wieder lange Ausführungen darüber machen, wie viele Organisationen sich Verstöße gegen den Wortlaut und den Sinn unseres Organisationsstatutes haben zuschulden kommen lassen. Ich könnte Ihnen nachweisen, wie beträchtlich und zahlreich die, wenn ich mich so ausdrücken darf, Hinterziehungen sind, die zuungunsten der Zentralkasse vorgekommen sind. Ich verzichte diesmal darauf aus zwei Gründen, erstens fürchte ich, daß die betreffenden Sünder, wenn ich sie wie sonst zur Rechenschaft ziehen würde, mir höchstwahrscheinlich entgegenwürden: was lamantierst du noch immer, du weicht ja nicht mehr, was du mit dem vielen Gelde anfangen sollst! (Heiterkeit.) Und dann aus dem weiteren und durchschlagenden Grunde, weil alle diese moralischen Rippenstöße recht wenig gefruchtet haben. Die Sache muß anders angefaßt werden. Was wir unter der alten Organisationsform mit allen Appellen an die Genossen niemals zu erreichen vermochten, haben wir mit der in Jena beschlossenen Organisationsform spielend erreicht, und soweit auch diese gegenwärtig noch in Kraft befindliche Organisationsform Mängel aufzuweisen hat, müssen sie durch zweckentsprechende Aenderungen beseitigt werden. Wenn das Parteistatut, wie es in dem Entwurfe der Organisationskommission dem Parteitag vorliegt, zur Annahme gelangt, dann werden wir sicher wieder einen guten Schritt vorwärts tun in der Richtung, unsere Parteifinanzien auszubauen und zu stabilisieren, so daß wir nicht nur den allgemeinen ständig wachsenden Ausgaben der Partei gerecht zu werden vermögen, sondern auch den sonstigen Eventualitäten, die der politische Kampf mit sich bringt,

ruhig und gebappnet entgegenzutreten können. — Soviel zum Kassenabschluß, über den der schriftliche Bericht jeden wünschenswerten Nachweis über Verteilung der Einnahmen und Ausgaben, über Leistungen der Organisationen und Gegenleistungen der Zentralkasse usw. bringt. — Nun noch einige Worte über den geschäftlichen Bestand unserer Parteipresse. Wenn ich über diesen Gegenstand vor einem Jahre in Nürnberg mündlich sagte: Es ist freilich zu befürchten, daß die wirtschaftliche Krise noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, ihre schlimmsten Wirkungen vielmehr erst noch kommen und auch unsere Presse hart treffen werden, so ist das leider im vollsten Umfange eingetreten. Unsere Presse hatte auch 1907/08 bereits schwere Verluste an Abonnenten zu verzeichnen, aber diese Verluste einzelner Blätter wurden ausgeglichen durch die Gewinne, die andere noch zu erzielen vermochten, so daß immerhin noch ein Gesamtgewinn an Abonnenten in der Höhe von 11 882 verblieb. Wir hatten voriges Jahr ohne die „Neue Zeit“ und ohne die mehr der Agitation dienenden Monatsblätter mit Einschluß der „Gleichheit“ 1 061 280 Abonnenten. Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr hatten wir trotz der Krise immerhin noch eine kleine Anzahl Blätter, die einen Aufschwung verzeichnen konnten, aber sie kamen gegenüber den allgemeinen Verlusten nicht mehr auf. Wir stehen in diesem Jahre mit einem Abonnentenstand von 1 041 498 ab, haben also gegen das Vorjahr 19 791 Abonnenten verloren. Diesem Abonnentenverlust entsprechend sind auch die Einnahmen aus Abonnements zurückgegangen. Im Vorjahre betragen die Einnahmen aus Abonnements 6 782 350 Mk.; sie sind im abgelaufenen Geschäftsjahr zurückgegangen auf 6 708 151 Mk. Wir haben also ein Minus gegen das Vorjahr in Höhe von 76 208 Mk. Der einzige Lichtblick in diesem ziemlich trüben Bilde ist, daß wenigstens die Einnahmen aus den Inseraten nicht nur nicht zurückgegangen sind, sondern eine, wenn auch gegen die frühere Aufwärtsbewegung nur bescheidene Steigerung aufweisen. Wir konnten im Jahre 1907/08 Einnahmen aus Inseraten feststellen in Höhe von 4 206 822 Mk., im abgelaufenen Jahre von 4 368 781 Mk., also eine Mehreinnahme in Höhe von 168 439 Mk., die der Mindereinnahme von 76 208 Mk. aus Abonnements gegenübersteht. Es ist gerade dieser Mehreinnahme aus Inseraten zu verdanken, daß die Liste der mitleidenden Blätter nicht noch größer geworden ist, daß verschiedene Blätter gerade noch darüber hinweggekommen sind, die Zentralkasse in Anspruch nehmen zu müssen und unter die subventionierten Blätter zu geraten. Was den Verlust an Abonnenten anlangt, so haben wir es da mit einer denn auch tieftraurigen, so doch durchaus erklärlichen Erschöpfung zu tun.

Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse kann auch durch die allerbeste Organisation und durch die zäheste, treueste Parteiarbeit doch nur bis zu einem gewissen Grade paralytisch werden. Aber deshalb ist gewiß kein Anlaß zur Mutlosigkeit, ganz im Gegenteil: alle Anzeichen deuten darauf hin, daß nach Beendigung der Krise die Aufwärtsbewegung sofort wieder einsetzen, die Verluste wettmachen und neue Gewinne hinzufügen wird. Hoffentlich ist es möglich, schon dem nächsten Parteitage wieder günstigere Zahlen auch über den Stand der Parteipresse mitzuteilen. (Beifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet haben: Der Bericht der Kontrollkommission ist etwas umfangreicher als auf dem vorigen Parteitag, ich glaube aber, Sie werden nach so günstigen Kassenabschluß dieses mit in Kauf nehmen und es auch leicht ertragen können. Sie werden begreifen: je länger der Bericht, um so größer war die Arbeit der Kontrollkommission. Genosse G. Heinisch, 6. Wahlkreis, Berlin, war krank und hatte 14 Tage

Ferien, er reiste drei Tage vor der Landtagswahl nach dem Harz, kehrte jedoch zur Abgabe seiner Stimme nicht nach Berlin zurück.

Nun war aber in Berlin der Beschluß gefaßt: Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, seine Stimme abzugeben, und weil Heinrich diesem Beschlusse nicht nachgekommen war, schloß ihn der 6. Wahlkreis aus der Partei aus. Das angerufene Schiedsgericht hob den Ausschluß auf und sprach ihm eine Rüge aus. Die angerufene Kontrollkommission erkannte in dem Verhalten Heinrichs wohl einen schweren Disziplinbruch, schloß sich aber dem Urteile des Schiedsgerichts an.

Ueber den Genossen Clauder-Sonneberg-Saalfeld hatte ich schon voriges Jahr Bericht zu geben. Clauder war vom Schiedsgericht ausgeschlossen worden. Die Kontrollkommission hatte aber das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben, weil die Kläger bzw. die Angegriffenen in demselben als Richter gefaßt hatten. Ein neu zusammengesetztes Schiedsgericht schloß den Genossen Clauder abermals aus, weil derselbe bei eingetretenen Differenzen untereinander ein bürgerliches Blatt zu seinen Angriffen benutzte. Das Schiedsgericht erkannte darin eine ehrlose Handlung. Die Kontrollkommission konnte nach genauer Prüfung der Sachlage dem Urteile des Schiedsgerichts nur beitreten und bestätigte den Ausschluß Clauders.

Der Genosse August Klapp-Uberfeld hatte schwere Anschuldigungen gegen verschiedene Parteigenossen erhoben und drohte mit der Herausgabe einer Brotschüre. Vor einem Schiedsgericht scheiterten alle Versuche zur Einigkeit und da Klapp trotz 15stündiger Verhandlung nicht den geringsten Beweis für seine Anschuldigungen erbringen konnte, schloß ihn das Schiedsgericht aus der Partei aus. Auch in diesem Falle schloß sich die Kontrollkommission der Vorinstanz an und bestätigte den Ausschluß Klapps.

In Schneberg i. S. waren unter den Genossen Differenzen entstanden, die in schwere Streitigkeiten ausarteten, darob ein Schiedsgericht berufen wurde, welches am 15. Oktober 1908 den Genossen August Hergert in Griesbach aus der Partei ausschloß. Die von Hergert angerufene Kontrollkommission kam jedoch auf Grund der vorliegenden Akten einstimmig zu der Ansicht, daß Gründe zu einem Ausschluß gemäß § 2 des Statuts nicht vorliegen und hob deshalb das Urteil des Schiedsgerichts auf.

Unter den Parteigenossen Panfows tobte ein heftiger Streit. Mit Anschuldigungen wurde nicht getarnt, weshalb gegen die Genossen Köber, Korker und Hillmann ein Schiedsgericht berufen wurde. Dieses Schiedsgericht lehnte jedoch den Antrag, Köber und Genossen aus der Partei auszuschließen, ab. Der Kreisvorstand Nieberbarnim legte gegen das Urteil des Schiedsgerichts Berufung an die Kontrollkommission ein und kam dieselbe zu folgendem Beschlusse: „Die Kontrollkommission erkennt aus den Akten und Informationen, daß in der Angelegenheit, welche sich als ein planmäßiges, seit langer Zeit getriebenes Schädigen der Partei darstellt, Köber die treibende Kraft war, während die beiden anderen unter seinem Einfluß handelten. Die Kommission erwartet, daß Korker und Hillmann bei ruhiger Ueberlegung sich von der Haltlosigkeit ihrer Anschuldigungen überzeugen und sich von leitenden Stellen in der Partei zurückziehen; dagegen ist der Ausschluß Köbers aus der Partei auszusprechen.“

Der Wahlverein Nizdorf legte Berufung ein gegen das Urteil des Schiedsgerichts vom 14. Januar 1909, welches den beantragten Ausschluß der Genossen Hoher und Ramswig abgelehnt hatte. Der Tatbestand, weshalb die Genossen ausgeschlossen werden sollten, war folgender: Hoher und Ramswig nahmen mit zwei anderen dortigen Genossen als Delegierte am Verbandstage der

Buchdrucker in Köln teil, der am 2. Juni 1908 beendet wurde, sie machten eine Vergnügungsfahrt am 3. Juni auf dem Rhein. Nun wurde den vier Genossen, von denen die beiden Genannten Wähler der zweiten Klasse waren, zum Vorwurfe gemacht, daß sie nicht am 3. Juni heimkehrten, um ihr Wahlrecht zur preussischen Landtagswahl auszuüben. Das Schiedsgericht hat den Ausschlußantrag in allen vier Fällen abgelehnt, weil es dahingestellt bleiben muß, ob man den betreffenden Genossen die körperlichen Strapazen einer Nachtreise Köln-Berlin zumuten konnte. Die Beschwerdeschrift rügt besonders, daß die beiden angeschuldigten Genossen Hoher und Ramswig bei dem Schiedsgericht wie in der Generalversammlung keine Entschuldigung für ihre Handlungsweise hatten, während die beiden anderen Beteiligten sich genügend entschuldigten. Die Kontrollkommission trat dem Urteil des Schiedsgerichts bei und lehnte den Ausschluß von Hoher und Ramswig einstimmig ab, weil hinreichende Gründe nicht vorhanden sind zur Annahme, die eine solche Strafe rechtfertigten.

Genosse Heinrich Wiehe, Gastwirt in Silberseim, hat bei der preussischen Landtagswahl sein Wahlrecht nicht ausgeübt, weshalb er durch Urteil des Schiedsgerichts vom 13. Oktober 1908 aus der Partei mit vier gegen drei Stimmen ausgeschlossen wurde. Wiehe rief die Kontrollkommission an und begründete sein Verhalten damit, daß er bisher nie gewählt habe, weil die Beteiligung keinen praktischen Wert hatte. Er würde aber, wenn er gewählt hätte, daß seinem auch aus geschäftlichen Gründen geschehenen Verhalten solche Bedeutung beigelegt würde, sich anders entschlossen haben. Die Kontrollkommission ist zwar der Auffassung, daß die Handlungsweise des Genossen Wiehe in keiner Weise zu billigen ist, doch kann nach der Sach- und Aktenlage in dem Verhalten des Wiehe ein so grober Verstoß gegen die Parteigrundsätze nicht erblickt werden, welche den Ausschluß rechtfertigen und beschloß demgemäß: Das Urteil des Schiedsgerichts wird aufgehoben.

Der Genosse Heinrich Ubert, Gastwirt in Köln-Ehrenfeld, wurde am 21. Januar 1909 durch Urteil des Schiedsgerichts aus der Partei ausgeschlossen, weil er bei der dortigen Stadtverordnetenwahl — obwohl die sozialdemokratische Partei eigene Kandidaten aufgestellt hatte — für den national-liberalen Vorschlag gestimmt hatte, welches derselbe auch zugibt. Die Kontrollkommission schloß sich einstimmig dem Urteil des Schiedsgerichts an.

Der Genosse Calwer hatte im bürgerlichen Blatt „Der Tag“ einen Artikel veröffentlicht, worin der Zentralverein Teltow-Beeskow-Charlottenburg einen Verstoß gegen den Dresdener Parteitagbeschlusse erblickt hatte. Das Schiedsgericht sprach Calwer frei. Die Kontrollkommission hob aus formellen Gründen die Entscheidung des Schiedsgerichts auf und verwies die Angelegenheit an dasselbe zurück.

In Stuttgart fand am 18. August v. J. eine geschlossene Parteiversammlung statt und ehe unser Parteiblatt einen Bericht darüber bringen konnte, brachte schon am nächsten Tage das „Stuttgarter Tageblatt“ einen Bericht. In der zweiten geschlossenen Parteiversammlung am 31. August gaben die Genossen in scharfen Worten ihren Unmut über die Berichterstattung an bürgerliche Blätter Ausdruck, ohne daß sich der Schreiber meldete. Der Genosse Schriftsetzer Wilhelm Müller wurde nun in dieser Versammlung beobachtet, wie er hinter einer Säule stehend, sich Notizen machte, und er wurde als Berichterstatter erkannt. Ueber die scharfe Kritik der Genossen hatte er sich hinweggesetzt, schwieg sich aus und machte trotzdem den zweiten Bericht. Daß er sich eines Unrechts bewußt war, bewies sein Verbergen hinter der Säule. Das Schiedsgericht erteilte ihm eine Rüge, die Kontrollkommission erkannte diese Tat als eine ehrlose, die Partei schädigende Handlung an und nach § 2

des Parteistatuts mußte daher gegen Müller der Ausschluß aus der Partei erfolgen.

Der Brauer Kurt Vogel-Berlin ist durch Beschluß des Schiedsgerichts vom 1. Juni d. J. auf Grund des Organisationsstatuts aus der Partei ausgeschlossen worden. Den Grund der Ausschließung erklärte das Schiedsgericht in dem Tatbestand einer ehelosen Handlung. Der Tatbestand ist folgender: In das Kuratorium des paritätischen Arbeitnachweises wurde der von der Mitgliederversammlung des Brauereiarbeiterverbandes aufgestellte Kandidat Florian Tröger gewählt. Gegen diese Wahl legte Vogel Protest ein mittelst Zuschriften an den Vorsitzenden des Nachweises Dr. Freund, an den Vorsitzenden des Ortskrankenkasse für das Brauereigewerbe und an den Magistrat. Darin wird behauptet, Tröger sei nicht wahlberechtigt, weil er nicht im Berufse arbeite. Wenn auch die Kontrollkommission sich der Urteilsbegründung nicht anschließen konnte, befähigte sie doch den Ausschluß Vogels aus der Partei wegen eheloser Handlung.

Der Genosse H. Dietrich, Vorsitzender des Arbeiterknotenagrappens, Bundes Dresden beschwert sich über die Art, wie im „Vorwärts“ am 23. März 1909 zur Frage der Stenographie Stellung genommen wird und über die erfolglosen Versuche durch Anrufung der Preßkommission etwas zu ändern. Die Kontrollkommission geht über die Beschwerde zur Tagesordnung durch folgenden Beschluß über: Nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts des sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat die Kontrollkommission nicht die Befugnis, über die Verweigerung der Aufnahme bei an die Redaktion des „Vorwärts“ eingehenden Artikel eine Entscheidung zu treffen.

Genosse Emil Eichler aus Wormes in Frankreich, früher in Berlin, beschwert sich darüber, daß in den Jahren 1904/1907 die Redaktionen des „Vorwärts“ und anderer Parteiorgane verschiedens ihm ohne eingefandte Artikel nicht veröffentlicht und daß er von der Berliner Parteiorganisation nicht auf die Referentenliste gesetzt worden ist, obwohl er zu guter Dienstleistung befähigt gewesen sei. Auf seine Beschwerden an die Redaktionen, die Preßkommissionen und auch an den Parteivorstand seien ihm keine Auskünfte erteilt worden. Die Kontrollkommission konnte die Beschwerde nur zurückweisen und dem Genossen Eichler mitteilen, daß sie zur Entscheidung über die der Beschwerde zugrunde liegenden Angelegenheiten nicht zuständig sei.

Der Genosse Hugo Diekmann-Hannover, hatte sich ein Vergehen auszuladen lassen, wofür er 14 Tage Gefängnis verbüßen mußte. Er will nun gegen den Genossen W. Werheiser, dem er eine Denunziation aus Nachsicht vorwirft, ein Verfahren auf Ausschluß aus der Partei eingeleitet haben. Wie dafür an den verschiedenen Stellen der Parteiorganisation eingeleiteten Schritte entsprechen nicht dem Wunsche des Diekmann, weshalb er sich bei der Kontrollkommission beschwert. Die Kontrollkommission kam zu dem Beschluß, daß die in der Zuschrift angegebenen Gründe nicht ausreichen, um ein Ausschlußverfahren gegen Werheiser einzuleiten; auch kann in der Angelegenheit nur dann eine ehelose Handlung erblickt werden, wenn die behaupteten Tatsachen sich als unbegründet oder böswillig erfunden erweisen würden. Deshalb konnte dem Antrage Diekmanns nicht stattgegeben werden.

Am 7. März d. J. beschloß die Oberhausen ein statutengemäß einberufenes Schiedsgericht den Ausschluß des Genossen Spaniol aus der Partei. Es wurde ihm eine ehelose Handlung im Sinne des § 2 unseres Organisationsstatuts zur Last gelegt. Wegen diesen Schiedspruch legte Spaniol Berufung bei der Kontrollkommission ein. Nach eingehender Prüfung des Akten konnte die Kontrollkommission den Beschluß des Schiedsgerichts nur bestätigen. Spaniol hatte in öffentlichen Versammlungen dem Vorstande des Bergarbeiterverbandes

zur Last gelegt, er habe den Verbandsmitgliedern verheimlicht, daß im Jahre 1904 10 000 Mk. in der Verbandskasse fehlten, weshalb zur Verdeckung des Mankes eine Verschleierung der Bilanz vorgenommen worden war. Eine weitere von Spaniol ausgesprochene Beschuldigung lautet, der Vorstand des Bergarbeiterverbandes habe, um eventuell käftig werdende Streikende einzugewöhnen, die Verbandsbeamten mit dazu besonders angekauften Revolvern ausgestattet und Schießübungen machen lassen. (Hört, hört!) Diese Behauptungen wurden durch die in einer Gerichtsverhandlung vorgenommenen Feststellungen als unwahr erwiesen, wobei auch festgestellt wurde, daß Spaniol den Sitzkrieg begann und die Zurückbehaltung des Revolvers nicht einwandfrei war. Die Kontrollkommission hat aus dem ganzen Verhalten des Spaniol die Ueberzeugung gewonnen, daß er die Absicht hatte, die sozialdemokratische Organisation im Berggebiet zu schädigen und die in der Agitation tätigen Parteigenossen nachsichtig herabzusehen. In diesem Gesamtverhalten Spaniols erblickte die Kontrollkommission den Tatbestand der ehelosen Handlung.

Genosse H. Kohl-Altona, Vorsitzender des Verbandes der Zibilmuster, äußerte sich in einer Delegiertenversammlung des Partells am 26. Oktober 1908 scharf über die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, wozu er eine erläuternde Handbewegung machte. Darob wurde ein Ausschlußantrag gegen ihn gestellt, das Schiedsgericht sprach ihn aber einstimmig frei. Wegen der Freisprechung legte der dritte Hamburger Wahlkreis Berufung bei der Kontrollkommission ein. Die Kontrollkommission schließt sich dem Urteil des Schiedsgerichts an und weist die Berufung ab, spricht aber ihren Tadel darüber aus, daß der Genosse Kohl zur Kritik an den ihm bekannt gewordenen Uebelständen nicht eine geeignetere Form und nicht den Ort wählte, wohin eine wahrhaft wohlmeinende Gestattung ihn hinführen mußte, die dazu eingefasste Parteilistung. Die Kontrollkommission hat die ihr obliegenden Arbeiten durchgeführt, die Geschäfte, die Bücher, die Kassen genau revidiert, sowohl in Berlin als auch in Stuttgart, und alles in bester Ordnung gefunden, so daß ich in ihrem Namen den Parteitag bitte, dem Parteivorstand für seine Tätigkeit Decharge zu erteilen. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Profis-Rubwigschafen: In dem Bericht des Parteivorstandes wird gesagt, daß der Bezirk Pfalz keinen Bericht eingeschickt hat. Das mag nach außen hin den Eindruck erwecken, als ob in der Pfalz nichts geleistet wurde, und ich habe es deshalb für nötig zu sagen, daß auch wir unsere Schuldigkeit in vollem Maße getan haben. Ich glaube deshalb, daß die Genossen Gnade vor Recht ergehen lassen, wenn wir unseren Bericht nicht pünktlich eingekandt haben. Gerade die Zeit, in welcher die Verichterhaltung erfolgen sollte, war für uns eine Zeit der tollsten Beschäftigung. Sie wurde von zwei Nachwächern für den Reichstag und den Landtag ausgefüllt. Wir konnten also unmöglich den Termin innehalten. Trotz der schweren Krise ist die Organisation in der Pfalz vorwärtsgegangen, auch unsere Presse steht auf gesunder Grundlage und ich kann nur wünschen, daß das überall der Fall wäre. Nach dem Tode von Ehrhart hofften vor allem die Liberalen, daß es jetzt mit unserem Vormarsch in der Pfalz vorbei wäre. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Gerade im letzten Geschäftsjahr haben wir zwei neue Gebiete erschlossen, die bisher unannehmbar für uns erschienen. Ich glaube, es gibt in Deutschland keinen Bezirk, wo so verschiedene Arbeitergruppen auf einem so kleinen Gebiet zusammenwohnen. Neben den Bergleuten haben wir eine große Anzahl von Dingern, die Industrie ist in den verschiedensten Variationen vertreten. In den letzten Jahren haben wir namentlich das Berggebiet und

das Weingebiet erschlossen und wir haben Gelegenheit, noch weiter einzubringen. Für die Bergarbeiter konnten wir bis in die jüngste Zeit hinein keine Versammlungen abhalten, es war keine Organisation vorhanden, der Geist des seligen Stumm hat bis in die jüngste Zeit so gewirkt, daß die Massen dadurch vollständig im Banne gehalten wurden, denn die Stimmleiter leben ja bekanntlich auch heute noch. Jetzt aber sind auch die Bergarbeiter zu uns herübergekommen und auch die Gegenmaßregeln der Vertreter der katholischen Kirche nützen nichts mehr, die Bergarbeiter laufen den christlichen Organisationen haufenweise davon und kommen zu uns. Allerdings wird es noch eine längere Zeit dauern, bis wir sie so organisiert haben, wie die Arbeiter in anderen Teilen der Pfalz. Auch im Winzergebiet begegnen wir bis in die letzte Zeit hinein den Einflüssen der großen Herren, die Winzer werden zum Teil auch heute noch von den Flaschenbaronen und „Hardtgrafen“ als Geloten behandelt, aber es macht sich jetzt ein Umschwung zu unseren Gunsten bemerkbar. Daß wir nicht auf der faulen Haut gelegen haben, beweisen auch die Nachwahlen. In der Nachwahl für Ehrhart hofften die Liberalen zu siegen, aber sie haben die Rechnung ohne den Wirt oder vielmehr ohne die Sozialdemokratie gemacht. Ich erinnere ferner an die jüngste Nachwahl im zweiten Pfälzischen Wahlkreis, also gerade im Weingebiet. Der Ausfall dieser Wahl hat nicht allein bei unseren Gegnern, sondern auch bei unseren Genossen selbst Ueberraschung ausgelöst. Sie werden nicht geglaubt haben, daß dieser Wahlkreis für die Sozialdemokratie jetzt gewonnen werden konnte. Gewiß hat die Finanzreform, der Raubzug am Volke dazu beigetragen, aber darauf allein ist der Sieg nicht zurückzuführen, sondern auf die unermüdete Arbeit unserer Genossen. Unsere Gegner sagen, der Wahlkreis ist einmal gewonnen, aber nicht wieder. Nun, wir werden alles daran setzen, den Kreis dauernd zu behaupten. (Bravo!) Die Verhältnisse sind so, daß der Kreis für uns reif geworden ist, die Bevölkerung steht in den Deinhardt, Wühl und wie sie alle heißen mögen nicht mehr die Heiligen. Die Zeit ist vorbei, wo bei uns die Kommerzienräte die Hauptrolle gespielt haben. Auch ein anderer Wahlkreis der Pfalz, Kaiserlautern, wo der Agrarier Möfide gewählt ist, ist für uns reif geworden. Die Pfälzer Genossen brennen darauf, sie können den Moment nicht erwarten, bis es wieder zur Wahl kommt, um diesen ostelbischen Junker aus der Pfalz herauszuwerfen zu können. (Bravo!) Wir warten auf den Moment, um diesen Schandfleck aus der Pfalz auszuwischen und Herrn Möfide dahin zu schicken, wohin er gehört, nach Norddeutschland. (Heiterkeit und Rufe: Na nu!) Für die Pfalz paßt er nicht. (G e r i s h: Behaltet ihn nur!) Gewiß, Sie werden darauf verzichten. (Heiterkeit.) Sorgen wir also dafür, daß Herr Möfide überhaupt keinen Unterschlupf mehr findet. (Bravo!) Sie sehen also, daß wir fleißig gearbeitet und nicht gerauscht haben. In dem Vorstandsbericht steht, daß wir heute neue Waffen schmieden werden. Ich kann Ihnen sagen, wir haben es in der Wahlagitiation am schwersten empfunden, daß die Genossen, die das Vertrauen der großen Mehrheit an die Spitze gestellt hat, sich gegenseitig so bekämpfen. Gerade wir haben es am meisten empfunden, wie das der Kleinarbeit bei der Wahl schadet und deshalb möchte ich namens der Pfälzer den Wunsch aussprechen: Wenn wir heute Waffen schmieden, so wollen wir sie schmieden, nicht um sie anzuwenden gegen uns selbst, sondern gegen unsere Feinde. (Bravo!) Das wird uns die Gewähr bieten, daß wir nicht stille stehen, sondern vorwärts marschieren, und die Pfalz wird nicht an letzter Stelle stehen. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Wir wird soeben ein Antrag überreicht mit der Ueberschrift: Die Generalversammlung in Würzburg beantragt usw. Nach unserem Organisationsstatut sind Anträge binnen einer bestimmten Frist einzubringen. Die

nachher eingegangenen Anträge befinden sich im Druck und werden berollt werden. Es erscheint mir aber nicht zulässig, daß nummehr während des Parteitages noch andere Anträge gestellt werden als solche von Delegierten. Wenn also Delegierte ein Interesse daran haben, den Antrag der Generalversammlung Würzburg, der sich auf die Zustellung der „Partei-Korrespondenz“ an alle in der Agitation tätigen Genossen bezieht, aufzunehmen, so bitte ich, einen solchen Antrag einzubringen.

Bufold-Friedberg: Der diesjährige Parteibericht, der schriftliche wie der mündliche, behandelte zum ersten Male in erhöhtem Maße die Landarbeiterfrage. Es ist eine Tatsache, daß wir seit Jahren mit der Behandlung der Landagitiation und der Landarbeiterfrage im Rückstande sind. Erst durch die Erstarkung der Agitation des Bundes der Landwirte ist man darauf aufmerksam geworden, daß auch auf diesem Gebiete von unserer Seite mehr zu geschehen hat. Wir haben ja jetzt eine sogenannte Landarbeiterorganisation. Aber das genügt nicht. Es muß jetzt Aufgabe aller Parteimitglieder sein, diese neue Organisation zu unterstützen. Wenn auch noch so gute Genossen an ihrer Spitze stehen, sie werden nichts Positives erreichen, wenn sie nicht alleseitig unterstützt werden. Wir in Hessen haben versucht, die Frage in Fluß zu bringen. Man war hier früher auch der Ansicht, daß es nicht möglich sei, mehr zu erreichen als bisher, aber eine Umfrage hat ein ganz überraschendes Ergebnis gehabt. In einer ganzen Reihe von Orten erscheint es heute möglich, solche Organisationen zu gründen. Auf die Frage, ob die Möglichkeit zur Gründung einer Organisation besteht, antworteten eine Reihe von Orten mit Ja, von denen es niemand erwartet hatte. Es kommen da nicht nur Landarbeiter, sondern zum Teil auch Halbbauern in Betracht, die in die Organisationen hineingezogen werden können. Das Ergebnis ist um so merkwürdiger, als die Umfrage dort stattgefunden hat, wo die politische Organisation noch schwach ist. Das sollte uns zu denken geben. Wir sollten im ganzen Reich versuchen, die Frage in Fluß zu bringen. Auf allen Konferenzen muß man fragen: was hat zu geschehen in punkto Landarbeiterorganisation? Dann wird es möglich sein, auch Material zu erlangen, das uns befähigt, hier vorwärts zu kommen. Das hat bisher gefehlt. Auch der Parteivorstand sollte uns in dieser Frage mehr als bisher unterstützen. Folgen wir alle der Parole: Hinaus aufs Land. (Beifall.)

Löbe-Breslau beantragt, die mit dem Geschäftsbericht in Zusammenhang stehenden Anträge jetzt mit zur Verhandlung zu stellen.

Singer: Die Anträge betreffen die künftige Agitation. Die Anträge zum Parteivorstandsbericht können sich nur auf die frühere Tätigkeit des Parteivorstandes beziehen. Die Anregungen für die spätere Tätigkeit werden an anderer Stelle behandelt. Es kommt jeder Antrag zu seinem Recht.

Gottschalk bittet, die Anträge 6 bis 29, 241 und 243 mit zu behandeln und ebenso einen Antrag, welcher alljährliche Berichterstattung an den Bildungsausschuß fordert.

Singer: Es ist ein starkes Stück, daß ein Antrag, der noch gar nicht zur Kenntnis des Parteitages gekommen ist, bereits verhandelt werden soll, ehe die Unterstützungsfrage gestellt ist.

Gottschalk: Dieser Antrag ist durch 20 Delegierte, also genügend unterstützt, ich weise die Behauptung, daß ich mir ein starkes Stück geleistet habe, mit aller Entschiedenheit zurück.

Singer: Ich habe es als starkes Stück bezeichnet, daß wir über einen Antrag verhandeln sollen, der noch nicht zur Kenntnis des Parteitages gelangt ist.

Es wird beschlossen, nach dem Vorschlage Singers die betreffenden Anträge jetzt nicht mit zu behandeln.

Spring-Deuten: Auf Seite 54 des Vorstandsberichts ist bemerkt, daß Oberschlesien 34 060 Mk. Zuschuß erhalten hat. Diese Ziffer, die nach außen hin kolossal erscheint, hat der ober-schlesischen Scherzpresse, der national-polnischen Presse, Korfanth und Papieraksti, Gelegenheit gegeben, allerhand Rechenkünste daran zu knüpfen, die dann über ganz Deutschland verbreitet sind. Aber auch innerhalb der Partei müssen diese Zahlen den Eindruck erwecken, als ob tatsächlich in Oberschlesien riesige Summen verbraucht werden. Ich will feststellen, daß davon 13 400 Mk. für die „Gazeta Robotnicza“ verbraucht worden sind, die nicht allein in Oberschlesien, sondern unter der ganzen polnischen Bevölkerung in Deutschland verbreitet ist. 5400 Mk. hat außerdem die polnische Partei, also auch die Polen in ganz Deutschland, erhalten. Von den übrig bleibenden etwa 15 600 Mk. ist sehr viel für Lokalmiete ausgegeben, denn wir leben ja, wie Sie wissen, in Oberschlesien in einem Ausnahmezustand. Auf Seite 9 ist dann die Mitgliederzahl des Agitationsbezirks Katowitz auf 932 angegeben. Im Verhältnis dazu stellen die 34 000 Mk. allerdings eine horrend Summe dar. In der Tat aber liegen die Dinge doch etwas besser. Neben den 932 Mitgliedern, die zur deutschen Parteiorganisation gehören, gibt es noch 1100 Mitglieder der polnischen Bruderorganisation, der P. P. S. In Summa also 2032 Mitglieder. Daß diese Zahl im Vorstandsbericht nicht angegeben ist, liegt nicht am Parteivorstand, sondern an einer Verwechslung, die unseren polnischen Genossen auch ohne ihre Verschulden passiert ist. Insgesamt haben die polnischen Genossen 1700 Mitglieder. Nicht ganz zutreffend ist es auch, wenn erwähnt wird, daß aus Oberschlesien nur 267 Mk. an den Parteivorstand eingekandt sind, insgesamt sind von der deutschen und polnischen Organisation 720 Mk. eingekandt worden. Es handelt sich nur darum, was zu tun ist, um in Zukunft einheitliche Berichte zu erhalten. Ich meine, wir treten der P. P. S. durchaus nicht zu nahe, wenn wir verlangen, daß innerhalb der Kreise, hauptsächlich in Oberschlesien, einheitlich berichtet wird. Es kann ja dann noch in einer Note besonders angeführt werden, wie der Stand der P. P. S. ist. Wir haben im vorigen Jahre selbst im dunklen Oberschlesien gegen 50 Proz. an Mitgliedern gewonnen und in demselben Verhältnis haben sich unsere Massenverhältnisse gebessert. Wir haben nicht nur gegen das Zentrum und die Liberalen, sondern vor allem auch gegen die Nationalpolen zu kämpfen, die dem Zentrum an demagogischen Tricks hundertmal überlegen sind. So haben sie z. B. bei der Schadaffäre den Schad zum sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gestempelt. (Hört! hört!) Außerdem hat die Partei und die Gewerkschaftsbewegung viel unter polizeilichen Schikanen zu leiden. Um vorwärts zu kommen, brauchen wir die Hilfe und die Mittel der Partei. Wir konstatieren gern, daß der Parteivorstand uns stets entgegengekommen ist, und hoffen, daß es auch weiter der Fall ist. Wir werden das unsrige tun, um auch das dunkle Oberschlesien zu revolutionieren und der Sozialdemokratie endlich zuzuführen. (Waboo!)

Adermann-Frankenthal (Falz): Ein großer Teil der Anwesenden hat vorhin die Anregungen Lobes nicht verstanden. Es ist bisher immer so gewesen, daß bei dem Bericht die dazu gehörenden Anträge zur Debatte gestellt wurden. Es ist offenbar ein Versehen unseres Vorsitzenden, daß das bei dem ersten Punkt der Tagesordnung nicht gemacht worden ist. Es würde die Verhandlungen sehr in die Länge ziehen, wenn die Anträge 6 bis 29 nachher gesondert sind. (Sehr richtig!)

Singer: Mein Vorschlag ist ganz absichtlich gemacht worden. Die Anträge, die zu bestimmten Punkten der Tagesordnung gehören, werden bei dem

betreffenden Gegenstand behandelt. Die erwähnten Anträge aber sind nicht zu Punkt 1 gestellt, denn das ist der Bericht des Vorstandes über seine Tätigkeit im abgelaufenen Jahre, während die Anträge für die Folge eine bestimmte Tätigkeit verlangen. Sie betreffen teils die Agitation, die Presse usw. und werden dabei zur Debatte gestellt werden. Das ist bisher immer so gewesen. Um die Sache abzuführen, frage ich den Parteitag, ob er trotz seines eben gefaßten Beschlusses nochmals auf diese Angelegenheit zurückkommen will.

Das wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Meerfeld-Köln: Mollenbuhr hat bereits auf die Veründigung des Zentrums in Sachen der Reichsfinanzreform hingewiesen, er hat auch rühmend hervorgehoben, daß unsere Partei die Mitgliederzahl des Volksvereins für das katholische Deutschland überflügelt hat. Die Mitgliederzahl des Volksvereins ist ja eigentlich kein richtiger Maßstab für die Stärke des Zentrums, weil es der Volksverein viel leichter hat als wir, eine hohe Mitgliederzahl zu erreichen, weil für ihn in jeder Zentrumsversammlung agitiert wird und sein Jahresbeitrag von 1 Mk. im Vergleich zu unseren Beiträgen sehr gering ist. Auch werden die Restanten von ihm wohl niemals gestrichen. Aber davon abgesehen wollen wir die Macht des Volksvereins nicht unterschätzen. Er repräsentiert einen gewaltigen politischen und sozialen Einfluß, und gerade wir in Rheinland-Westfalen spüren seine Wirksamkeit sehr. Wir haben oft gewünscht, daß sich unsere Parteileitung in manchen Dingen den Volksverein zum Vorbild nehmen möge. Wenn wir auch zugeben, daß der Parteivorstand namentlich in den letzten Jahren viel getan hat, um die Parteigenossen gegenüber dem Zentrum besser auszurüsten, so muß doch auf diesem Gebiete noch viel mehr geschehen. Hunderttausende von politisch rückständigen Zentrumswählern können von uns nicht erreicht werden, wenn wir nicht ganz andere Waffen schmieden. Das Zentrum hat eine raffinierte Organisation und weiß in meisterhaft demagogischer Weise die Religion mit der Politik zu verknüpfen. Wenn alles nicht mehr zieht, holt es den Religionsraumau hervor, und das ist bis jetzt noch immer eine wirksame Methode gewesen. Aber auf die Dauer wird auch das nicht verfangen, der Fortschritt unserer Partei bürgt dafür, daß auch von dem Zentrumskrumm Stein um Stein losbröckelt, und daß er in absehbarer Zeit zusammenstürzen, zur Ruine werden wird. Um gegen das Zentrum mit Erfolg aufzukommen, brauchen wir viel Opferfreudigkeit, Klugheit, Disziplin und, ich füge hinzu, Selbstbeherrschung gegenüber den innerparteilichsten Streitfragen. (Sehr richtig!) Solche Streitigkeiten bieten dem Zentrum willkommenen Agitationsstoff, um den Arbeitern in verzerrendem Höhlenspiegel unsere Bestrebungen vorzuführen.

Bei Tausenden von Zentrumswählern besteht heute ein Bild von der Sozialdemokratie, das auszuwischen sehr schwer ist. Mollenbuhr hat schon sehr verständige Worte gesprochen über die Gegenfälle unserer Partei. Ich hoffe bestimmt, daß wir nicht wieder dem Zentrum Gelegenheit geben werden, den Arbeitern ein falsches Bild von uns zu malen durch die Vorführung von Streitigkeiten, die den hohen Zielen unserer Partei nicht entsprechen. Die wirtschaftlichen Vorbedingungen zu Erfolgen der Partei in Rheinland und Westfalen sind gegeben, Hunderttausende von Arbeitern sind dort noch zu holen. Ich bitte Sie nochmals, unterstützen Sie alles, was geeignet ist, die mühevoll Arbeit unserer Genossen in Rheinland und in Westfalen zu fördern.

Rakenstein: Der Bericht des Parteivorstandes macht die erfreuliche Mitteilung über die Gründung von Kinderschulkommissionen. Es ist bereits an einigen Orten, namentlich in Dresden, sehr tüchtiges geleistet. Aber wie die Sache bis jetzt besteht aber angeregt ist, ist für uns unzulänglich. Zu Unrecht bringt man die ganze Sache unter die Rubrik: Frauenorganisation.

Das ist keine spezielle Frauensache, sondern eine allgemeine Arbeitersache. Wir wissen ja, sobald eine Sache spezialisiert ist, ist das Interesse der anderen, nicht unmittelbar Beteiligten geringer. Weiter ist es auf die Dauer nicht ausreichend, daß man die Tätigkeit der Kinderschuttkommissionen beschränkt auf die ungesetzliche Kinderarbeit. Es ist ja begreiflich, daß sie im Vordergrund steht, daß man die unzulänglichen Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes wenigstens einmal in die Praxis übersetzt haben will. Aber das muß ergänzt werden durch Schutz der Kinder überhaupt gegen jede Art von Verwahrlosung, Ausnutzung, Mißhandlung. Es sind in den letzten Jahren unendlich viel furchtbare Tatsachen darüber durch die Presse gegangen. Vor drei Jahren hat die Frauenkonferenz in Mannheim bereits einen Beschluß gefaßt, der die Parteigenossen auffordert, jede Gelegenheit zu benutzen, um in den öffentlichen Vertretungskörpern und sonst jeder Art von Kindermißhandlungen entgegenzutreten, und der Parteitag hat sich diesen Beschluß zu eigen gemacht. Die öffentliche Meinung muß interessiert werden. Wir müssen aufrüttelnd wirken, vor allem auch durch diese Erziehung der öffentlichen Meinung erziehblich wirken auf unsere Behörden und Gerichte. Denn ebenso wie sie rücksichtslos und hart vorgehen, wo es sich um Fragen des Klassenkampfes, um Angriffe gegen die „Autorität“ handelt, ebenso nachsichtig und milde pflegen sie gegen Personen zu sein, die ihre Autorität mißbrauchen, sei es auch gegen wehrlose Kinder. Sodann muß die Sache aber auch praktisch begründet werden. Es genügt nicht, wenn etwa in einer Großstadt eine Kommission gebildet wird, das muß dezentralisiert, das muß ausgebaut werden. Die verschiedenen Organisationen der Arbeiterschaft, politische und unpolitische, müssen herangezogen werden. Es handelt sich um Dinge, die sich meistens im Dunkeln verdecken, die zumeist durch Zufall, auch durch rachsüchtige Denunziation, viel seltener durch die Empörung an die Öffentlichkeit kommen. Daher müssen wir dafür sorgen, daß das aufgedeckt wird. Die Einkassierer der Gewerkschaften, die Kontrolleure der Krankenkassen, die politischen und gewerkschaftlichen männlichen und weiblichen Vertrauenspersonen, sie kommen überall hin in die Häuser. Sie müssen nur die Augen offenhalten und die Einwohner darauf hinweisen. Ich glaube, die allerschlimmsten Scharfmacher würden da nicht vom sozialdemokratischen Mißbrauch reden, wenn die Angestellten der Krankenkassen in dieser Weise arbeiten, und vielleicht die Verkaufsstellen der Konsumvereine als Meldestellen eingerichtet werden. Kurz, es ist notwendig, daß die Organisationen ihren Wirkungskreis auf dieses Gebiet ausdehnen. Ich habe vor einiger Zeit einen Organisations-Statutenentwurf ausgearbeitet. Ich werde sorgen, daß er weiter bekanntgegeben wird, und möchte den Parteivorstand bitten, dafür zu sorgen, daß diese Bestrebungen überall einheitlich und energisch durchgeführt werden. Wenn der Strafgesetzentwurf wieder an den Reichstag kommen sollte, so wünsche ich, daß die Fraktion die Bestimmungen über die Verschärfung des Kindermißhandlungsparagrafen nicht bloß annehmen, sondern auch auf noch weitere Verschärfung dringen wird. Es ist von der Zentralfstelle für Jugendfürsorge beantragt worden, daß die fortgesetzte boshafte Kinderauflerei als zuchthauswürdiges Verbrechen erklärt wird. Sie alle werden wohl mit mir darin übereinstimmen, daß es überhaupt kein Verbrechen gibt, das mehr das Zuchthaus verdient als dieses. (Zustimmung.) Die sozialdemokratische Fraktion wird ja voraussichtlich das neue Gesetz ablehnen müssen; da soll sie wenigstens dafür sorgen, daß dieser Paragraf abgetrennt wird, damit das Elend zahlreicher Kinder gemildert wird. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Mollenhahn (Schlußwort): Einen Küffel für die Pfälzer Genossen kann Genosse Proffitt aus dem schriftlichen Bericht nicht herauslesen. Wir geben gerne zu, daß unsere Pfälzer Genossen in der Agitation alles geleistet und auch Früchte eingebracht haben, wie wir sie nur wünschen konnten. Aber die paar Minuten für die Beantwortung eines Fragebogens hätten sie doch opfern können, damit wir nicht in unseren Tabellen über den Ausbau der Organisation, der Gemeindevertretung eine Lücke haben.

Die Landagitation hat die Partei schon von jeher sich angelegen sein lassen, und wir haben ja auch schon verschiedene Erfolge errungen; eine Reihe von Wahlkreisen, die rein ländlich sind oder wo die ländliche Bevölkerung den Ausschlag gibt, können wir ja als die unserigen bezeichnen. Ein doppeltes Bedürfnis hat sich nun für eine andere Form der Landarbeiteragitation herausgestellt: einmal die Landbevölkerung der gewerkschaftlichen Bewegung näher zu bringen, wenn auch Streikzwecke ausgeschlossen sind, und auf diese Weise den Landarbeiter dem organisierten Proletariat überhaupt näher zu bringen. Das werden gemeinschaftliche Aufgaben der gewerkschaftlichen und politischen Organisation sein. Die Folgen muß erst die Zukunft lehren. Das oberclassische Gebiet bildet ja, wie das an der Saar, politisch rätselhafte Erscheinungen. Die ungeheure Menge des industriellen Proletariats bildet da die Gefolgschaft des Zentrums und der Polen. Es weiß nicht, daß die polnische Partei im Reichstag eine der verschrobensten Arbeiterparteien ist, die wir überhaupt haben. (Sehr richtig!) Die polnischen Proletarier aufzuklären, wird eine schwere Aufgabe sein, aber es muß gemacht werden. Dem Zentrum folgt die Arbeiterschaft als Katholiken, und dabei sind Zentrumspartei und katholische Kirche zwei entgegengesetzte Dinge. Das Zentrum ist eine Unternehmerpartei, die darauf ausgeht, die Ausplünderung des Proletariats für alle Zeit zu stabilisieren und auch Steuergesetze gegen die Proletarier zu machen. Ich weiß, daß die Aufklärungsarbeit die aller schwierigste ist. Gerade diese Partei arbeitet mit den allerruppigsten Verleumdungsmitteln. (Sehr richtig!) Nicht der Reichsverband hat die Waffen der Lüge und Verleumdung erfunden, in das politische Leben eingeführt hat sie schon vor Jahrzehnten die Münchener Gladbacher Fabrik. Genosse Rakenstein meint, die Organisation des Kinderschutzes sei eigentlich keine besondere Frauenaufgabe, sondern eine allgemeine. Das gebe ich zu. Aber es gibt doch gewisse Arbeiten, die von den Männern vorzugsweise geleistet werden, und andere, die von den Frauen gemacht werden. Jeder will sich innerhalb der Partei praktisch betätigen, und wenn wir einmal die Förderung des Kinderschutzes einbegreifen, so ist es klar, daß einzelne Genossen hier besonders tätig sein müssen. Da doch nun die Frauen am meisten Verständnis für die Behandlung der Kinder haben, so ist ihre Mitarbeit hier mit Freuden zu begrüßen. Unsere Stellung zur Strafgesetznovelle werden wir noch an anderer Stelle darlegen.

Gerisch und **Raben** verzichten auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird gemäß dem Antrage der Kontrollkommission dem Vorstande einstimmig *Decharge* erteilt.

Es wird dann beschlossen, den Bericht der Reichstagsfraktion erst morgen entgegenzunehmen.

Es folgt die Besprechung der Anträge, die sich mit der Agitation beschäftigen. Genügend unterstützt werden die Anträge 6, 7, 10, 12, 13, 14, 21, 27 und 30—39. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 11 und 25. Die nachträglich eingegangenen Anträge 242, 263 und 264 sind unterstützt.

Weiß-Mannheim begründet den Antrag 6. Tausende von Arbeitern sind auf den Schiffen beschäftigt, welche vielleicht gern der Organisation beitreten würden, wenn sie passende Gelegenheit hierzu hätten. Man hat es bisher als eine der schwierigsten Aufgaben betrachtet, hier eine Organisation zu gründen. In Mannheim ist aber der Beweis erbracht, daß es so ganz unmöglich nicht erscheint. Dort ist es der Organisation der Hafenarbeiter gelungen, hierin Broschüre zu legen. Ein spezieller Beamter hat die gewerkschaftliche Organisation auf den Schiffen in die Wege geleitet. Bisher sind die Erfolge sehr zufriedenstellend. Wie auf wirtschaftlichem Gebiete, so muß es auch möglich sein, die Schiffer politisch zu organisieren. Der Parteivorstand müßte die Sache in die Hand nehmen, weil sie voraussichtlich etwas kostspielig sein wird. Wie in Mannheim, muß auch in Mainz und Köln organisiert werden.

Mollenhuth: In seinem Wortlaut richtet sich der Antrag eigentlich gegen die Mannheimer Genossen insofern, als es scheinbar unterlassen ist, dort bei den Rheinschiffern zu agitieren. Unsere Genossen in Berlin, Hamburg usw. haben es sehr wohl der Mühe für wert gehalten, überall bei den Binnenschiffern auch eine politische Agitation zu entfalten. Die Flugblätter werden nicht nur in den Häusern verbreitet, sondern auch in den Schiffen, die in den Häfen liegen, so daß die Binnenschiffer Kenntnis von unseren Bestrebungen erhalten. Der Antrag müßte insofern etwas abgeändert werden, als wir nicht nur die Rheinschiffer aus dem Blick nehmen sollen, sondern die Binnenschiffer im allgemeinen, denn das Elbgebiet, das Gebiet der Ober und der Warthe, haben doch einen erheblichen Teil von Proletariern, die auf dem Wasser leben. Der Parteitag kann über den Antrag unmöglich Beschluß fassen, er sollte ihn vielmehr dem Parteivorstand überweisen. Was auf diesem Gebiete getan werden kann, wird getan werden, und wir werden vielleicht auch die Erfahrungen, die unsere Genossen in Hamburg und Berlin mit der Agitation unter den Binnenschiffern gemacht haben, zu Rate ziehen und werden dann sehen, was dort geschehen kann, wo bisher noch wenig getan ist.

Weiß-Mannheim: Ich würde es für richtig halten, daß der Parteivorstand eine Konferenz einberuft, um in Verbindung mit den Vertretern der ganzen Binnenpläke in dieser Frage Stellung zu nehmen.

Singer: Also für den Fall, daß der Parteitag dem Antrag auf Ueberweisung an den Vorstand zustimmt, wird auch diese Anregung in Erwägung gezogen werden.

Hierauf wird der Antrag 6 dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrages 7, der begründet wird durch

Güttmann-Frankfurt a. M.: Es wird ja nicht möglich sein, den Antrag in der vorliegenden Fassung anzunehmen, aber es wäre doch ein Fehler, wollte der Parteitag darüber zur Tagesordnung übergehen. Das Gebiet Koblenz mit seiner Umgebung ist ziemlich rückständig, es ist der Partei bis heute noch nicht gelungen, sich hier einen namhaften Einfluß zu verschaffen. Andererseits haben wir auf beiden Seiten des Rheins eine ziemlich ausgedehnte Industrie, ich verweise nur auf die Stein- und Konindustrie des Bezirks. Es müßte Aufgabe der Partei sein, in diesem katholischen Bezirk, wo heute noch fast unumschränkt das Zentrum dominiert, sich einen größeren Einfluß zu verschaffen. Allerdings wird es der Arbeiterbewegung in Koblenz gegenwärtig kaum möglich sein, aus eigener Kraft das zu tun, und auch die Kölner Genossen werden kaum dazu imstande sein. Ich verlange nicht, daß wir ohne Prüfung der Unterlagen den Antrag annehmen, ich wünsche vielmehr, daß

Wir ihr dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen. Der Parteivorstand kann sich dann mit dem Kölner Agitationskomitee ins Einnehmen setzen, um die richtigen Grundlagen zu gewinnen.

Der Antrag 7 wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Die Anträge 10, 12, 13 und 14, die sich auf die Jugendagitation beziehen, werden gemeinsam beraten.

Simon-Nürnberg begründet den Antrag 10: Der Antrag hat eine etwas unglückliche Fassung, sein letzter Teil, die „Arbeiter-Jugend“ für 5 Pf. pro Nummer abzugeben, ist schon durchgeführt, ich ziehe diesen Teil als erledigt zurück. Zur Begründung des übrigen Teils brauche ich nicht viel Worte zu verlieren, denn soweit der Antrag verlangt, daß der Text durch Illustrationen verständlicher gemacht werden soll, empfehle ich sich eigentlich von selbst. Die Artikel des Organs waren nicht alle besonders glücklich gewählt (Sehr richtig!), sie sind nicht alle ohne weiteres dem Verständnis der jungen Leute angepaßt. Wenn eine bessere Auswahl der Artikel getroffen und wenn die Artikel häufiger durch Illustrationen verständlicher gemacht werden, dann wird das Interesse der jungen Leute wachsen, sie werden die Artikel lesen und besser verstehen lernen. Wir sind uns der Schwierigkeiten wohl bewußt. Nach den Erfahrungen, die wir in unseren Parteischriften, von der „Neuen Welt“ abgesehen, mit Illustrationen gemacht haben, ist es eigentlich ein etwas unangenehmes Gefühl, wenn man verlangen soll, neue Illustrationen zu schaffen. Ich bin aber überzeugt, daß der Parteivorstand in der Lage sein wird, diese Schwierigkeiten zu lösen, und möchte daher wünschen, daß der Antrag, soweit er sich auf die Illustrationen der „Arbeiter-Jugend“ bezieht, dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen wird.

Dr. Liebknecht begründet den Antrag 12: Es ist zu konstatieren, daß die Bedeutung der Jugendbewegung sowohl in gewerkschaftlichen Kreisen wie innerhalb der Partei immer mehr erkannt wird. Die Gewerkschaften haben sich daran gemacht, immer mehr Jugendsektionen zu gründen, und aus dem Bericht des Parteivorstandes geht ja hervor, in welchem Umfange Jugendausschüsse in Deutschland errichtet sind. Zweifellos sind auch die selbständigen Jugendorganisationen, soweit sie schon vor Nürnberg bestanden haben, aufrecht erhalten geblieben, zum Teil haben auch Neubildungen dieser Art stattgefunden. Es ist auch nicht zu übersehen, daß sich ein Teil der proletarischen Jugendbewegung abspielt außerhalb der erwähnten Organisationen, besonders in den Turnvereinen, die sich dadurch den lebhaftesten Haß der Reaktion zugezogen haben, und die speziell in Preußen unter ganz deutlicher Mißachtung der Gesetze vom Kultusministerium verfolgt werden. (Sehr richtig!) Ich halte mich für berechtigt, von dieser Stelle aus dem preussischen Kultusministerium den Vorwurf bewußter Rechtsübertretung zu machen. (Sehr wahr!) Da es einen geordneten Instanzenweg hier nicht gibt, haben wir es für nötig gehalten, bereits öffentlich zum Ungehorsam diesen Maßnahmen gegenüber aufzufordern. Es ist Anklage erhoben, und wir werden die Angelegenheit in dem gerichtlichen Verfahren zur Sprache bringen. Im übrigen besteht der lebhafteste Wunsch, das Kultusministerium möge gegen jeden, der in der Weise, wie ich es getan habe, seine Maßnahmen angeißt, Anklage erheben, damit diese Rechtsverletzungen auf breiter Grundlage im gerichtlichen Verfahren gebrandmarkt werden können. (Wahr!)

Trotz aller Fortschritte kann man nicht sagen, daß die Jugendbewegung bereits befriedigt, im Gegenteil, von allen Seiten hört man Klagen, die sich erstrecken einmal auf eine gewisse Teilnahmslosigkeit der Erwachsenen, auf

Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Referenten, aber auch Klagen materieller Natur, über die zur Verfügung gestellten Geldmittel und die Schwierigkeiten, die „Arbeiter-Jugend“ in geeigneter Weise zu verbreiten. Die Auflage beträgt insgesamt 30 000. Das ist eine so geringe Auflage, daß wir sie nur als ganz kleinen Anfang bezeichnen können. Wir müßten eine Auflage von Hunderttausenden haben. Die Zeitung braucht auch keineswegs nennenswerte Ueberschüsse zu bringen. Auf diesem Standpunkt steht ja auch der Parteivorstand nicht. Aber angesichts der Tatsache, daß wir es hier mit Leuten zu tun haben, die noch nichts oder fast nichts verdienen, müssen wir den Abonnementspreis so niedrig wie möglich setzen. Eine Verbilligung des Abonnements auf die Hälfte oder ein Drittel würde vollständig ausreichen. Die Partei ist verpflichtet, das Defizit auf die Parteikasse zu übernehmen. (Sehr richtig!) Die Schwierigkeiten, unter denen die gegenwärtige Jugendbewegung lebt, sind zum großen Teil entstanden aus der Schwierigkeit, sich mit den Organisationsformen abzufinden und sie miteinander auszugleichen, die in der Nürnberger Resolution festgelegt sind. Ich halte es nicht für nötig, die Nürnberger Resolution abzuändern, mir scheint sie in Verbindung mit der Deklaration, die ihr damals im Einverständnis mit dem Parteitag von dem Genossen Haase gegeben ist, durchaus ausreichend zu sein; es ist aber nötig, den Inhalt der Resolution in gehöriger Weise praktisch auszuführen, und da hapert es noch. Das ist kein Wunder bei einer jungen Bewegung, die sich so große Ziele steckt hat. Besonders schwierig ist das Zusammenarbeiten von selbständigen Jugendorganisationen und Jugendauschüssen, und es hat sich bisher auch vielfach noch nicht der nötige Konnex ergeben zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen und den Jugendauschüssen. Soweit ich orientiert bin, läßt sich allerdings auch hier ein erfreulicher Fortschritt konstatieren, und es scheint auf allen Seiten, auf gewerkschaftlicher sowohl, wie auf seiten der selbständigen Jugendorganisation nach Wegen gesucht zu werden, um mit den Jugendauschüssen in eine gewisse Beziehung zu treten, so daß das Divergieren, das Gegeneinanderarbeiten, das teilweise Neutralisieren, wie wir es gesehen haben, aufhört, und daß alle Kräfte nach einer einzigen Richtung zu einer gewaltigen Wirkung zusammengefaßt werden. — Wenn wir die Frage, wie unsere Partei sich zu der Jugendbewegung zu stellen hat, in ihrer ganzen Tragweite erfassen wollen, so müssen wir uns vor allem darüber orientieren, was die gegnerischen Parteien auf diesem Gebiete unternehmen. Ich empfehle Ihnen allen den recht eifrigen Besuch der Jugendschriftenausstellung in diesem Hause. Sie finden dort eine sehr gute Zusammenstellung gerade des Materials, das sich auf die gegnerischen Jugendorganisationen bezieht, und Sie werden sehen, wie außerordentlich, und zwar seit Jahren, besonders aber in der letzten Zeit, die gegnerische Jugendbewegung uns überlegen ist. Wir brauchen nur zu erinnern an die große Zahl von Organisationen, deren Mitglieder sich auf Hunderttausende erstrecken, der evangelischen wie katholischen Vereine. Die gegnerische Jugendpresse ist der unseren bei weitem überlegen. Es existieren Duzende von Jugendzeitungen, die von den evangelischen und katholischen Organisationen herausgegeben werden. Allein die „Wacht“ hat gegenwärtig über 50 000 Abonnenten und andere Blätter sind noch weit mehr verbreitet. Sie haben zusammen Hunderttausende Leser, während wir alles in allem mit nur 30 000 rund aufwarten können. Auch in der Frage der Jugendheime sind die Gegner uns weit voraus. Sie sind im Besitz von außerordentlich starken Geldmitteln. Natürlich wissen die Geldgeber sehr wohl, weshalb sie das Geld hergeben. Diese Jugendheime sind über ganz Deutschland verbreitet und sind zum Teil sehr stattliche Häuser, die Ihnen ja auch aus persönlicher Anschauung bekannt sind. Interessant ist auch, zu beob-

achten, wie die Jugendorganisationen der Gegner ihre militärische Agitation treiben. Darüber ist in der Partei außerordentlich wenig bekannt. Die Gegner versorgen ihre beim Militär befindlichen Anhänger oder solche, die sie dazu machen wollen, unausgeseht gratis mit ihrer Literatur, ihren Flugschriften, ihren Zeitungen, natürlich überall unter der Genehmigung der Kommandeure. Sie haben sogar allenthalben Organisationen der Soldaten begündet und sind eifrig daran, diese auf immer breitere Basis zu stellen. In verschiedenen Stellen Deutschlands haben sie auch sogenannte Soldaten- und Marineheime errichtet. Besonders bekannt ist mir das Soldatenheim auf der Senne bei Paderborn, ein palastartiges Gebäude. Es wird auf diesem Gebiete von den Gegnern mit ungeheurer Energie gearbeitet. Und nicht allein mit den christlichen Organisationen haben wir zu rechnen, sondern auch der Staat macht mobil. Er hat zwar bereits die Volksschule und die anderen Schulen in der Hand und nützt dies in strupelloser Weise aus, um die Weltanschauung der Jugend in seinem Sinne zu beeinflussen. Aber es wird auch die nationalisierende patriotisierende Agitation in immer stärkerem Maße in die Schule hineingetragen. Es werden besondere Schülerorganisationen begründet, die den „kriegerischen“ Geist unter den Schülern verbreiten, Schüler-Schießriegen usw. Wir sehen, wie mit Hochdruck gearbeitet wird von der Regierung einerseits, um die sozialdemokratische Jugendbewegung zu vernichten und andererseits, um reaktionäre Gebilde, gelbe Jugendorganisationen zu begründen, auch gelbe gewerkschaftliche Jugendorganisationen, die als Heilmittel gegen das Einbringen des sozialistischen Giftes betrachtet werden. Wenn wir uns vergegenwärtigen, welche Arbeit von den Gegnern hier seit langer Zeit geleistet wird, so werden wir zu der klaren Erkenntnis kommen, daß hier eine gewaltige Leistung von der klaffenbetuchten Arbeiterschaft vollbracht werden muß, um diese Felsblöcke aus dem Wege zu räumen, die dem Vormarsch der freien Jugendbewegung entgegengeköpft worden sind. Wir sind Ihnen von Potsdam-Osthavelland nicht nahegetreten mit speziell ausgearbeiteten Vorschlägen. Worum es sich für uns gegenwärtig handelt, ist die Notwendigkeit, unsere Parteigenossen immer von neuem mit großer Lebhaftigkeit hinzuweisen auf die ungemaine Bedeutung, die die Jugendbewegung für die Zukunft unserer Partei hat. Ich halte es für die verdammte Pflicht und Schuldigkeit unseres Parteitages, daß er von neuem ein begeistertes und anfeuerndes Mahnwort in die deutsche Bewegung hinauspricht. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet kurz nach 3 Uhr die Verhandlung und teilt mit, daß der Vorstand der Sozialdemokratie Hollands dem Parteitage seine Grüße und Wünsche für erfreuliche Arbeit sendet.

Meerfeld-Röln begründet den Antrag 13: In der Suche nach der Gewinnung der Jugend tasten wir noch hin und her. Wir haben wieder die feste Form, noch den festen Inhalt gefunden, den wir brauchen. Jetzt sollten die betreffenden Ausschüsse einmal zusammentreten, um aus der Summe ihrer Erfahrungen das Wichtige herauszuziehen. Jetzt geht man Hunderte von Regeln und geht dabei manchmal in die Irre.

Den Antrag 14 begründet

Pfänger-Stuttgart: Er ist aus der Ueberzeugung herausgewachsen, daß es nicht genügt, die Jugend zu organisieren, sondern daß ihr auch die Gelegenheit gegeben wird, sich in entsprechender Weise weiterzubilden.

Die Diskussion über die Anträge 10, 12, 13 und 14 wird eröffnet.

Gradnauer-Dresden: Es ist richtig, daß die gegnerischen Klassen alles aufbieten, um die Arbeiterjugend von der sozialdemokratischen Weltanschauung fernzuhalten. Wir dürfen aber vertrauen, daß es damit noch keine guten Wege haben wird, denn die harten Tatsachen des Arbeiterdaseins werden sich mächtiger erweisen als alle Dressur und alle Beeinflussungsversuche, mögen sie von geistlicher Seite oder in militärischer Art an die Arbeiterjugend herantreten. Andererseits dürfen wir nicht verkennen, daß in der Jugendbewegung schon recht schöne Erfolge erzielt worden sind. Es gilt, die Keime, die emporgeschossen sind, weiter zu entwickeln, damit wir etwas Schönes erreichen. Man spricht manchmal von den Fertigkeiten und Tugenden, die seitens der jugendlichen Genossen gemacht werden. Man sollte aber nicht immer nur auf einige Fertümer schauen, sondern das Wertvolle dieser Bewegung beachten und sie nach besten Kräften fördern. Und wenn auf einzelne Reibungen hingewiesen wird, die aus der verschiedenartigen Gestaltung der Organisationen sich noch ergeben, so bitte ich unsere Genossen dringend, dafür zu sorgen, daß die Schwierigkeiten nicht dazu führen, daß man sich gegenseitig hemmt.

Es wurde ferner auf die großen Nachmittel der Bourgeoisie in Bezug auf die Literatur hingewiesen. Aber auch hier zeigt die Leipziger Ausstellung der Lehrmittel, daß auch auf unserer Seite recht Wertvolles geschaffen ist. Eine ganze Reihe Parteiblätter hat besondere Beilagen für die Jugend eingeführt. Alle diese Fortschritte werden erzielt, obschon auch die Polizeibehörden alles aufbieten, um unsere Jugendbewegung zu hemmen. Auch wir in Sachsen können davon ein Nidlein singen, und trotzdem haben wir, zumal in den sächsischen Städten, große Fortschritte gemacht. Wir haben ja die alte Politik der Nadelstiche immer noch, trotz des angeblich liberalen Reichsvereinsgesetzes. Bei uns sind Leiter von Jugendvereinen verurteilt worden, weil der Redner politische Angelegenheiten besprochen haben soll, indem er sagte, daß es in unserer Gesellschaft Reiche und Arme gebe (Hört, hört!) und weil er einige Heimische Gedichte zum besten gab. Das Landgericht hat allerdings dieses Urteil aufgehoben und die Entscheidung des Oberlandesgerichtes steht noch aus.

Ich habe die Empfindung, daß eine der Hauptaufgaben für uns alle seit muß, uns immer noch viel mehr in den seelischen Zustand der jungen Leute hineinzuversetzen. (Lebhaftes: Sehr richtig!) Das können wir noch nicht. Wir sollen doch auch bei den ganz jungen Leuten wirken. Wir denken immer noch, wir haben es mit 18 bis 22jährigen zu tun. Wir haben aber auch die Aufgabe, an die jungen Leute von 14 bis zu 18 Jahren heranzutreten. Und da müssen wir ganz gewaltig uns ändern. In der Einleitung zu den von unserer Zentralkasse herausgegebenen Vortragsbüchern für die „Arbeiterjugend“ heißt es ganz richtig, daß eine abstrakte, rein theoretische Behandlung des Stoffes nach Möglichkeit zu vermeiden ist. In den Vorschlägen für Vorträge in demselben Heft wird aber diese Lehre m. E. nicht genügend befolgt. Im zweiten Abschnitt z. B. werden Vorschläge gemacht über Gesellschaftswissenschafts- und Volkswissenschaftslehre. Da hören wir, es sollen Vorträge gehalten werden über „Utopien und Utopisten“ im ersten Vortrag über „Das Wesen der Utopie im Altertum, Mittelalter und Neuzeit“. Es erscheint mir undenkbar, mit dem Begriff der Utopie an diese jungen Leute heranzutreten. Es ist auch undenkbar, mit ihnen den ungeheuren Marsch zu machen durch die Jahrtausende von Plato bis in die neuere Zeit. Ein zweiter Vorschlag spricht

von volkswirtschaftlichen Grundbegriffen. Damit ist auch nicht bei der Jugend anzufangen. Die Begriffe Wert, Preis, wirtschaftliches Gut usw. sind dem Verständnisvermögen der Jugend zunächst noch nicht angemessen. Wir müssen anschaulich sein und an die Tatsachen des Lebens anknüpfen, z. B. an die Entwicklung der Werkzeuge, der Produktion, des Handwerks, der Industrie, selbstverständlich immer beleuchtet von sozialistischer Anschauung. Dann werden wir Erfolg haben und dann wird es auch gelingen, breitere Massen der Jugend heranzuziehen. Die Jugendbewegung hat in der Tat für uns alle das größte Interesse und wir wollen ihr unsere dauernde größte Aufmerksamkeit widmen, denn aus der Jugend kommen die Männer, die das erfüllen sollen, was wir aufgebaut haben. (Beifall.)

Partei sekretär Ebert: Die lebhafteste Befürwortung einer zweedmäßigen und nachhaltigen Agitation unter der proletarischen Jugend findet die volle Zustimmung der Parteileitung und der Zentrale für die arbeitende Jugend Deutschlands. Liebt nicht lieb durchblicken, daß man mit dem, was bisher geschehen sei, nicht überall zufrieden sei. Wir geben offen zu, daß bei der großen und schwierigen Aufgabe, die für uns vielfach noch neu ist, in der ersten Zeit Schwierigkeiten entstanden sind; Sie wissen auch alle, daß in organisatorischer Hinsicht uns durch das Vereinsgesetz große Schwierigkeiten bereitet worden sind, so daß hier eben wie überall gewisse Kinderkrankheiten übermunden werden müssen. Aber der Münchberger Beschluß bezüglich der Jugendbewegung hat draußen im Lande bei allen unseren Parteigenossen freudigen Widerhall gefunden wie selten ein Beschluß unserer Parteitage. Und unser Bericht, aus dem sich ergibt, daß in kurzer Zeit an über 300 Orten Jugendauschüsse errichtet worden sind, tut dar, daß die Genossen mit Ernst und Eifer an die Ausführung unserer Beschlüsse gegangen sind. Dabei müssen Sie berücksichtigen, daß die Tätigkeit der Zentrale und der Jugendauschüsse eigentlich erst von Anfang d. J. ab datiert; zwei Drittel der Jugendauschüsse sind erst in den letzten Monaten gegründet worden. Die auf unsere Umfrage über die Tätigkeit der Jugendauschüsse eingegangenen Berichte aus etwa 180 Orten zeigen, daß sehr wohl auf dem beschrittenen Wege Erfolge erzielt werden können. Es sind in der verhältnismäßig kurzen Zeit an 36 Orten bereits Jugendheime errichtet, darunter allein 30 mit einer besonderen Jugendbibliothek. Ueber 327 Einzelvorträge sind gehalten worden. Unterrichtscurse sind an etwa 20 Orten eingerichtet, künstlerische Darbietungen an 67 Orten gegeben, Führung durch Museen und dergleichen fanden an 34 Orten statt. Recht lebhaft war im Laufe des Sommers die Tätigkeit der Jugendauschüsse durch Veranstaltung von Ausflügen und Spielen im Freien, um die proletarische Jugend zu sammeln. Es sind weit über 500 bezartige Ausflüge durch unsere Jugendauschüsse veranstaltet worden. Das ist ja gewiß noch herzlich wenig, aber wenn Sie die Schwierigkeiten und die kurze Zeit der Tätigkeit berücksichtigen, dann kann man mit dem Erfolg zufrieden sein. Man ersieht daraus, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden. Das zeigt am besten die Leserschaft der „Arbeiter-Jugend“. Im ersten Quartal hatten wir 25 000 zahlende Abonnenten, im zweiten Quartal über 28 000 und heute zirka 32 000. Also einen äußerst gesunden Fortschritt! Aus den Berichten der Jugendauschüsse geht auch hervor, daß die organisatorischen Schwierigkeiten gar nicht so groß sind. Nur müssen die Jugendauschüsse verstehen, die für die Jugendbewegung in Betracht kommenden Faktoren zusammenzufassen. Auch die Gemerkenschaftssektionen haben sich überall den Münchberger Beschlüssen angeschlossen. Erfolgreicherweise gehen diese vielfach dazu über, für ihre Mitglieder die „Arbeiter-Jugend“ obligatorisch einzuführen.

Im übrigen kann ich auf die Anregungen für die Redaktion und Ausstattung der „Arbeiter-Jugend“, auch auf das, was Gradnauer über die von uns vorgeschlagenen Vortragsthemen gesagt hat, im einzelnen hier nicht eingehen. Wir sind dankbar für alle Anregungen und die Jugendzentrale hat sich immer bemüht, Anregungen und Erfahrungen möglichst nutzbar zu machen. Ich bitte Sie daher, sowohl die Anregungen wie die Anträge der Jugendzentrale zur Erörterung zu überweisen; ich kann versichern, daß sie dort gründlich und objektiv geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Eine Konferenz der Jugendausschüsse hat die Zentrale schon vor längerer Zeit in Aussicht genommen, sie muß aber gut vorbereitet sein, wenn sie fruchtbare Arbeit leisten soll. Es muß daher erst eine gewisse Zeit der Erfahrung hinter uns liegen. Ueber die Winterveranstaltungen, die ich für das wesentlichste halte, haben die Jugendausschüsse bis jetzt nur wenig Erfahrung. Wir sind also bereit, sobald wie möglich eine Konferenz zu berufen, um die Erfahrungen der Praktiker entgegenzunehmen. Der erste Teil des Antrages 12 kann schon hier vom Parteitag angenommen werden, denn aus unserer Umfrage hat sich ergeben, daß Partei- und Gewerkschaftsorganisationen an den einzelnen Orten in der materiellen Unterstützung der Jugendausschüsse weit mehr leisten müssen als sie bisher geleistet haben. (Sehr richtig!) Wenn die Annahme des Antrages hier eine Besserung bringt, dann ist das sehr zu begrüßen. Bezüglich des Preises der „Arbeiter-Jugend“ geht Viehnecht wohl ebenso wie die Münzberger von falscher Voraussetzung aus. Der Abonnementspreis beträgt 50 Pf., aber an die Jugendausschüsse, Organisationen und Wiederverkäufer wird sie zum halben Preise abgegeben. Wir kaufen nicht, wir wollen keine Ueberzuschüsse aus der „Arbeiter-Jugend“, wir leisten selbstverständlich bei diesem geringen Preis erhebliche Zuschüsse. Ganz umsonst die „Arbeiter-Jugend“ abzugeben, wäre aber nicht zweckmäßig, denn bei den großen Kosten ihrer Herstellung ist es notwendig, daß man durch einen geringen Preis Sorge trägt, daß sie zweckmäßig verbreitet wird. Alles in allem glaube ich sagen zu können, daß sich der Münzberger Beschluß und die von der Zentrale zu seiner Ausführung getroffenen Maßnahmen bewährt haben und daß es wünschenswert ist, daß man überall im Lande kräftig Hand ans Werk legt, um diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen. (Beifall.)

Weslich-Stettin empfiehlt den zweiten Teil des Antrags 13, die Unterstützung des Kampfes des Arbeiterabstinentenbundes gegen den Alkoholismus. Der Bund führt den Kampf, der nach dem Essener Beschluß der Partei obliegt, völlig allein. Was er leistet und geleistet hat, darüber kurz folgendes: Während seines Bestehens hat er an die 1½ Millionen Flugblätter gratis verteilt und mehr als 100 000 Broschüren bei nur geringem Verdienst vertrieben. Der monatlich zweimal erscheinende „Abstinente Arbeiter“ wird der Arbeiterpresse, den Partei- und Arbeitersekretariaten gratis zugestellt. Den Parteiverenen, Gewerkschaften und Gewerkschaftsstellen wurden Redner zur Verfügung gestellt. Auch das verursachte nicht unerhebliche Kosten, da die wenigsten Organisationen in der Lage waren, die Aufwendungen zu ersehen. Der Kampf gegen den Alkoholismus ist also, wie Sie sehen, sehr kostspielig. Der Bund hat sich seinerzeit an den Parteivorstand gewandt und ihn um das gebeten, was der Antrag 13, Teil 2 will, eine finanzielle Unterstützung. Der Parteivorstand hat es aber abgelehnt; er sagt in seinem Schreiben: „Die Aufklärung über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und über die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitten ist durch den Essener Beschluß ausdrücklich den Arbeiterorganisationen zugewiesen. Diese Aufklärung muß eine stetige sein, sie wird und muß von den Organisationen bei

jeder Gelegenheit geübt werden und kann geübt werden, ohne daß dafür außerordentliche Mittel aufgewendet werden müssen.“

Nun, daß Mittel dafür erforderlich sind, glaube ich vorhin bewiesen zu haben. — Es wird ferner gesagt, daß der Schlußpassus der Essener Resolution ausdrücklich betone, daß die klassenbewußte Arbeiterchaft den allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholgefahr kämpft, indem sie die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern sucht. Dadurch sei der Weg vorgezeichnet, der beschritten werden müsse, um Alkoholmißbrauch zu bekämpfen. Der Parteivorstand würde recht haben, wenn nicht dem zitierten Satz in der Essener Resolution ein anderer voranginge, in welchem die Arbeiterorganisationen aufgefordert werden, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnachweisen usw. zu bekämpfen. Hier wäre es Pflicht des Parteivorstandes gewesen, auf geeignete Gelegenheiten hinzuweisen. Aber es ist bisher nichts getan worden. Es ist ja der Standpunkt des Parteivorstandes nach dieser Begründung verständlich, wenn weiter gesagt wird: „Dieser ihnen durch den Essener Beschluß zugewiesenen Aufgabe werden die Arbeiterorganisationen kontinuierlich gerecht.“ Das letztere muß ich entschieden bestreiten. Es gibt leider noch immer eine ganze Menge Parteiblätter, die nicht die Verpflichtung anerkennen, den Kampf gegen den Alkoholismus mit der notwendigen Schärfe zu führen. Ein abschreckendes Beispiel dafür, wie es nicht gemacht werden soll, war die Mainummer des Offenbacher Parteiblattes, in der in bunter Umrahmung das Bier als ein Volksnahrungsmittel angepriesen wurde. (Pfannfuch: Es wird ja von Abstinenten redigiert!) Das muß ich bestreiten. Wie es richtig gemacht werden kann, hat in den letzten Tagen das „Garburger Volksblatt“ bewiesen, das in einer besonderen Ausgabe in ausführlicher und geschickter Weise die Bekämpfung des Alkohols propagierte. Daß von den Parteiorganisationen etwas gemacht werden kann, hat das Vorgehen einzelner Orte bewiesen. So hat z. B. in Stettin der Wahlverein sich bereit erklärt, jedes Jahr den Mitgliedern eine Broschüre über die Alkoholgefahr zu überreichen, sowie eine öffentliche Versammlung auf Kosten des Wahlvereins abzuhalten, in der ein Vortrag über den Alkohol und seine Gefahren gehalten wird. Dasselbe hat er sich verpflichtet jedes Jahr in einer Mitgliederversammlung zu tun. Ähnliche Beschlüsse faßte auch das Gewerkschaftsstell. Also es kann etwas geschehen, nur sind Mittel dazu erforderlich, und der Parteivorstand könnte diesen Kampf sehr wirksam unterstützen, wenn er dem zweiten Teil des Antrages Köln Folge geben würde. Wir werden jedenfalls auf diesem Parteitag zu einer Erhöhung der Beiträge für viele Wahlkreise kommen dadurch, daß der Mindestbeitrag von 30 Pf. angenommen wird. Wir werden diese Parteigenossen, die durchweg rückständigen Gegenden angehören, wirtschaftlich leistungsfähiger machen, indem wir sie hinweisen auf eine Ersparnis, die sie machen können, wenn sie sich vom Alkohol abwenden. (Sehr gut!) Wir werden in ihnen dann aber auch geschicktere Kämpfer haben, tüchtige Mitarbeiter in unserem schweren Kampf. Deshalb bitte ich Sie, den zweiten Teil des Antrages 13 anzunehmen. (Bravo!)

Baran-Brandenburg: Ich bin beauftragt, im Namen der Brandenburger und Rathenower Genossen den Antrag des uns benachbarten Genossen Viehnecht auf das lebhafteste zu unterstützen. Nach dem Verlauf der Diskussion scheint sich ja niemand gegen die Anträge zu wenden. Ich möchte nur, dem Wunsche der Reichszentrale folgend, einige Anregungen geben, die im Grunde ja auch wichtiger sind als Kritik, die schon geübt worden ist. Man darf sich nicht, wie Genosse Ebert in seinen wohlwollenden Ausführungen bemerkte, blenden

lassen durch die Statistik der Jugendbewegung an den einzelnen Orten. Es ist klar, daß auf dem Papier alles abdiert, vielleicht auch mal nach oben abgerundet wird, und daß diese Statistik nicht den eigentlichen Stand der Jugendausschüsse widerpiegeln kann. Es ist ein wahrhafter Kampf, den die Jugendausschüsse um ihre Existenzfähigkeit zu führen haben, soweit sie nicht von idealen Dingen abhängen, sondern von den hier unerläßlichen materiellen Mitteln. Gewiß haben die Partei und auch die Gewerkschaften Mittel gegeben, aber es wäre sehr wichtig, wenn man ein bißchen Feuer dahinter machen würde, daß nicht nur mehr Mittel aufgebracht werden, sondern daß sie auch etwas lieber gegeben werden, damit die Genossen nicht erst um jede lumpige Hundert Mark, die sie wie das liebe Brot brauchen, betteln gehen müssen. Es wäre Aufgabe des Parteivorstandes, das Interesse der einzelnen Wahlvereine für diese Sache zu wecken. Vielfach hält man noch die Jugendausschüsse für Spezialliebhabereien und fürchtet, daß sie den Fonds des Wahlvereins brandschöpfen. Gewiß, Sparsamkeit ist am Platze, und die Jugendausschüsse müssen darauf bedacht sein, mit wenigem auszukommen. Aber das Wenige muß jedenfalls möglichst ausgenutzt werden. Hiermit komme ich auf die Anregung für die Reichszentrale. Die Reichszentrale ist überlastet und kann ihre Arme nicht nach allen Seiten ausstrecken. Es wäre daher erwünscht, wenn man Landes- oder Provinzialzentralen einrichten würde. Wir z. B., so nahe bei Berlin, sind nicht in der Lage, irgendwelche nennenswerten Vorteile von dieser Reichszentrale zu erlangen, weil sie eben überall mit ihren paar Referenten auszuheilen soll. Weständen Provinzialzentralen, so würde das zur Verbilligung des gebotenen Materials, insbesondere des Referentenmaterials beitragen. Es könnten Tourneen veranstaltet werden usw., Bildungsausschuß und Jugendzentrale sollten sich dabei in die Hände arbeiten, denn die Anprünge sind auf beiden Seiten doch so ziemlich die gleichen, auch die Bildungsausschüsse können ja nicht mit akademischen oder hochwissenschaftlichen Vorträgen kommen. Genosse Liebknecht hätte uns gewiß den Gefallen getan, die halbe Stunde herüberzufahren, aber er ist überlastet, und außer ihm und Dr. Frank weiß man niemand unter den bekannteren Parteigenossen, der sich besonders für die Jugendbewegung interessiert, abgesehen von denen, die der Zentrale und den örtlichen Jugendausschüssen angehören. Heute sind wir darauf angewiesen, die paar Groschen, die wir haben, für Dinge anzuwenden, die eigentlich gar nicht auf dem Gebiete des Bildungswesens liegen. Die Turnvereine haben manchmal scheinbar nicht ganz unrecht, wenn sie sich über eine gewisse Konkurrenz der Jugendausschüsse beklagen. Heutzutage werden aus Mangel an Geld von den Jugendausschüssen überall Faustbälle oder vielleicht Fußbälle anstatt Bücher angeschafft. Wird von den maßgebenden Stellen etwas weniger der Daumen auf den Beutel gehalten, so würden wir auch mehr auf die geistige Ausbildung sehen können. Wir waren bisher gewöhnt, von dem Genossen Liebknecht einen manchmal gefürchteten antimilitaristischen Antrag zu bekommen. Daß er sich diesmal auf den vorliegenden Antrag beschränkt hat, ist nicht nur klug, sondern auch ganz folgerichtig, denn im Grunde genommen ist die Jugendbewegung nichts weiter als ein erlaubter und erweiterter Antimilitarismus. Wenn wir die Jugendbewegung gleichzeitig als Antimilitarismus auffassen, wie er der Vernunft und der gesetzlichen Möglichkeit entspricht, so können wir diese Wahrheit auch offen und ohne Gefahr aussprechen. Dann wird hoffentlich auch etwas mehr Schwung in die Sache kommen. (Bravo!)

Sänger-München: Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß auf den letzten Parteitag die Jugendfrage immer wieder sachlich erörtert ist. Gerade deshalb, weil die Bewegung noch im Anfang ist, muß dafür gesorgt werden, daß

sie nicht in falsche Bahnen kommt. Ich verkenne nicht, daß in den letzten Jahren viel geschehen ist, und die Erfahrungen werden uns lehren müssen, was weiter zu tun ist, aber ich glaube, daß die Jugendorganisationen zunächst reine Bildungsorganisationen sein sollen, und wenn der Vorredner meint, daß gleichzeitig eine antimilitaristische Propaganda damit verbunden sein soll, so weise ich darauf hin, daß sich die Parteitage dieser Artregung gegenüber bisher zum Glück ablehnend verhalten haben. (Sehr gut!) Bildungsorganisationen, too zugleich körperliche Ausbildung betrieben wird, in Verbindung mit den Turnvereinen, das ist es, was wir erreichen wollen und zunächst erreichen können. (Sehr richtig!) Ich will nur hoffen, daß die hier gegebenen Anregungen auch wirklich befolgt werden. Tatsächlich sind die Artikel der „Arbeiter-Jugend“ zu hoch. Ich sehe nicht ein, was vierzehn- und fünfzehnjährige junge Leute mit den Matrifularbeiträgen oder der Reichsversammlung zu tun haben. Ich glaube, wir werden im Laufe der Jahre dazu kommen, was das Zentrum gekommen ist, daß wir zwei Sorten von Organen haben, die einen für die Jugendleiter, das sind die sogenannten Präsidentenkorrespondenzen, und die anderen für die Jugend selbst. So wie die Artikel jetzt sind, daß man zum Beispiel auf den Parteitag hinweist und hofft, daß die Jugend sich mit dem Parteitag beschäftigt — an und für sich ein recht guter Artikel —, das ist es nicht, was wir wollen. Wir haben ja leider keinen Pfarrer (Heiterkeit), aber wir müßten ähnlich wie das Zentrum das persönliche Verhältnis der Leiter zu den Jugendklubs inniger zu gestalten suchen. In dieser persönlichen Note müßte auch die Jugendzeitung gehalten sein. Wir haben ja in unseren eigenen Reihen ein Blatt, das ein gutes Beispiel abgibt, die Wiener „Arbeiterjugendzeitung“, die sich auch durch gute Illustrationen auszeichnet. Es kann ja hier nicht alles gesagt werden, was zu sagen wäre, manches ist vielleicht noch auf der Reichskonferenz zu besprechen, zu der es ja wohl mit den Jahren kommen wird. Ich möchte mich nur gegen den Antrag 14 wenden, daß jetzt auch Bildungsturse für die Jugendlichen von einer Zentrale aus eingerichtet werden sollen. Das ist des Guten zu viel; wir sind zurzeit gar nicht in der Lage, von einer Zentrale aus die Lehrer zu stellen, die für den Jugendunterricht geeignet sind; denn wenn irgendwo Individualität und individuelle Lehrmethode nötig ist, dann bei der Jugendorganisation. Die Lehrer müssen die einzelnen Personen kennen und mit den lokalen Verhältnissen vertraut sein, und ich glaube, daß sich doch in jeder sozialistischen Gemeinde so eine Art von Pfarrer finden wird, der sich zu Vorträgen für die Jugendlichen eignet. Wir dürfen die Vorträge auch nicht überstürzen, denn Leute, die gerade aus der Schule herauskommen, haben im allgemeinen das Bedürfnis, sich zunächst einmal auszutoben. Geben wir ihnen dazu Gelegenheit, dann festeln wir sie, aber mit Vorträgen über die Urgefellschaft oder über Logik erzielen wir keine guten Erfolge. In der Beilage der „Leipziger Volkszeitung“ ist mit Recht auf das Buch von Dr. Pieper-W. Glabach über die Jugendfrage hingewiesen. Vielleicht ist es im Laufe der Zeit möglich, daß wir ein ähnliches Werk herausgeben, natürlich von unserem Standpunkt aus, das sich mit allen Fragen der Jugendbewegung befaßt. Wir in Bayern wissen ja besonders, welche Schwierigkeiten der Jugendbewegung entgegenstehen. Bei uns kämpft das Zentrum in erbärmlicher Weise gegen unsere Jugendorganisationen und treibt in seinen angeblich unpolitischen Jugendvereinen mit Staatshilfe Agitation für seine Politik, und hält in seinen christlichen Jugendvereinen Neben gegen uns. Wir wissen, wie jetzt in den Landschulen schon überall vor unseren Augen — Agitationsmaterial für die christlichen Jugendorganisationen verteilt wird. Trotzdem ist zu hoffen, daß wir im Laufe der Jahre unserem Ziel näher kommen und es schließlich erreichen.

Otto Friedrich-Zwidan: Daß Liebtnecht Veranlassung genommen hat, etwas mehr Dampf hinter die Jugendbewegung zu setzen, ist sehr erfreulich, aber ich warne vor einer Ueberhitzung; denn wenn etwas sehr peinlich gepflegt werden will und muß, dann ist es die Eroberung der Jugend. Wer da gar zu stürmisch vorgeht, der kann unter Umständen mehr niederbetreten, als er erobert. Wir wollen doch die jungen Leute in einem Alter für uns einnehmen, wo sie sich in einem Zustande der Erregung, der Gärung und des Zweifels befinden, und wenn der Vorredner sagte, wir sollten in den Jugendorganisationen die Jugend austoben lassen, so mag das insoweit zutreffend sein, als man darunter versteht, daß die Jugendorganisationen nicht dazu dienen sollen, die Jugend, die sich uns anschließt, zu schulmeistern. Deshalb haben auch die recht, die da sagen, daß aus den Berliner Vorschlägen manchmal allzusehr der Schulmeister herausquillt. Wir alle haben ja die Zeit selbst durchgemacht. Als Sie die Schule verlassen haben, da waren Sie meist alle herzlich froh, daß Sie die Bücher beiseitelegen und endlich der Fuchtel des Lehrers den Rücken kehren durften. Da können Sie doch nun von den jungen Leuten, die sich uns anschließen und ähnlich fühlen, wie Sie einst, nicht verlangen, daß sie sich eine neue Fessel anlegen lassen sollen, auch wenn diese neue Fessel nicht sehr drückend ist. Ein großer Teil der jungen Leute besucht die Zwangsfortbildungsschule des Abends bis 9 Uhr; in einigen sächsischen Städten dauert der Unterricht selbst Sonntags bis nachmittags 3 Uhr. Wir finden da schwer Zeit, an die Leute heranzukommen. Wollen Sie denn nun Leuten, die den ganzen Tag über gearbeitet haben, am Abend noch Vorträge halten lassen über die Urgefellschaft, über nationalökonomische oder andere schwierige Fragen? Die Leute sind gar nicht mehr genügend aufnahmefähig. Ich neige der Ansicht zu, daß man vielleicht nach Art der griechischen Peripatetiker die Jugend unterrichten sollte. Ich meine, man sollte die Ausflüge mehr als bisher dazu benutzen, um belehrend zu wirken und den jungen Leuten kulturhistorische Dinge selbst im Spazierengehen beizubringen. Ich stimme Gradnauer darin vollständig bei, daß in der „Arbeiter-Jugend“ oder in den Vorträgen abstrakte Thematika nicht im Uebermaß behandelt werden sollen. Ich kann z. B. aus eigener Erfahrung bestätigen, daß ein Vortrag über Gorki den jungen Leuten am allermeisten behagt und dazu beigetragen hat, noch mehr Leute an uns heranzuziehen. Das erklärt sich aus dem eigenartigen Werdegang Gorkis. Durch solche Thematika erreicht man manchmal mehr, als durch die Behandlung rein abstrakter Fragen. Doch ich möchte mich gegen Sängler-München wenden, der beispielsweise nicht will, daß die „Arbeiter-Jugend“ einen Artikel über Matrikularbeiträge bringen soll. Selbstverständlich soll sie das. Sie muß dabei nur eine Form wählen, die dem Verständnis der jungen Leute angepaßt ist. Eine Zeitungs-Korrespondenz in Bremen, die allerdings nicht auf unserem Boden steht, versteht es z. B. sehr gut, politische Fragen in einer dem Verständnis der Jugend angepaßten Form zu erörtern, ohne in Plattheiten zu verfallen. Anregungen der Zentralkstelle in Berlin sind manchmal ganz gut, nur hapert es mit der Durchführung, besonders dort, wo es wenig oder gar keine allgemeinen Bildungsinstitute gibt. Wie soll es da möglich gemacht werden, die Jugend zu unterweisen? Da ist ein viel schwierigeres Arbeiten als in Berlin, Dresden und Leipzig mit den reichen Bildungsmitteln und den zahlreichen Parteigenossen, die sich zur Verfügung stellen können. Aber wie ist es dort, wo die ganze Arbeit auf den Schultern eines Mannes liegt? Es wäre viel besser, wenn die Jugendzentrale in dieser Beziehung den Parteigenossen im Lande mehr unter die Arme greifen wollte, als daß sie ein Schema herausgibt, das lediglich auf die großen Städte zugeschnitten ist. Auch ich empfehle, entsprechend dem Kölner Antrage, eine Konferenz, auf der Vertreter

der Jugendausschüsse ihre Erfahrungen austauschen können, wünsche aber keine einheitliche Regelung der ganzen Frage, die aus verschiedenen Gründen völlig unmöglich ist. Auch bin ich gegen den Stuttgarter Antrag, besondere Wanderlehrer anzustellen. Wir wollen uns nichts vorlügen: Wenn wir die Bilanz der Wanderkurse für die Erwachsenen ziehen wollten, so würde das Ergebnis nur sehr gering sein. (Widerspruch.) Nun, wir wollen abwarten. Ich habe immer den Eindruck, als wenn es den Parteigenossen vielfach nur darum zu tun war, einmal einen fremden Redner zu hören. Die wenigsten, die an solchen Kurzen teilnahmen, haben später ihre Studien fortgesetzt.

Bandert-Weimar: Die Anträge berücksichtigen hauptsächlich die Verhältnisse in den größeren Orten, wie ja die politische Agitation und Organisation in den kleinen Orten mit größerer Schwierigkeit zu rechnen hat. In höchstem Maße ist das der Fall bei der Gewinnung jugendlicher Mitglieder in den betreffenden Vereinen. Wenn wir das, was oft mit vieler Mühe errungen ist, uns vor Augen führen gegenüber den Großstädten, so ist es begreiflich, wenn wir mit einem gewissen Reid auf die Großstädte blicken. Die Verhältnisse sind schuld daran. In den kleinen Orten fehlt es oft an den geeigneten Persönlichkeiten. Die wenigen Genossen, die das könnten, sind zumeist mit anderen Dingen beschäftigt. Sie haben draußen in der Agitation ihre Pflicht zu erfüllen. Nun kommt es uns zugute, daß die Behörden uns mit einer gewissen Loyalität unterstützen. In diesem Frühjahr wurde beispielsweise in der Fortbildungsschule in Weimar der vom Reichsverband herausgegebene sogenannte Volkskalender verbreitet. Als wir im Landtage die Regierung interpellierten, ob sie davon Kenntnis habe, und was sie zu tun gedenke, um eine einheitliche politische Stellungnahme in den Fortbildungsschulen nicht zu unterstützen, da fand der Staatsminister nur einige Verlegenheitsausreden. Er erklärte, daß er, bezug. die Ortschulenaufsicht, keine Kenntnis davon gehabt habe, daß jener Reichsverbandskalender verbreitet worden sei, aber, so fügte er an, es würde mit allen Mitteln darauf Bedacht genommen werden müssen, die Verbreitung der „Arbeiter-Jugend“ unter den Fortbildungsschülern unmöglich zu machen. Wir hatten nämlich die Gelegenheit beim Schopfe genommen und auf jenen Vorgang in der „Arbeiter-Jugend“ hingewiesen, und diese Nummer an die Fortbildungsschüler verbreitet. Nun scheint man aber bestrebt zu sein, in Sachsen-Weimar mit größerem Nachdruck unserer Aufklärung der Arbeiterjugend hinderlich zu sein. In dem Protokoll über eine Sitzung des Lehrlingsausschusses der Großherzoglich Sächsischen Handwerkerkammer vom 28. August 1909 heißt es: „Es sei festgestellt, daß die Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ wiederholt an die Fortbildungsschüler verbreitet worden sei, und daß die Lehrlinge zum Besuch des Volkshauses aufgefordert würden. Der Rückgang des Besuchs im „Lehrlingsheim“ in Weimar bestätigte, daß diese Aufforderung von Erfolg begleitet sei.“ — Das Großherzogliche Staatsministerium, Departement des Kultus gebe zu erwägen, ob nicht die Regelung des Lehrlingswesens eine Handhabe biete, der sozialdemokratischen Weeinklaffung der heranwachsenden Jugend Einhalt zu tun. Der Lehrlingsausschuß der Handwerkerkammer hat dann einen Beschluß gefaßt, der Regierung den Vorschlag zu machen, auf gesetzgeberische Weise eine Verfügung zu erlassen, wonach der Besuch politischer Versammlungen und politischer Vereinshäuser den Lehrlingen untersagt und daß hierfür der Lehrer verantwortlich zu machen ist. Wenn ferner von der Regierung derartige Maßnahmen erlassen werden sollten, dann werden wir mit unserer Agitation es immer so einrichten, daß bei der weiteren politischen Aufklärung der Arbeiterjugend das alte Sprichwort maßgebend sein wird: Auf einen Schelm anberathen! (Beifall.)

Siebnecht: Mit der Anregung Eberts über die geschäftliche Behandlung der Anträge bin ich durchaus einverstanden. Bezirksorganisationen haben sich in einzelnen Teilen Deutschlands bereits gebildet, wenigstens in dem lockeren Sinne, daß Zusammenkünfte innerhalb der Provinzen stattfanden, besonders in Rheinland-Westfalen und Schleswig-Holstein. Diese Institution läßt sich weiter ausbilden, wir haben darin eine Zwischeninstanz für eine bessere Förderung der Jugendbewegung, die der Zentralstelle einen Teil der Last abnimmt. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß die Jugendheimbewegung auch etwas Lebhafte wird. Wir haben in Deutschland bisher leider erst an sehr wenigen Orten Jugendheime eingerichtet. Im großen Berlin ist es bis zu diesem Augenblick noch nicht möglich gewesen. Ich bitte alle beteiligten Instanzen, dafür zu sorgen, daß wir möglichst bald in Berlin ein Jugendheim bekommen. Bis zu einem gewissen Grade sind die Vorwürfe gegen die Art der Abfassung der „Arbeiter-Jugend“ doch wohl unberechtigt. Es ist richtig, daß manchmal Artikel da waren, die für die Jugend vom 14. bis 18. Jahr nicht recht verständlich sind. Aber die Jugendlichen rechnen doch bis zum 18. Jahr und vielleicht noch etwas darüber, und gerade in diesen Jahren vollzieht sich die größte physische und geistige Umwälzung, so daß wir den Inhalt der Zeitung notwendigerweise so zu gestalten haben, daß ein Teil etwas zu hoch ist für die unteren Altersstufen. Außerordentlich schwierig ist die Frage, die geeigneten erwachsenen Parteigenossen zu finden, die in der Jugendbewegung die Führung und Kontrolle übernehmen können. Es genügt dazu nicht nur Tätigkeit auf dem Gebiete der Parteibewegung im allgemeinen, sondern vor allem ist erforderlich ein starkes pädagogisches Talent, das nicht jeder hat, das angeboren sein und entwickelt werden muß. Das Augenmerk muß darauf gerichtet werden, solche pädagogisch geeigneten Personen, deren wir ja zweifellos in unserer Partei eine Unmenge haben, zu suchen, zu fördern und an die richtige Stelle zu stellen. Frisches, lebendiges Temperament ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für erspriehliche pädagogische Wirksamkeit unter der Jugend. Es öffnet die Herzen und Köpfe zur willigen und freudigen Aufnahme der Saat. Noch eine Frage, die in Berlin in gewissem Umfange aktuell geworden ist. Es ist vielfach üblich, daß zu den Kosten der Jugendausschüsse Partei und Gewerkschaft in gleichem Maße Beiträge leisten. Nun hat sich daraus das Mißliche ergeben, daß wenn z. B. die Gewerkschaften in der schwierigen Lage, in der sie sich gegenwärtig befinden, nicht in der Lage sind, entsprechend hohe Beiträge zu leisten, daß dann die Partei sich auch nur an dieses Pensum hält. Das darf nicht sein, die Partei muß dann tiefer in den Beutel greifen. Es gibt kein Geld, das nutzbringender angelegt werden könnte, als das für die Jugendbewegung aufgewendete. Es wird tausendfältige Frucht tragen. (Beifall.) Gewiß brauchen wir keine Besorgnisse wegen der generischen Agitation zu haben. Die soziale Entwicklung ist unser unverwundlicher Bundesgenosse, der uns zum Sieg führen muß. Aber wir dürfen darum die Agitation nicht ruhen lassen, im Gegenteil, in diesen fruchtbaren Boden nunmehr unsere Samenkörner austreuen. Dem Warnungsruf vor Ueberhitzung in der Jugendbewegung bitte ich Sie dringen, keine Folge zu geben. Vorläufig ist die Hitze nachhaftig noch nicht so groß, als daß wir nicht noch tüchtig Feuerungsmaterial hineinsteden könnten und müßten; und bei dem nur allzu bedächtigen Charakter des deutschen Volkes hat es noch gute Wege bis zu der gefährlicheren Ueberhitzung. Befunden Sie durch die einmütige Unterstützung der Anträge den einmütigen Willen, Ihre ganze Kraft zur energischen Förderung der ungemein wichtigen Jugendbewegung einzusetzen; und setzen Sie den Willen in die Tat um. (Beifall.)

Schulz-Berlin: Ueber das große Ziel, das der Jugendbewegung voranzutreiben muß, herrscht erfreulicherweise völlige Einigkeit. Die Meinungen

über die Mittel und Wege gehen freilich erheblich auseinander, wie das übrigens auch, wenn auch nicht ganz so weit, bei der Jugendzentrale der Fall war, als sie zu ihrer Arbeit zusammentrat. Auf der einen Seite ist das Schlagwort gefallen, daß die Jugend „austoben“ müsse, auf der anderen Seite will man einen erlaubten Antimilitarismus treiben. Die antimilitaristische Agitation ist nicht die Aufgabe der Jugendbewegung, die die Jugendzentrale zu leiten hat. (Zustimmung.) Die Jugendzentrale ist in dieser Beziehung gebunden an die Beschlüsse der Parteitage, insbesondere an das Programm des Münchener Parteitages. Aber auch die Bemerkung vom Austobenlassen der Jugend ist nur zum Teil richtig. Wohl mag es unter den vielen Hunderttausenden jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen tausende geben, die nach der Schulentlassung kein dringenderes Verlangen kennen, als die Schule zu verlassen und körperlich „auszutoben“. Ich bitte aber auch, jene vielen Tausende und Abertausende von Jugendlichen nicht zu vergessen, die so gut wie die erwachsenen Arbeiter schon den heißen Drang nach Aufklärung haben, nach Lernen und Wissen, die das nachholen wollen, was ihnen die Volksschule vorenthalten hat. Und wenn sie auch erst 14 bis 18 Jahre alt sind — die Ziffer 18 steht schließlich doch nur im Reichsvereinsgesetz, für unsere pädagogische Auffassung hat sie herzlich wenig Bedeutung — so sind sie genau so befähigt zum Lernen und auch über abstrakte Dinge nachzudenken, wie die jungen Gymnasiasten und Studenten. Wir sind uns darüber klar, daß in der Hauptsache an konkrete Gegenstände angeknüpft werden soll. Aber wir haben auch nicht unterlassen, zugleich auf einige Dinge hinzuweisen mehr abstrakter Natur, und hier kommt es hauptsächlich auf die Methode der Darbietung an. Freilich wird das in der Hauptsache in den Bildungskursen geschehen, und zwar in erster Linie in den vom zentralen Bildungsausschuß veranstalteten, ferner in den von den einzelnen Orten mit eigenen Kräften bestrittenen Kursen. Wir haben den Jugendausschüssen öfter empfohlen, daß sie geeignete junge Leute — nicht das Gros — in die Wanderkurse hineinziehen. Ich bin natürlich entgegengesetzter Meinung als Friedrich über die Wanderkurse des Bildungsausschusses. Wir ist bisher von keinem der Orte, die einen Wanderkursus veranstaltet haben, eine Meinungsäußerung im Sinne Friedrichs zu Ohren gekommen. Wohl aber sind mir zahlreiche günstige Urteile übermittelt worden, und fast alle Orte, die einmal einen solchen Kursus gehabt haben, sind in den nächsten Jahren wiedergekommen. Es trifft deshalb auch nicht zu, daß die Leute nur deshalb in die Wanderkurse kommen, um einen auswärtigen Redner zu hören. Noch ein Wort zur „Arbeiter-Jugend“. Es ist gewiß noch nicht alles so wie es sein soll; manche Artikel mögen noch nicht den richtigen Ton getroffen haben, besonders in den ersten Monaten. Aber es ist schon von einem Vorredner zugegeben worden, daß das Organ in letzter Zeit seiner Aufgabe besser gerecht geworden ist. Es gilt eben auch für die Schriftsteller, die für die Jugend schreiben, was Gradnauer jetzt mit Recht für die Lehrer und Redner forderte: Man muß umlernen. Aber unrichtig ist die Forderung Sängers, daß in der „Arbeiterjugend“ nicht über Politik geschrieben werden dürfe. Solange im Arbeiterheim, in der Familie, überall über politische Angelegenheiten gesprochen wird, kann man sie unmöglich der jungen Generation vorenthalten. Es kommt nur auch hierbei in erster Linie darauf an, den richtigen Ton zu treffen. Alles in allem mögen die Parteigenossen beherzigen, daß für die Jugend erforderlich ist ein bißel Lieb und ein bißel Treu und Ausdauer und ein ganz großes bißel Geld. Tut Geld in die Beutel der Jugendausschüsse, damit sie Jugendheime schaffen und andere Maßnahmen für die Jugendbildung treffen können! (Beifall.)

Frank-Wannheim: Die Diskussion über die „Arbeiter-Jugend“ hat mich sehr angeheimelt; ganz ähnliche Worte sind immer gefallen, wenn früher über das

Schicksal der „Jungen Garbe“ beraten worden ist. Eine ganze Menge Ratsschläge und ganz wenig Mitarbeiter hat es gegeben, und das ist kein Zufall, weil es außerordentlich schwer ist, für die Jugend so zu schreiben, daß die Artikel nicht flach werden und doch zu der Jugend sprechen. Das können fast nur Dichter und Frauen. Die Frauen haben bisher nur ein theoretisches Interesse für die Ausgestaltung der Jugendblätter bewiesen, und Dichter haben wir in unserer Partei recht wenig, und die, die wir haben, schreiben nicht für die „Arbeiter-Jugend“. Mit Recht ist schon hervorgehoben worden, daß die Einwände gegen die Behandlung mancher Fragen nicht stichhaltig sind. Diese Einwände wenden sich im Grunde nur gegen die Art der Behandlung des Stoffes. Es gibt keinen Stoff, den man in einem Jugendblatt nicht behandeln kann, wenn man versteht, zur Jugend zu sprechen. (Sehr richtig!) Ich möchte mich auch dagegen wenden, daß vielleicht auf Grund solcher Vorwürfe künftig die „Arbeiter-Jugend“ davon absteht, Artikel über die Reichsverfassung oder gar über die Matrifularbeiträge (Heiterkeit) zu bringen. Soviel ich mich erinnere, sind in der „Arbeiter-Jugend“ drei große fortlaufende Artikel über die Reichsverfassung erschienen, und wenn der Verfasser mir nicht so nahe stünde (große Heiterkeit), würde ich sagen, sie sind sehr gut gewesen. (Zuruf: Sie waren auch gut!) Ich möchte deshalb davor warnen, gerade auf diesem Gebiet einen Schritt rückwärts zu machen, während unsere Gegner, die bürgerlichen Parteien und die Regierungen, im Begriffe sind, zwei Schritte vorwärts zu machen. Sie werden gesehen haben, daß sogar in den Volksschulen jetzt die sogenannte Bürgerkunde eingeführt werden soll. Es werden große Mittel bereitgestellt, um überall in den staatlichen Schulen die jungen Leute mit dem Inhalt unserer Verfassungen bekannt zu machen. Das wird selbstverständlich geschehen im hurrapatrisiotischen Geiste, in dem Sinne, daß die Kinder lernen die Reichsverfassung als Instrument der Hohenzollernherrlichkeit anzusehen. Ich glaube, wir haben keine Veranlassung, anzunehmen, daß die Arbeiterjugend nicht imstande sei, eine geeignete Aufklärung aufzunehmen, wenn selbst der bürgerliche Staat den Schulkindern Bürgerkunde beizubringen sucht. Ich wollte im Gegenteil anregen, daß von seiten der Zentrale die Abfassung eines geeigneten kleinen Lehrbuches über Bürgerkunde ins Auge gefaßt wird. Es existieren mehrere derartige Werke von bürgerlicher Seite, und wenn der Plan verwirklicht wird, daß die Verfassungskunde in die Schulen als Lehrgegenstand eingeführt wird, werden wir damit rechnen müssen, daß wir nur genau so verstümmelte Verfassungskunde gelehrt bekommen, wie wir heute den verstümmelten Geschichtsunterricht haben. Also hier heißt es vorwärtschreiten und nicht zurückgehen. Ueber die Wichtigkeit der ganzen Jugendbewegung ist ja die Partei erfreulichweise vollkommen einig. Der Parteitag in Nürnberg hat ja nicht nach allen Seiten, darf ich wohl sagen, befriedigt, aber auf dem Gebiete der Jugendbewegung können wir doch feststellen, daß manche Befürchtungen in bezug auf bürokratische Regelung der Jugendbewegung nicht eingetroffen sind, sondern daß manche Hoffnungen sich erfüllt haben, die man für übertrieben gehalten hat. (Hört! hört!) Man kann ruhig sagen, daß die neue Form der Jugendbewegung überraschend schnell sich eingelebt hat. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien gibt uns den besten Anhaltspunkt dafür, wie unsere Agitation wirkt. Die Gegner haben Angst vor unserer Jugendagitation. Sie dürfen sich darauf verlassen: wenn wir hunderttausend neue Leser für die „Arbeiter-Jugend“ gewinnen, so werden die bürgerlichen Parteien davor mehr Angst haben, als vor einer halben Million neuer sozialdemokratischer Stimmen. (Bravo!)

Wels-Berlin: Genosse Liebknecht glaubte es notwendig zu haben, hinter die Berliner Organisationsleitung Feuer zu machen. Er kann volles Vertrauen zur Berliner Organisationsleitung haben, die für sich beanspruchen

kann, den Beschlüssen der Parteitage vollauf Rechnung getragen zu haben. Wenn wir den Vorwurf bisher auf uns laden mußten, ein eigenes Jugendheim nicht errichtet zu haben, so werden wir wohl Verständnis bei allen Parteigenossen größerer Parteiorthe finden, wenn wir erklären, daß in unserer Stadt mit der Errichtung eines Jugendheims so gut wie gar nichts getan ist. Wir müssen, wenn wir an die Frage praktisch herangehen, außerordentlich große Mittel zur Verfügung stellen. Wir haben die Frage inzwischen geprüft, und ich kann, um jeder Legendenbildung vorzubeugen, erklären, daß die betreffenden Instanzen dabei sind, eine Reorganisation des ganzen Jugend- und Bildungswesens in Berlin in die Wege zu leiten, und daß unmittelbar im Anschluß an den Parteitag wieder die notwendigen Schritte unternommen werden. Genosse Liebknecht hat es also nicht notwendig gehabt, uns Zensur zu erteilen. Die übrigen Dinge hat Genosse Franz vollauf erledigt, so daß ich auf die Notwendigkeit des Unterrichts in der Bürgerkunde an die heranwachsende Jugend nicht mehr hinzuweisen brauche.

Damit schließt die Diskussion.

Die Anträge 10, Antrag 12, Absatz 2; Antrag 13, Absatz 1 und Antrag 14 werden der Jugendzentrale zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Der Absatz 1 des Antrags 12 wird mit großer Mehrheit angenommen. Zum Absatz 2 des Antrags 13 erklärt

Singer: Wenn damit gemeint ist, daß der Kampf gegen den Alkohol, nur soweit er sich auf die Jugend bezieht, unterstützt werden soll, dann würde der Antrag hierher gehören. Sein Sinn geht aber offenbar dahin, daß überhaupt von der Partei aus der Kampf gegen den Alkohol unterstützt werden soll. Dieser Absatz des Antrages 13 wird also später zur Abstimmung kommen müssen.

Zur Begründung des Antrags 21 erhält das Wort

Albert-Breslau: Die Breslauer Genossen bezwecken nicht, eine neue Broschüre auf den Markt zu werfen, sondern sie wollen, daß eine der wichtigsten Fragen des Augenblicks so in Broschürenform behandelt wird, daß ihr Inhalt zu jeder Zeit und von jedem Arbeiter den Gegnern vorgehalten werden kann. Wolkenbuhr hat heute morgen schon in dankenswerter Weise erklärt, daß der Parteivorstand ein sogenanntes Handbuch über die Finanzreform herausgibt. Das ist aber nicht das, was die Breslauer mit ihrem Antrag bezwecken. Dieser Antrag stammt aus den Kreisen der Arbeiter, die auf Waiden usw. sehr viel mit Gegnern (Christlichen usw.) zusammenkommen und die es begrüßen würden, wenn sie ein in handlicher Weise zusammengestelltes Büchlein hätten, um jederzeit den anderen für uns noch zu gewinnenden Arbeitern sagen zu können: Seht, so sieht die Partei aus, der ihr bisher noch nachgelaufen seid, die in der wichtigsten Frage des Augenblicks euch verraten und verkauft hat. Die Breslauer dachten sich dies Broschüchen so, daß darin die Haltung aller Parteien des Reichstages, namentlich des Schnapsbundes mit möglichster Schärfe gekennzeichnet würden. Angebracht wäre es vielleicht, wenn die Broschüre nach dem Muster der Breslauer „Volkswacht“ auch bildlich die Schädigung durch die neuen Steuern veranschaulichen würde. Das dürfte ein sehr wichtiges Agitationsmaterial sein, das neben dem Handbuch den Landarbeitern große Dienste leisten könnte, und vor allem denen zu Hilfe käme, die unter den christlichen Arbeitern agitieren. Stimmen Sie dem Antrag zu, damit auch diese Genossen jederzeit den Nachweis führen können, daß die sozialdemokratische Partei die einzige war, die mit Ernst und Energie den Attentaten durch die neuen Steuergesetze entgegengetreten ist.

Müller-Berlin (ParteiSekretär): Ich glaube nicht, daß es möglich ist, neben dem Handbuch, das von uns bereits vorbereitet ist und in einigen Wochen erscheint, dieselbe Materie noch einmal zu behandeln in der Art, wie Albert es vorge schlagen hat. Der Antrag will, daß der Parteivorstand beauftragt wird, alles geeignete Material über die Beratung der Reichsfinanzreform zu sammeln. Das kann natürlich keine kurze Broschüre geben, und wenn die Stellung der bürgerlichen Parteien gekennzeichnet werden soll, so kann das ebenfalls nicht in einer kurzen Broschüre geschehen, denn die Beratung der Reichsfinanzreform war diesmal sehr kompliziert, und der Verfasser des Handbuchs muß sehr eingehend die Akten der Reichstagskommission studieren. Die Sache muß deshalb so erledigt werden, wie es von uns in die Wege geleitet worden ist. Der Antragsteller wünscht ein Buch für den Kleinagitor, das sozusagen jeden Augenblick wie ein Totschläger gegen alle Argumente gegnerischer Agitatoren wirken soll. (Geisterleit.) Das Handbuch kann sehr wohl zu diesem Zweck verwendet werden. Es soll an die Organisationen zum Selbstkostenpreis abgegeben werden, die Organisationen haben es also in der Hand, das Handbuch ihren Agitatoren in die Hand zu geben. Ich kann einen Unterschied zwischen dem Breslauer Antrag und dem, was wir wollen, nicht entdecken und muß Sie bitten, es dabei zu belassen, daß unser Buch erscheint. Ich bin überzeugt, Sie werden dadurch vollständig befriedigt werden.

Evall-Berlin: Ich bin mit dem Antrag Breslau in fast allen Teilen einverstanden. Ich weiß nicht, wie die Broschüre des Parteivorstandes ausfallen wird. Ich bin ja überzeugt, daß der Parteivorstand und die Presse den größten Fleiß darauf verwenden haben, Aufklärung unter den Massen zu verbreiten; ich denke aber, daß die Breslauer es so meinen, daß eine kleine Broschüre herausgegeben werden soll, aus der man ersehen kann, wie die Finanzreform wirkt, also um wieviel teurer jetzt eine Zigarre, um wieviel teurer der Kaffee, der Schnaps usw. ist, so daß jeder einzelne sofort in der Lage ist zu sagen: Um howso viel haben die bürgerlichen Parteien auch an eurem Geldbeutel geschädigt. Wenn der Antrag so aufzufassen ist, kann man vollständig damit einverstanden sein; die Agitation auf dem Lande wird dadurch erleichtert werden.

Albert-Breslau: Die Breslauer haben sich die Broschüre ungefähr so gedacht, wie es der Vorredner ausführte, nicht etwa, wie Müller es meinte, daß in kompliziertester Weise auch die Haltung der Parteien in den Kommissionen usw. geschildert wird. Ich denke es mir etwa so, wie wenn ein Redner nach einem sachlichen Vortrage über die Finanzreform noch einmal in derber Weise an der Hand von Illustrationen rekapituliert, das Zentrum hat das und das, die Freisinnigen haben das und das, die Nationalliberalen das und das getan usw. Dann muß ferner die ungeheure Schädigung der Arbeiter durch die Steuern dargelegt und durch Illustrationen dem Gedächtnis eingepreßt werden. Das wird für die Agitation ein sehr wertvolles Hilfsmittel sein.

Hoffmann-Berlin: Ich möchte doch bitten, den Antrag in dieser Form abzulehnen, wir können keine „ungefähren“ Anträge annehmen, sondern müssen ganz deutliche und klare Beschlüsse fassen. Was uns fehlt, ist nicht ein Nachschlagebuch über die Finanzreform und die Stellung unserer Gegner, sondern ein Nachschlagebuch für die Agitatoren über die Haltung unserer Gegner in allen praktischen Fragen. Soweit ich informiert bin, ist ein solches Buch in Vorbereitung, und darin wird auch die Finanzreform nicht fehlen.

Miegel-Kreuznach: Im Gegensatz zu Hoffmann bitte ich um Annahme des Antrages. Wir im Rheinland und speziell in der oberen Rheinprovinz haben stets und ständig mit dem Zentrum zu tun, und da müssen unsere

Genossen gewappnet sein. Die Parteipresse hat ja ihre Schuldigkeit getan, sie hat die Finanzreform und ihre schädlichen Wirkungen erläutert, aber das Material wird nicht so gesichtet und zurückgelegt als wenn es in einer Broschüre gesammelt ist.

Müller-Berlin (ParteiSekretär): Nach dem Abschluß der Reichsfinanzreform hat der Parteivorstand sofort zwei Flugblätter herausgegeben. Verschiedene Bezirke sind außerdem bereits in der Lage, in konkreten Fällen sofort Broschüren herauszugeben. So sind z. B. unsere Essener Genossen dabei, eine Broschüre über die Stellung ihres Reichstagsabgeordneten Giesberts zur Finanzreform erscheinen zu lassen. Was uns fehlt, ist eine detaillierte Schilderung der Vorgänge anlässlich der Beratung der Reichsfinanzreform, und diese Lücke auszufüllen, sind wir auf dem besten Wege. Wenn alle Wünsche der Antragsteller erfüllt werden sollen, so gibt das keine Broschüre, sondern ein Buch von 10 bis 12 Bogen. Hoffmann möchte ich erwidern, daß nicht ein Buch über die Stellung der bürgerlichen Parteien überhaupt herauskommt, sondern eine Schrift über die Reichsfinanzreform und die Stellung der Parteien zu dieser. Der Antrag will übrigens ausdrücklich eine Schrift für die agitatorisch tätigen Genossen, nicht eine Broschüre zur Massenverbreitung. Solche Schrift kann aber nicht anders hergestellt werden, als wir es beabsichtigen.

Löbe-Breslau: Es tut mich sonderbar an, wenn aus der Provinz ein Wunsch zur Unterstützung unserer Agitation gegen die Reichsfinanzreform kommt, daß dann Berliner Genossen wie Hoffmann, die es vielleicht nicht so nötig haben, diesem Wunsche widersprechen. (Sehr richtig!) Sie in Berlin haben es vielleicht mit 10 gegnerischen Blättern zu tun, wir aber haben mit einem einzigen Organ 300 Blätter zu bekämpfen. Uns fehlt nicht das 12 Bogen starke Handbuch, von dem Müller spricht, sondern uns fehlen die 16 Seiten, die die Haltung der einzelnen Parteien geißeln. Das ist nicht das, was in den Flugblättern des Parteivorstandes stand, sondern ungefähr das, was in den Artikeln der „Bergarbeiterzeitung“ „Infame Volksbetrüger“ in bezug auf das Zentrum gestanden hat und was durch die ganze Parteipresse die Kunde gemacht hat. Das sind die Zitate aus früheren Neben und Flugblättern des Zentrums, der Freisinnigen, der Antisemiten, die in Gegensatz gestellt wurden zu den Taten dieser Parteien. Gerade jetzt, wo die Konterbattiven und der Reichsverband sogenannte „Aufklärung“ über die Vorgänge in der Steuerkommission verbreiten, müssen wir sofort einen Gegenschlag führen und eine kleine aufklärende Broschüre herausgeben, die unser Maurer, unser Schmied auf Montage mitnimmt, um sofort nachweisen zu können, wie die Dinge stehen. Es handelt sich um eine einfache Konzentration dessen, was in einzelnen Bezirken schon geschieht.

Stubbe-Hamburg: Ich glaube, daß das, was der Antrag verlangt, im großen und ganzen vorhanden ist. Wenn aber unsere Parteigenossen eine derartige Broschüre für die Agitation unbedingt für notwendig halten, so mag sie ruhig erscheinen. Wir Hamburger haben schon Ende des vorigen Jahres uns mit der Frage beschäftigt und werden eine Broschüre herausgeben: „Die Finanzgeschichte des Deutschen Reiches“. Die Broschüre wird im Buchhandel erscheinen und dürfte nach allen Seiten genügen.

Hoffmann-Berlin: Ich begreife die Aufregung des Genossen Löbe nicht. Er meint, sowie ein Antrag aus der Provinz kommt, sprechen wir Berliner dagegen. Das ist uns niemals eingefallen. Wenn wir der Meinung waren, daß Anträge wertvoll für die Agitation sind, sind wir dafür eingetreten. Ich

meine aber, in diesem Falle sollte jedem Bezirk überlassen bleiben, wenn es für notwendig hält, für seine Gegend das zu schaffen, was sie braucht. Gerade der Hinweis auf die Broschüre über den Zentrumsabgeordneten Giesberts ist ein Beweis dafür, daß solche Schriften dann weit mehr in dem einzelnen Bezirk wirken, als wenn sie als Schablone für das ganze Reich gemacht sind. Wir brauchen ein Nachschlagebuch, vielleicht überschrieben: Die Sünden der Gegner, in welcher die Redner schnell und leicht die Beweise für die Haltung der Gegner in allen wichtigen Fragen finden. Ich empfehle aber, eine Broschüre, wie sie der Antrag Breslau wünscht, ist besser in Schlesien auf Schlesien zuzuschneiden, dann wird sie mehr Erfolg haben.

Gottschalk-Königsberg: Genosse Hoffmann hat leicht sagen, die Schlesier sollten sich eine solche Broschüre selbst herstellen. Die Berliner haben das Geld und die befähigten Genossen zur Verfügung. Aber es gibt eine große Zahl von zurückgebliebenen Bezirken, die ihre geistige Nahrung und finanzielle Unterstützung von Berlin beziehen müssen. An solche Bezirke haben wohl die Breslauer gedacht. Ich beantrage, den zweiten Satz des Antrages zu streichen und im ersten Satz statt „in Broschürenform“ zu setzen: „in Form von Broschüren, die zur Massenverbreitung geeignet sind und den Organisationen zum Selbstkostenpreis, wo es nötig ist kostenlos, überlassen werden sollen“.

Mühl-Leipzig: Die Frage der Finanzreform ist tatsächlich geeignet, die Massen aufzurütteln über das grobe Steuerunrecht, das uns angetan ist. Unser Verlag wird wahrscheinlich schon morgen eine kleine Broschüre hierzu erscheinen lassen.

Die Diskussion schließt damit. Das Amendement Gottschalk sowie der Antrag 21 werden abgelehnt.

Breuer-Harburg begründet den Antrag 27, dessen Annahme im Interesse der kleinen Organisationen wünschenswert sei.

Kern-Würzburg empfiehlt den Antrag gleichfalls aus den Verhältnissen des flachen Landes. Die Genossen in den Großstädten leiden an Materialmangel, wohl aber in den kleinen Landstädten. Den kleinen Sektionen würde mit der Hergabe der „Partei-Correspondenz“ ein Mittel gegeben, das gegen die Gegner viel helfen könnte, besonders den jungen Genossen in den neugegründeten Organisationen.

Spannuch (ParteiSekretär): Ein früherer Parteitagbeschluss, der in diesem Sinne lautete, wurde durch einen späteren Parteitag aus wohl-erwogenen Gründen aufgehoben, und diese Gründe sind auch heute maßgebend. Wir wollen soviel als möglich den Selbstverwaltungsorganen unserer Partei freien Spielraum lassen. Der Antrag wendet sich nur an die falsche Adresse. Er sollte an den Bezirkstag gehen, da wird dem berechtigten Grund sicher Folge gegeben werden.

Der Antrag 27 wird abgelehnt.

Den Antrag 268 begründet

Mattschelm-Dortmund: Es soll eine literarische Abteilung ins Leben gerufen werden, deren Aufgabe vornehmlich die bessere Ausgestaltung der „Partei-Correspondenz“, die systematische Bearbeitung von Flugblättern und Flug-schriften und die Einrichtung einer Zentralregistratur sein soll. Die literarischen Einrichtungen im Volksverein in München-Glabbach und Berlin verdienen unsere volle Aufmerksamkeit. (Sehr richtig!) Auf dem Katholikentag hat Pieper mit großer Genugtuung konstatiert, daß der Volksverein mehr als irgendeine andere Organisation für diese Zwecke getan hat. In München-

Glabbach sind nicht weniger als 8 Personen, wohl zumeist Geistliche, freigestellt, die leblich die literarischen Arbeiten des Vereins besorgen. Daneben besteht noch eine Zentralstelle in Berlin, in der angeblich mehr als 7 Personen in der Zentralregistratur beschäftigt sind. Der Volksverein hat Millionen von Flugblättern herausgegeben, und mehrere hunderttausend Exemplare von Volkschriften und eine große Anzahl von Flug-schriften. Es ist für uns dringend nötig, eine wirksame Gegeninstitution zu schaffen. Der Umfang der „Partei-Correspondenz“ ist viel zu bescheiden, und sie genügt auch nicht den Anforderungen. In der Zentral-Registratur des Volksvereins werden alle Angriffe sofort registriert mit einer kurzen angeblichen Erwiderung oder Verleumdung versehen, in vielen Exemplaren sofort an die Vertrauensleute des Volksvereins gesandt und diese sorgen für prompte Weiterverbreitung unter ihren Leuten, und unsere Leute in den Werkstätten usw. sind nicht immer in der Lage, die Erwiderungen aus dem Stegreif zu widerlegen. Sie befinden sich in prekärer Lage. Der Bergarbeiterverband hat seit einer Reihe von Jahren eine ähnliche Einrichtung getroffen, und andere große Gewerkschaftsverbände sind im Begriff nachzufolgen. Weiter soll die Aufgabe dieser literarischen Abteilung die systematische Ausarbeitung von Flugblättern sein. In allen Fällen wurde bisher aus Mangel an Kräften offenbar bei weitem nicht schnell genug gearbeitet. Das erste Flugblatt des Parteivorstandes über die Reichsfinanzreform erreichte uns in Westfalen zu einer Zeit, als wir schon ein eigenes Flugblatt verfaßt hatten und auch der Volksverein ein Flugblatt verbreitete, auf das wir gerade mit einem zweiten Flugblatt erwidern wollten. Unsere Registratur in Berlin, die ganz gut funktioniert, entspricht doch bei weitem nicht den Ansprüchen; ein einziger Genosse ist auch gar nicht in der Lage, eine solche umfangreiche Registratur zu beherrschen. Die Errichtung der im Antrage geforderten Einrichtung erscheint den Antragstellern erforderlich, um den Verleumdungen der Gegner wirksamer entgegenzutreten zu können und notwendig zur Stärkung unserer eigenen Organisation.

Müller-Berlin (ParteiSekretär): Ich bin auch dafür, daß dieser Antrag der Parteileitung überwiesen wird. Daß wir in verschiedener Beziehung von dem Volksverein für das katholische Deutschland noch lernen können, geben wir ohne weiteres zu. Wir können andererseits aber auch versichern, daß wir uns seit Jahren bestrebt haben, in der Beschaffung von Agitationsliteratur auf der Höhe zu sein. Ich glaube, wir haben es auf diesem Gebiete schon ziemlich weit gebracht. Wenn ich im Augenblick den vom „Volksverein“ bekanntgegebenen Zahlen nicht unsere Ziffern gegenüberstellen kann, so liegt das daran, daß unser Parteileben ein weit vielfältigeres ist als das Parteileben des Zentrums. Ein sehr großer Teil der im Auftrag des Parteivorstandes verfaßten Parteischriften wird nicht in der Druckerei der Zentrale hergestellt und von dort versandt, sondern der Druck erfolgt in den einzelnen Bezirken. Es ist vielleicht ganz angebracht, einmal eine Statistik darüber aufzunehmen, was alljährlich auf diesem Gebiete von der sozialdemokratischen Partei geschieht. Auch den Wünschen der Bezirke, bei Broschüren auf ihre speziellen Interessen Rücksicht zu nehmen, sind wir stets entgegengekommen. Was nun die gewünschten literarische Abteilung anlangt, so haben wir ihre ersten Anfänge bereits dadurch, daß der Essener Parteitag beschloß, ein Presbüreau zu begründen, dem ein literarischer Beirat aus den einzelnen Landesstellen zur Seite steht, zu dem Dr. Gradnauer, Müller-München, Gewehr-Elberfeld, Ströbel-Berlin und Stolten-Hamburg gehören. Freilich gebe ich zu, daß für die Abfassung schnell zu schreibender Flugblätter und Schriften ein solcher Beirat nicht allzuviel leisten kann. Derartige Dinge werden doch besser von

wenigen Leuten eingeleitet, die zusammenfügen, als von einer Konferenz. Nicht zugeben kann ich, daß der Parteivorstand mit seinen Flugblättern über die Reichsfinanzreform zu spät gekommen ist. Wir hatten alle Vorbereitungen getroffen, und es ist uns gelungen, daß wir an dem Tage, an dem der Reichstag geschlossen wurde, bereits das Manuskript des Flugblattes „Müchel wach auf“ gesetzt in unseren Händen hatten. Am Tage darauf ist das Flugblatt bereits in die Agitationsbezirke abgegangen. Wir konnten es nicht eher herausgeben, weil ja in der Zeit der Reichskanzlerwechsel stattfand und das Flugblatt schon veraltet gewesen wäre, wenn wir es auch nur 8 Tage vorher herausgegeben hätten. Wir sind dann sofort darangegangen, den Wünschen der einzelnen Landesstelle entgegenzukommen. Wir haben ein Flugblatt über die Stellung des Zentrums zur Reichsfinanzreform herausgegeben, nicht in der früheren Form des zweifseitig gefalteten, sondern in Form der Flugschriften des Volksvereins. Wir haben ferner einen kurzen Aufruf an das werktätige Volk in Deutschland herausgegeben, unter Rücksichtnahme auf Süd- und Westdeutschland, der von einem süddeutschen Abgeordneten geschrieben war. Wir haben damit gewiß die notwendige Anpassungsfähigkeit gezeigt. Wir haben uns noch an eine Reihe anderer Leute um Flugblätter gewandt, haben aber, was infolge der langen Reichstagsession erklärlich war, eine ganze Menge Abtager erhalten. Nebenfalls haben wir alles getan, um möglichst viel und möglichst gutes Agitationsmaterial möglichst reich zu erhalten. Was den Wunsch anbelangt, die „Partei-Correspondenz“ besser auszugestalten, so bin ich der erste, der dafür eintritt. Ich muß bedauern, daß so wenig Anregungen zur Verbesserung der „Partei-Correspondenz“ aus dem Lande draußen an uns gekommen sind. Arbeiten Sie hieran mehr mit, dann wird es auch gelingen, die „Partei-Correspondenz“ zu einer viel schärferen Waffe zu gestalten. Es wurde gewünscht, daß billige Flugschriften herausgegeben werden. Wir haben damit vor zwei Jahren angefangen. Diese Flugschriften kosten einzeln mit Umschlag 10 Pf. und zur Massenverbreitung ohne Umschlag das Tausend 10 Mk. Dies sind 16seitige Broschüren nach Art derer, welche der „Volksverein“ herausgibt. Wir haben die Flugschrift über die Arbeiterversicherung in Hunderttausenden von Exemplaren abgesetzt. Wir haben sie an alle finanzschwachen Bezirke selbstverständlich kostenlos abgegeben. Augenblicklich sind Broschüren über den Militarismus, den Marinismus und über den Arbeiterschutz in Auftrag gegeben, die ebenfalls dieser Serie eingefügt werden sollen. Auch eine gute Registratur ist vorhanden, die ja für die „Partei-Correspondenz“ und das Archiv absolut notwendig ist, denn alle Anfragen an die Registratur aus dem Lande müssen schnellstens durch die dazu angestellten Personen beantwortet werden. Wir werden überlegen, wie weit es tunlich ist, einen engeren Zusammenschluß dieser bereits vorhandenen Institutionen vorzunehmen. Ich bitte Sie in diesem Sinne, den Antrag der Parteileitung zu überweisen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag 263 wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Den Antrag 264 begründet

Bern-Würzburg: Unser Antrag wünscht zunächst Herstellung eines Teils der Parteitagprotokolle auf besserem Papier. Im allgemeinen werden die Protokolle als Nachschlagbücher benutzt. Die Parteitagprotokolle sind historische Dokumente, sie gehen nicht nur in Privat-, sondern auch in Gewerkschaftsbibliotheken ufm. über. Infolge der heutigen Herstellung auf Zeitungspapier halten sie nicht lange. Es dürfte leicht möglich sein, gegen bessere Bezahlung einen Teil auf besserem Papier herzustellen. Weiter wünschen wir, daß

eine Massenaufgabe zum Selbstkostenpreise ausgegeben wird, da die Protokolle immer teurer werden und heute nur von einem kleinen Teil der Parteigenossen erworben werden können. Wünschenwert wäre es auch, daß der Umschlag schöner würde. Wenn unser Antrag angenommen würde, würde sich der Absatz des Protokolls heben und die Parteitagverhandlungen mehr in die Massen einbringen.

Singer: Der Parteivorstand steht bereits in Verhandlungen mit dem Verleger der Vorwärts-Buchhandlung, ob und unter welchen Umständen es möglich ist, Exemplare des Protokolls auf besserem Papier herzustellen; auch die andere Frage bezüglich etwaiger Verbilligung wird erwogen.

Der Antrag 264 wird angenommen.

Hierauf werden die Anträge 36, 37, 38, 39, 242, 287 und die zweite Hälfte des Antrags 13 zur Debatte gestellt.

Wbe-Breslau begründet Antrag 36 und 287. Wir hoffen, daß dieser Antrag ein geneigteres Ohr finden wird als unsere bisherigen Anträge. (Heiterkeit.) Wir wollen die Partei bestimmen zu einer Propaganda zur Herabminderung des Branntweingenußes in den deutschen Arbeiterkreisen. Das wird auf den ersten Blick den süddeutschen Genossen überflüssig erscheinen und anderen vielleicht etwas sonderbar vorkommen, weil es gewissermaßen in die Privatangelegenheiten der einzelnen Parteigenossen eingreift. Unser Antrag geht aber von politischen Ursachen aus und will politische Wirkungen erzielen. Die angenehmen wirtschaftlichen und gesundheitslichen Nebenerscheinungen, die der Branntweinbottott hervorruft, sind uns natürlich sehr willkommen. In der Hauptsache kommt es uns auf eine Steuererhöhung an gegenüber den Plünderungen, die durch den Deutschen Reichstag jetzt wieder beschlossen worden sind. Der Antrag will die Verwirrung heigern, welche die ohnehin mangelhaft ausgearbeitete Finanzvorlage in den deutschen Finanzen anrichtet. Wir gehen von der Erfahrung aus, daß die wichtigsten Dinge allzu leicht vergessen werden. Wer denkt heute noch an den Petersprozeß, an den Justizskandal beim Eulenburgprozeß, an die große Begeisterung, die durch das Volk ging bei dem Hochverratsprozeß des Genossen Liebknecht, an das viel größere Aufsehen, die die Debatten über das persönliche Regiment erregten? Alles das geht vorüber und verfehlt seine politische Wirkung in dem Augenblick, wo es zum Austrag gebracht werden soll, bei den nächsten Wahlen. Hier entgegenzuwirken, nicht durch papierne Proteste und Zeitungsartikel allein, sondern durch eine Handlung, die jeder aktiv mitmachen muß, ist das Bestreben der Anträge, die auf den Branntweinbottott hincielen. Wenn wir uns nicht sehr täuschen, wird wahrscheinlich der Zeppelinenthusiasmus dazu dienen, den Morbspatriotismus zu pflegen, ihn mit finanziellen Fragen zu verknüpfen und dadurch den Steuerträger zu ertränken. Wir haben deshalb allen Anlaß, hier einzusetzen, und wir können das in hervorragender Weise tun, unser Ruf wird von Millionen von Arbeitern gehört, er wird nicht spurlos verhallen, er kann schon deshalb nicht spurlos verhallen, weil er am 1. Oktober einsetzt zu einer Zeit, wo ohnehin die Entrüstung über die Verteuerung oder Verschlechterung des Getränks weite Volkskreise erfüllt, wo ohnehin die Arbeiterfamilien gezwungen sein werden, jährlich 25 Mk. weniger auszugeben, weil das Reich ihnen diesen Betrag abnimmt. Nur wenig Arbeiter werden imstande sein, sich eine um ebenso viel größere Einnahme zu verschaffen. Wir haben allen Anlaß zu sagen, diese Winderausgabe soll konzentriert werden auf den Punkt, wo sie den Konsumenten am allernützlichsten schadet und wo wir einen Schlag gegen unsere Gegner damit tun können.

Das kann geschehen bei dem Branntweinbott, der seine günstige Wirkung nicht nur ausüben wird auf unsere Organisation, sondern der auch ein tragbarer Schlag auf das Haupt der Gegner ist, der unsere Genossen zur Aktion aufruft und der auch in den Reichsfinanzen die Möglichkeit eines Defizits erzeugt und die Regierung zwingt, neue Steuerentwürfe zu bringen und dadurch das Interesse des Volkes wachzuhalten. Bedenken Sie, daß schon die Abwanderung in die niederen Wagenklassen infolge der Fahrkartensteuer es bewirkt hat, daß die preussische Regierung beim Bundesrat die Aufhebung dieser Steuer beantragte, weil der Schaden des Eisenbahnfiskus größer war als der finanzielle Nutzen des Reichs. Wir sehen aus Grotzjahn's „Alkoholfrage“, daß schon in den vierziger Jahren ein partieller Alkoholfott nicht ohne Wirkung auf die Steuererträge gewesen ist, und wir brauchen auch jetzt nicht zu glauben, daß unser Vorgehen erfolglos sein wird. Aber selbst wenn wir nicht in dem gewünschten Umfange wirken können, dann haben wir doch schon Verbesserungs-teile, an die wir sicher herankommen, und dazu zähle ich die heranwachsende Jugend, die heute aus purer Mode, weil es eben Sitte ist, mittrinkt. Gleichviel, ob es uns möglich ist, den Boffott voll durchzuführen, er kann uns in keinem Stadium schaden, sondern er muß uns in jedem Gegenstand nützen. Er ist zu unterscheiden von dem Bierbott, der darauf hinausgeht, den Bierpreis herabzusetzen, damit wieder frisch weiter getrunken werden kann. (Geisterkeit.) Der Schnapsbott aber geht dahin, den Konsum dauernd einzuschränken. Es handelt sich da um keine vorübergehenden, sondern um dauernde Bestrebungen. Natürlich gehen wir nicht so weit, daß wir ein Parteiverbot verlangen, daß keiner mehr Schnaps trinken darf. Das könnte zu Zerwürf-nissen führen. (Geisterkeit.) Es kommt uns nur darauf an, eine moralische Einwirkung auf die selbständigen Entschlüsse des einzelnen zu erzielen und durch den Schnapsbott unseren Gegnern und der Liebesgabenpolitik einen Schlag zu versetzen. (Sehr richtig!) Die Agitation dafür ist nicht schwer. Wir sagen den Genossen nicht, das ist das einzige Mittel, das ist das Hauptmittel, sondern es ist ein Mittel unter anderen, einen Schlag zu führen, und wenn wir dann, wie es vorgeschlagen ist, in Lichtbildern Schnapsflaschen vorführen und zeigen, soviel frist der Staat, soviel der Junker, soviel der Spiritusring usw., dann werden wir doch manchen Schnapsrinker zum Nachdenken bewegen. Ich will nichts weiter als eine moralische Kundgebung des Parteitagcs zugunsten des Schnapsbotts. Es muß dankbar anerkannt werden, daß die Gewerkschaftspresse sofort den Gedanken des Schnapsbotts aufgegriffen und daß auch in die Parteipresse dieser Gedanke Eingang gefunden hat. Wir haben in Breslau seit Jahren keine Frage zur Diskussion gestellt, die einen solchen Zustrom von Zuschriften aus den Kreisen der Genossen herbeiführt hat wie die Frage des Branntweinbotts, und deshalb möchte ich Sie bitten, wenn Sie sachlich einverstanden sind, meine Resolution anzunehmen.

Wir brauchen dazu keine Sonderorganisation, keine Sonderversammlung, überall können wir diesen Ruf lebhaft verbreiten. 3300 Ortsgruppen stehen bereit, den Ruf zu verbreiten, die Frage wenigstens zu besprechen und das kann nicht ohne erhebliche Nachwirkung bleiben auf die ganze Gestaltung der indirekten Steuern. Deshalb vereinigen Sie sich mit uns in den Ruf: „Weg mit dem Fusel der Agrarier.“ (Lebhafter Beifall.)

Hoffmann-Vielefeld ergänzt die Begründung Löbes. Wir gehen damit zur direkten Aktion gegen die Regierung und die Junker über. Kein Gegenstand eignet sich so zur direkten Aktion, wie gerade die Steueraktion der Regierung, die uns hier wieder mit Kopfsteuern auf den armen Mann kommt. Salz, Brot und Zucker muß man genießen, aber hier ist es ein Luxusgegenstand, und zwar

ein direkt schädlicher. Wollen wir uns den Hohn der Junker gefallen lassen, die die Steuer auf Branntwein 6 Wochen später in Kraft treten lassen als die Steuer auf das Bier und uns damit zurufen: Ihr seid ja doch Knechte, Knechte des Branntweins, und werdet die Steuer zahlen, die wir Euch Knechten auferlegen. Wir sind nicht mehr Knechte der Junker, wir sind nicht mehr Knechte des Branntweins. Wir wollen freie Männer sein. Dieser Antrag führt uns aus dem bloß papiernen Protest zur direkten Aktion. Parteigenossen, denkt an die Worte, die Lassalle vor fast 50 Jahren den deutschen Arbeitern zurief: Euch ziemen nicht mehr die Lasten der Unterdrückten. Ihr seid der Fels, auf dem die Kirche der Gegenwart gebaut wird. Wir werden der Regierung zeigen, daß wir in der Steuerpolitik auch mitzureden haben. (Beifall.)

In der Diskussion über die Anträge 36 bis 39, 242, 287 und 13 Abschnitt 2 nimmt zunächst das Wort

Frühling-Berlin III: Zur Resolution Löbe spreche ich namens der Delegierten von Berlin III und, wie ich annehmen kann, der gesamten Berliner Delegierten volle Zustimmung aus. (Lebhafter Beifall.) Löbe mag daraus ersehen, daß wir die Breslauer Anträge durchaus nicht aus Animosität ablehnen. Gelingt es der Agitation Löbes, die oberschlesischen Arbeiter dazu zu bringen, täglich nur einen halben Liter Schnaps weniger zu trinken, dann ist für unsere Organisation dort ein ganz anderer Boden. Ich zweifle freilich, daß er den heiligen Alkohol aus Oberschlesien ganz entfernen wird.

Frank-Mannheim: Die Herstellung des Schnapses ist zweifellos leichter zu kontingieren als der Konsum des Schnapses. Aber die Schwierigkeit einer Aufgabe ist für uns nie ein wirksamer Grund gewesen, gegen eine Maßnahme, die wir für notwendig und nützlich hielten. Wenn die Partei den großen moralischen Kredit, den sie bei den Massen besitzt, dieser Aufgabe zuwendet, so wird sie eine mächtige politische, wirtschaftliche und ethische Wirkung erzielen. (Beifall.) Es ist noch nicht lange her, da hat man der sozialdemokratischen Bewegung gern vorgeworfen, sie habe in den Ländern, in denen sie marxistisch geleitet sei, einen quietistischen Charakter, sie erwarte alles von der Entwicklung und versäume es, auf den Willen ihrer Anhänger zu wirken. Diesen Vorwurf hat die deutsche Sozialdemokratie längst durch die Tat widerlegt. Die deutsche Sozialdemokratie sucht planmäßig auf den Willen der Massen einzuwirken. Die deutsche Sozialdemokratie ist heute nicht mehr bloß politische Bewegung, sie ist eine Erziehungsbewegung geworden. (Zustimmung.) Unsere Bestrebungen, die Bildung der Arbeiter zu zentralisieren, unsere Sympathien für die Jugendbewegung, das alles beweist, daß die Partei nicht untätig auf die Ergebnisse einer Entwicklung wartet, sondern auf den Willen der Massen einzuwirken sucht. Wenn wir heute dem Antrag zustimmen, so wird dies eine moralische Kraftentwicklung bewirken, die großen Eindruck machen wird. Sie wissen, daß vor Beginn der deutschen Arbeiterbewegung ein mißlungener, schwächerer Versuch des deutschen Bürgertums stattfand, die Steuern (direkte Steuern) zu verweigern. Heute handelt es sich darum, dem Staat der Junker indirekte Steuern zu verweigern. Diese Steuerbeweigerung wird gelingen, wenn die Arbeiterklasse will. Hinter der ernstlichen Verweigerung der direkten Steuern müßte ja die Revolution stehen, hinter der Verweigerung der indirekten Steuern muß nur die Revolutionierung des einzelnen Willens stehen, die Revolutionierung der Persönlichkeit, und ich bin überzeugt, wenn der Parteitag seinen festen Willen zum Ausdruck bringt, dann wird im Zusammenwirken der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ein Erfolg erzielt werden, bei dem den herrschenden Gewalten die Augen übergehen werden. (Leb. Beifall.)

Albert-Breslau: Der Antrag 39 will im wesentlichen dasselbe wie der Antrag Breslau. In der Begründung in Buzlau wurde auch ausgeführt, daß wir mit diesem Antrag einen großen Teil der Frauen leichter für uns gewinnen können, denn gerade auf dem Lande und in den kleinen Städten sind es vor allem die Frauen, die erklären: Bringt unsern Mann erst einmal dazu, daß er nicht so viel Schnaps trinkt! Nehmen Sie daher die Resolution möglichst einstimmig an, um die Demonstration möglichst wirkungsvoll zu gestalten. Hat der Parteitag diesen Beschluß, dann wird es auch in Zukunft nicht wieder vorkommen, daß es in einem Inserat im „Vorwärts“ heißt, daß ein Parteilokal zu verkaufen sei, das monatlich 20 halbe Tonnen Bier verkauft und viel Schnaps.

Genossin Ziek: Namens der Parteileitung habe ich zu erklären, daß wir freudigen Herzens der vorgelegten Resolution zustimmen und um ihre einstimmige Annahme bitten. (Lebhafter Beifall.) Wir tun das nicht nur deshalb, weil wir wissen, daß die Durchführung des Grundsatzes der Resolution zu einer indirekten Steuerverkürzung führt, sondern auch deshalb, weil wir uns einen außerordentlichen moralischen Erfolg davon versprechen, nicht nur auf die Masse der Bevölkerung, die bereits zu uns steht in unseren Organisationen oder mit ihrem Herzen, sondern auch einen großen moralischen Erfolg auf die Massen der Bevölkerung, die leider noch wenig von der sozialdemokratischen Idee erfaßt sind, weil sie im tiefsten Glend sitzen und deshalb auch am allermeisten dem Alkoholgenuß frönen. Dann stimme ich auch vor allem der Begründung des Genossen Albert bei. Wir versprechen uns von der Annahme der Resolution und der Durchführung der darin niedergelegten Grundsätze eine sehr große Einwirkung auf die weibliche Bevölkerung, die dann darauf hinweisen kann, wenn sie zu Klagen hat, daß ihre männlichen Genossen außerordentlich viel für den Schnapsgenuß ausgeben, daß die große sozialdemokratische Partei es verurteilt, weil infolge des Schnapsgenusses die Gesundheit, das Familienleben der Betroffenen leidet, dagegen der Steuereinkauf und die Schnapsbrenner einen großen Vorteil haben. Aus all diesen Gründen bitten wir, der Resolution zuzustimmen und erklären ferner, daß wir uns diesen Kampf gegen den Alkohol nicht so denken, daß dieser nur durch die Parteipresse aufgenommen wird. Wir wollen, daß neben dem Kampf durch die Parteipresse auch der Kampf geführt wird durch Verbreitung allgemein aufklärender Flugschriften über die Wirkungen des Alkohols. (Lebhafte Zustimmung.) Durch eine so umfassende Propaganda werden wir einen großen moralischen Erfolg für die Gesamtbewegung haben. (Lebhafter, langanhaltender Beifall im Saale und auf den Galerien.)

Die Diskussion ist erschöpft.

Singer schlägt vor, zunächst über die Resolution 287 abzustimmen. Damit würden die Anträge 36 bis 39 und die zweite Hälfte des Antrages 13 erledigt sein.

Rabenstein ist der Meinung, daß durch die Abstimmung über die Resolution die zweite Hälfte des Antrages 13 nicht erledigt ist.

Singer: Ich kann mir nicht denken, daß wir etwas Besseres tun können, als wenn wir den Alkohol selbst verurteilen. Ich bin aber bereit, die zweite Hälfte des Antrages besonders zur Abstimmung zu bringen. Der Antrag 242, der dieselbe Materie behandelt, ist zugunsten des zweiten Absatzes des Antrages 13 zurückgezogen.

Rabenstein: Ich ziehe meinen Antrag (18 II) ebenfalls zurück.

Es bleibt bei der von Singer vorgeschlagenen Art der Abstimmung. Die Resolution 287 wird einstimmig angenommen. (Erneuter brausender Beifall und Händelatschen im Saal und auf den Tribünen.) Die Anträge 36—39 sind damit erledigt.

Damit ist der Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Auf Vorschlag Singers wird beschlossen, zunächst noch Punkt 7 der Tagesordnung:

Internationaler Kongreß in Kopenhagen

zu erledigen.

Berichterstatter Singer: Angesichts der energischen Betätigung der deutschen Sozialdemokratie an allen Bestrebungen des internationalen Proletariats im Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft und ihre auf wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung der Arbeiterklasse berechneten Einrichtungen würde es ganz überflüssig sein, wenn ich längere Ausführungen darüber machen wollte, ob die deutsche Partei den nächsten internationalen Kongreß in Kopenhagen bescheiden soll. Ich glaube, daß der Parteitag mit mir das als selbstverständlich ansieht. Ueber die Arbeiten des internationalen Bureaus, welches die Vertretung der internationalen Arbeiterbewegung, soweit sie sich sozialistisch betätigt, sind Sie unterrichtet durch die Verhandlungen, die vor zwei Jahren in Stuttgart stattgefunden haben, sowie durch die Mitteilungen, die seitens des internationalen Bureaus durch unsere Parteipresse verbreitet werden. Die Tätigkeit des internationalen Bureaus war in der letzten Zeit ziemlich fruchtbar. Es wurde seine Mithilfe zur Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie mehrerer Länder in Anspruch genommen. Es steht mir nicht an, hier über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie in anderen Ländern zu sprechen und zu urteilen. Aber ich meine, daß das internationale Bureau seine Aufgabe richtig erfaßt, wenn es sich bereit erklärt, auf Ansuchen der Bruderparteien des Auslandes etwaige Meinungsverschiedenheiten regeln zu helfen, und es ist eine verdienstvolle Tat des internationalen Exekutivkomitees, nach der Richtung hin zu arbeiten. Ueber die Tätigkeit, die das internationale Bureau in der letzten Zeit auf diesem Gebiete ausgeübt hat, werden bei seiner nächsten Sitzung die Delegierten der angeschlossenen Parteien Gelegenheit haben, ihre Meinung zu äußern. Das internationale Bureau bildet sich mehr und mehr, wie es seiner Bestimmung gemäß auch sein soll, zum Mittelpunkt des internationalen Sozialismus aus. Von ihm aus sollen die Beschlüsse der internationalen Kongresse in die Wege geleitet werden. Von ihm aus werden auch die Vorbereitungen für die Tagesordnung der internationalen Kongresse geleitet. Der nächste Kongreß in Kopenhagen wird jedenfalls eine reiche Tätigkeit vorfinden, seine Tagesordnung können wir hier nur insofern beinflussen, als wir die Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie, welche Delegierte des internationalen Bureaus sind, darüber instruieren, nach welcher Richtung sie die Tagesordnung etwa aufsetzen sollen. Ich meine, daß dazu im Augenblick kein besonderer Anlaß vorliegt, sondern daß Sie das Vertrauen zu den Mitgliedern des internationalen Bureaus haben können, daß sie bemüht sein werden, die Tagesordnung des nächsten Kongresses so aufzustellen, daß die Forderungen, welche das internationale Proletariat an diesen Kongreß in bezug auf die Beratungsgegenstände stellt, erfüllt werden. Was die Bescheidung des Kongresses anlangt, so war für Stuttgart beschlossen worden, da der internationale Kongreß damals das erstmalig in Deutschland stattfand, eine möglichst zahlreiche Bescheidung von Deutschland zu veranlassen. Die Zahl der Delegierten wurde damals auf 300 fixiert, und nach einer Vereinbarung mit der Generalkommission zu gleichen Teilen auf Partei und Gewerkschaften verteilt. Ich halte diesen Modus auch für diesmal außerordentlich praktisch, nur werden wir, wie ich vermute, kaum zu dem Beschluß kommen, daß nach Kopenhagen 300 deutsche Delegierte gehen müssen. Ich würde vielmehr vorschlagen, daß der Parteitag sich einverstanden erklärt, daß die deutsche Delegation zur